

DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 * 31. JG * NR. 185
Januar/Februar 2008 1,50 EURO
www.direkteaktion.org

Inhalt

Direkte Aktion · Kornstr. 28-30 · 30167 Hannover
Deutsche Post AG · PVSt · »Entgelt bezahlt« · VKZ H20318

Kämpfen wie in Frankreich?

Schon wieder Streiks und Proteste in Frankreich. Ein Blick über den Tellerrand und in die eigene Suppe

Seit über zehn Jahren erlebt Frankreich immer wieder starke soziale Bewegungen, die in den letzten Jahren zunehmend auch in Deutschland Beachtung fanden. Im Zuge der immer offensichtlicher werdenden Schwäche der hiesigen Gewerkschaften schaute man erwartungsvoll, auch neidisch auf die Ereignisse im Nachbarland. „Kämpfen wie in Frankreich“ und „Französisch lernen“ wurden unlängst zu geflügelten Wörtern innerhalb der Gewerkschaftslinken. Und auch im Herbst des vergangenen Jahres kam wieder einiges zusammen. Die neuerliche Reform der Renten und der Hochschulen sowie eine Regelung über Medikamentenzuzahlungen führten erneut zu Streiks und Demonstrationen, wie wir sie in Deutschland nicht kennen. Doch was ist dran an der „Streikfreudigkeit der Franzosen“ und was lässt das für Rückschlüsse auf die Verhältnisse in Deutschland zu? Die DA zieht eine kleine Bilanz und beteiligt sich wissbegierig am Französischunterricht – wie immer nicht als hörige, sondern kritische und nörgelnde Schülerin.



Der Stein des Anstoßes

Mitte Oktober stand ein Aktionstag gegen die Rentenreform auf der Tagesordnung, zu dem alle Gewerkschaften aufgerufen hatten. Es sollte, so hieß es, die erste große Kraftprobe des neuen Präsidenten Sarkozy mit den Gewerkschaften werden. Die Demonstrationen fielen mit 220.000 Teilnehmenden zwar schwächer aus als erwartet, waren aber dennoch eine beachtliche Mobilisierung: Laut Unternehmensangaben beteiligten sich bei der Bahn 73% und bei der Pariser Metro 58% der Beschäftigten am Streik. Vergleicht man dies mit DGB-Mobilisierungen, z.B. gegen die Rentenreform im Herbst 2006 (ca. 200.000), liest sich das wie eine Stück Normalität. Da jedoch ein einzelner Aktionstag nur symbolischen Charakter hat und kaum als ernstzunehmende Kampfansage zu verstehen ist, können der kritischen Beobachterin letzten Endes derartige Vergleiche auch egal sein. Der Unterschied zeigt sich denn auch woanders: Kämpferische Gewerkschaften wie die CNT oder SUD, aber auch große Teile der übrigen Gewerkschaftsbasis als auch der Unorganisierten waren und sind der Auffassung, dass ein Aktionstag nicht ausreicht, um ihre Forderungen durchzusetzen. Und so setzten zahlreiche Beschäftigte die Streiks teilweise bis zum 23. Oktober fort und verlängerten den „Aktionstag“ um vier weitere Tage.

Gegenstand der Auseinandersetzung ist eine Reform von sog. „Sonderregelungen“, die u.a. die Renten der Beschäftigten bei der Bahn, der Pariser Metro und den Energieversorgern betrifft. Sie sollen 2,5 Jahre länger in die Rentenkasse einbezahlen (40 Jahre), bevor sie in Rente gehen können. Nach dem erklärten Willen Sarkozys sollen die ArbeiterInnen so zum Ausgleich des Rentendefizits beitragen. Ausgenommen von dieser Reform bleiben Soldaten und Abgeordnete. Nun ist es so, dass die Beschäftigten in der Privatwirtschaft schon seit 1993 und die im Öffentlichen Dienst seit 2003 40 Beitragsjahre nachweisen müssen. Präsident und Regierung bezeichnen die Betroffenen der Reform deshalb als „Privilegierte“ und erklären die Erhöhung des Renteneintrittsalters zu einem Gebot der Gleichheit.

Den Betroffenen hingegen ist klar, dass sie länger arbeiten sollen. Außerdem erschwert die Steigerung der Beitragsjahre den Zugang zur vollen Rente, werden doch Zeiten der Erwerbslosigkeit oder geringfügiger Beschäftigung nicht angerechnet. Altersarmut droht somit ganz real. Die Devise lautet: Arbeiten bis du umfällst!

Gilt dieses Motto schon länger für die ArbeiterInnen der Privatwirtschaft, wo Gewerkschaften kaum verankert und Arbeitskämpfe meist sehr hart sind, und die übrigen Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes, so soll nun auch das letzte „gallische Dorf“ geschliffen werden. Die Sonderregelungen umfassen gerade einmal 5% Prozent der Renten. Die wirtschaftliche Bedeutung der Reform ist marginal. Für Präsident und Regierung geht es politisch darum, auch die letzten Widerstandsbastionen zu brechen und dann „durchregieren“ zu können.

Die neue Tradition

Neu ist die Situation auch für die Gewerkschaften nicht. Seitdem 1995 eine umfassende Rentenreform, der sog. Juppé-Plan, abgewehrt worden war, wird dieser neoliberale Plan stückchenweise umgesetzt. Damals hatte ein vergleichbarer Aktionstag eine soziale Bewegung ausgelöst, die sich im November zu einem Generalstreik ausgeweitet hatte. Seit 1968 hatte Frankreich eine solche Streikwelle nicht mehr erlebt. Anfang Dezember demonstrierten zwei Millionen ArbeiterInnen gegen den Juppé-Plan. Seither kommt es nahezu jährlich zu großen Mobilisierungen: der SchülerInnen, der Erwerbslosen, der „Illegalen“, der LehrerInnen, der Studierenden...

Das Jahr 1995 hat die Streik- und Protestkultur in Frankreich nachhaltig verändert. Noch 1993, bei der Rentenreform im Privatsektor, hatten die großen Gewerkschaften nicht gegen das Regierungsvorhaben protestiert. Ein historischer Fehler des Apparats, in dessen Folge die Basisgewerkschaften (wie SUD und die CNT) mehr Gewicht erlangten. Seit 1995 entwickeln sich die Basisgewerkschaften und prägen seitdem die Proteste konzeptionell maßgeblich mit. So gibt es seit 1995 eine neue Form der Streikführung, den „grève reconductible“. Hier entscheiden tagtäglich die ArbeiterInnen selbst, Gewerkschaftsmitglieder und Unorganisierte, über die Fortführung oder Beendigung des Streiks.

Auch heute sind es „die Kleinen“ und die Unorganisierten, die richtungsweisend argumentieren: Streik statt Aktionstag, gewerkschaftsübergreifende und offene Vollversammlungen statt Klientelpolitik am Verhandlungstisch. An den Streikversammlungen nahmen, nach Angaben der SUD, jeweils mehrere hundert ArbeiterInnen teil,

Fortsetzung auf Seite 9

Die Kirche der Einheit

Der Arbeitskampf der Lokführer und die Frage der Gewerkschaftseinheit. Ein Exkurs

Endlich ist sie entbrannt, die Debatte um gewerkschaftliche Einheit und die Strukturen der deutschen Gewerkschaften. Gott sei Dank, ist man verleitet zu sagen. Und dennoch, als Syndikalist betrachtet man diese Debatte mit einem lachenden und einem weinenden Auge. So begrüßenswert es ist, dass der heiligen Kuh der Einheitsgewerkschaft endlich mal Beine gemacht wird, so traurig ist es, wie schwerfällig man sie vorantreibt. Da bedarf es erst des praktischen Beispiels einer kämpferischen Spartengewerkschaft, damit einige GewerkschafterInnen beginnen, die vorherrschenden Strukturen kritisch zu hinterfragen, und langsam und müßig zu Erkenntnissen gelangen, die im Syndikalismus seit eh und je zu den Binsenweisheiten gehören. Nutzen wir die Debatte um die GDL und die Einheitsgewerkschaft für einen Exkurs über syndikalistische Positionen dazu.

Konfliktpunkt Tarifeinheit

Was hat die GDL da alles ausgelöst!? Nicht nur setzt sie mit ihren Lohnforderungen für viele ein positives Zeichen, das zur Nachahmung ermuntert, nein, auch Befürchtungen werden laut, der soziale Friede sei in Gefahr. Und das alles "nur", weil man weitreichende Folgen für die deutsche Tarif- und Gewerkschaftseinheit befürchtet. Die Unternehmer befürchten, so wörtlich, "Chaos in den Betrieben". Arbeitgeberpräsident Hundt sieht schon "ständige Tarifauseinandersetzungen und im schlimmsten Fall die Dauerbestreikung" auf die deutschen Betriebe zukommen. Und auch die Propagandachefin der Bahn, Margret Suckale, machte deutlich, dass es um mehr als die Lohnfrage geht, wenn sie erklärt: Wenn die Bahn Milde gegenüber der GDL zeige, wäre sie demnächst damit konfrontiert, dass diese und jene Gruppe ebenfalls Kämpfe eröffnen würden. Die GDL wird so unfreiwillig zur Vorhut an der Klassenfront.

Aber auch die DGB-Führungen schießen Sperrfeuer. Als die Ärzte und Piloten aus der Reihe tanzten, funktionierte es noch ganz gut, sie als Spalter und unsolidarisch zu diffamieren; jetzt, wo sie das gleiche der GDL vorwerfen, die deutlich mehr Sympathien genießt, schon weniger. Eher rückt nun ins Blickfeld, was hinter dem Kehrreim von der Einheit und Solidarität denn steckt. Ob die DGB-Politik nicht verantwortlich dafür sei, dass die Lokführer nun auf eigene Faust handeln, ja sogar müssen, wird gefragt. Wie z.B. Transnet die Interessen der Lokführer abgebildet hat, darüber können viele nur noch lachen und zeigen Verständnis für den GDL-Kurs.

Klar, dass es da nicht weit ist zu der

Fortsetzung auf Seite 3

Catwalk



Meinungsfreiheit im Internet: Musterprozess steht an

Der Wissenschaftsladen Dortmund (WiLa) mit seinem Internetprojekt Free! hat enorme Probleme. Nach einer einstweiligen Verfügung wegen antifaschistischer Inhalte und dem geführten Prozess, der erstmal verloren wurde, ist die Kostenlast geblieben. Vor Gericht ging es um die Providerhaftung für mangelhafte Impressi. Man erwartet vom WiLa die Überprüfung und Offenlegung von Verantwortlichen, die dort hosten. Was das bedeutet, ist klar: In der BRD wird es immer schwieriger werden, kritische Inhalte zu veröffentlichen. Deshalb wird der WiLa vor Gericht klären, wie weit die Rechtspflichten eines Providers gehen. Das Ganze hat bisher Geld gekostet und wird noch mehr Geld verschlingen. Aus diesem Grunde der dringende Aufruf, Spenden auf folgendes Konto zu überweisen:
Wissenschaftsladen Dortmund e.V.
Konto: 4007 342 300
BLZ: 430 609 67
GLS-Bank Bochum
Überweisungsbetreff: Spende

Barcelona: Fabrikbesetzung gegen Entlassungen

Am Abend des 21. Dezember ist die Belegschaft von Frape Behr, einer spanischen Tochter des Automobilzulieferer-Multis Behr Industries mit Sitz in Stuttgart, nicht wie üblich für die Weihnachtstage nach Hause zurückgekehrt. Stattdessen hat sie sich im Kampf gegen die massive Verschlechterung ihrer Bedingungen und 300 Entlassungen im Werk eingeschlossen. Die ArbeiterInnen versuchen so zu verhindern, dass die Regionalregierung den von der Firma eingereichten Schließungs- und Sozialplan (ERE) genehmigt. Diese zunächst begrenzte, aber entschlossene Aktion bildet den jüngsten Höhepunkt eines dreimonatigen Kampfes gegen die Werksschließung. Die Regierung vertagte die Entscheidung über den ERE und will Anfang 2008 die ArbeiterInnen empfangen.
Aktuelle Infos: www.fau.org

Kauf dich glücklich!

Der warme Winter macht's möglich: es gibt neue FAU-Aufkleber! Im schmalen "Laternenpfahldesign" präsentieren sich vier verschiedene Motive. Einigen dürften zwei der Sticker bereits bekannt sein als eines der beliebtesten FAU-Plakate. Zu beziehen über www.syndikat-a.de
100 Stück à 148 x 55 mm
(4-Motive-Mix möglich)
kosten EUR 4,80 zzgl. Porto



FAU-Ticker

+++ Am 8./9. Dez. fand in Frankfurt a.M. das 5. Treffen der Statuten-AG der FAU statt. Die Arbeitsgruppe ist von den FAU-Kongressen 2006 und 2007 damit beauftragt worden, bis zum Kongress 2008 entscheidungsreife, neue, zukunftsfähige und auf Wachstum ausgerichtete Statuten vorzulegen. An dem Treffen nahmen diesmal Delegierte aus Frankfurt a.M., Hannover, Leipzig, Münster und Neustadt a.d.W. teil +++ am 9. Feb. findet das nächste Regionaltreffen der FAU Region Ost in Potsdam statt +++ Ende Okt. wurde die OG Krefeld auf einem Regionaltreffen neu in die FAU aufgenommen +++ auch in Braunschweig gibt es nun eine OG. Eine Gründungsinitiative hatte sich seit Sept. 2007 regelmäßig getroffen. Auf dem Regionaltreffen Nord am 9. Dez. wurde die OG offiziell aufgenommen +++ im Dez. veröffentlichte die FAU Münster die 26. Ausgabe ihrer Lokalzeitung „Interhelpo“. Die Themenschwerpunkte sind: Callcenter, Postdienste und Leiharbeit +++ GenossInnen der FAU Berlin bekundeten im Herbst an passender Stelle kritische Solidarität mit den streikenden GDL-LokführerInnen +++ die FAU Bonn beteiligte sich vor Ort an den Protesten gegen die Vorratsdatenspeicherung +++ bei der Strike-Bike-Verlosung der FAU Düsseldorf und Duisburg im Nov. gewannen die Losnrn. 173 (Damenrad) und 30 (Herrenrad) +++ innerhalb der FAU Frankfurt a.M. wird weiterhin ein schlagkräftiges IT-Syndikat aufgebaut +++ die Spendenkampagne für den gefährdeten linksalternativen Sender „Radio Dreyeckland“ in Freiburg wird durch die örtliche FAU unterstützt. Die GenossInnen produzieren dort wöchentlich die Sendung „Schwarzer Kanal – für anarchistische Theorie und Praxis“ +++ in Hannover hat sich ein Arbeitskreis Religionskritik unter Beteiligung der FAU gegründet +++ in Leipzig ist im Nov. die 27. Ausgabe der libertären Lokalzeitung „Feierabend!“ erschienen +++ ebenfalls im Nov. erschien die neuste Ausgabe der „Direkten Aktion München“ mit den Themenschwerpunkt „Arbeitskampf an den Amperkliniken in Dachau“ und einer Auswertung des Telekomstreiks. Die Lokalzeitung steht auf der Seite der Lokalföderation München der FAU zum Download bereit +++

Neues Jahr, neue DA... Man mag es nicht glauben, aber es gibt mindestens eine Sache, die wir mit der Bundeskanzlerin, der Bild-Zeitung und dem Bundesverband der deutschen Industrie gemein haben. Der gemeine Anarchosyndikalist und die gemeinste Anarchosyndikalistin mögen vor Weihnachten verächtlich die Nase rümpfen und die „Knallerei“ an Sylvester verabscheuen, einer Neujahrsbilanz können auch wir uns nicht entziehen. So reihen wir uns also ausnahmsweise – und kurzfristig – neben Angela Merkel, Kai Diekmann und Jürgen Thumann ein, um zu sehen, was uns das Jahr 2007 so beschert hat:



Soli-Postkarte für die CNT-PTT. Für 0,85 Euro bei FAU-MAT. Mit Porto (0,65 Euro) nicht teurer als eine Direkte Aktion!

Das Jahr 2007 war bereits das 30., in dem die DA erschien. Es begann mit der 179. Ausgabe, in der wir u.a. über das Thema Solidarische Ökonomie berichteten. Was damals noch in der Theorie kritisch betrachtet wurde, bekam im Laufe des Jahres noch praktische Relevanz. Mehr dazu im Artikel „Was bleibt, was kommt?“ in dieser Ausgabe. Das wichtigste Ereignis für die FAU im letzten Jahr dürfte zweifelsohne die von Hamburger GenossInnen initiierte und von der gesamten FAU getragene „Strike-Bike-Kampagne“ gewesen sein (siehe Nr. 184) .

Ein Branchenschwerpunkt der FAU in vielen Städten ist die Pflege. Über die nicht unerfolgreichen Aktivitäten von engagierten SyndikalistInnen in bayrischen und niedersächsischen Krankenhäusern berichteten wir dementsprechend regelmäßig (siehe Nrn. 179, 181, 182 & 184). In der aktuellen Ausgabe finden sich wieder zwei Artikel zum Themenkomplex. Einen weiteren Schwerpunkt bildet der Bildungssektor. Hier berichteten wir über die, i.d.R. leider vergeblichen, Versuche in verschiedenen Bundesländern, die Zahlung von Studiengebühren zu boykottieren (siehe Nrn. 180, 183 & 184). Auch die Proteste gegen denn G8-Gipfel gingen nicht ganz spurlos an uns vorüber. In der DA gab es Diskussionen über Sinn und Unsinn der Proteste gegen den Gipfel vor dem Hintergrund mangelhafter Organisierung im Alltag (siehe Nrn. 180, 181 & 182).

Auf internationaler Ebene beschäftigten wir uns u.a. kritisch mit der Chavez-Regierung in Venezuela, der Situation in Mexiko im Jahr eins nach „der Kommune von Oacaxa“ und dem Beginn der „anderen Kampagne“ der Zapatisten in Chiapas. Der Streik der CNT bei Mercadona in Barcelona interessierte uns natürlich ebenfalls. Nicht zuletzt feierte 2007 auch die FAU ihren Dreißigsten. Grund für uns, einen Rückblick auf diese drei Jahrzehnte zu wagen. Über Soliaktionen für den britischen Bergarbeiterstreik 1984/85 wurde hier ebenso berichtet wie über die FAU in der DDR, Brüche und Umbrüche in den 90ern, bis zu den Protesten gegen die Agenda 2010 vor dreieinhalb Jahren (siehe Nrn. 183 & 184).

Die Abozahlen der DA stiegen im letzten Jahr um 15,8%, das Feedback ist in der Regel positiv, Kritik meist solidarisch und konstruktiv. So kann es auch 2008 weitergehen. Damit wir auf die Merkels, Diekmanns und Thumanns dieser Welt eines Neujahres verzichten können.

Robert Ortmann (Redaktion „Betrieb und Gesellschaft“)

Syndikate, Ortsgruppen und Kontakte der freien arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

Region Nord

Bad Segeberg . . Libertäres Café im AJZ (Hotel am Kalkberg), jeden Montag 15-21 Uhr, Kontakt: <fause@fau.org>
Bielefeld . . . . . c/o „Umweltzentrum“, August-Bebel-Str. 16,33602 Bielefeld, Treffen jeden 2. und 4. Di. im Monat, 19.30 Uhr, jeden 1. Do. im Monat libertäre Filme in der Kneipe im AJZ, <faubi@fau.org>, www.fau-bielefeld.de.vu
Bremen . . . . . . FAU-IAA Lokalföderation Bremen, Postfach 10 56 74, 28056 Bremen, <fauhb@fau.org>, www.fau-bremen.tk, www.bremer-aktion.tk, (0162) 38 29 46 7
Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), <sle-hb@fau.org>, c/o FAU Bremen
Flensburg . . . . c/o Infocafé, Hafermarkt 6, 24943 Flensburg
Hamburg . . . . . FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen jeden Fr., 19.00 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 43 22 124
Hannover . . . . . UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, fauh@fau.org, Tiermedizinisches Syndikat, <tiermedizin@fau.org>, Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), <ggb-hannover@fau.org>
Kiel . . . . FAU Kiel c/o Infoladen Beau Rivage, Hansastr. 48, 24118 Kiel, <fauki@fau.org>
Lübeck . . . . . . Kontakt über OG Hamburg

Region West

Aachen . . . . . . FAU Aachen, <info@fau-aachen.net>, www.fau-aachen.net
Bochum . . . . . . Kontakt über FAU Dortmund, <faudo@fau.org>
Bonn . . . . FAU-OG Bonn, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn-Altstadt, (0228) 90 93 171, <faubn@fau.org>, www.fau-bonn.de, OG-Treffen jeden Mi. 20.30 Uhr
Dortmund . . . . c/o „Langer August“, Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, (0231) 86 30 105 (Anrufbeantworter), Fax: (0231) 86 30 101, <faudo@fau.org>
Duisburg . . . . . FAU Duisburg Lokalföderation, Querstr.38, 47178 Duisburg, Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten Sa. im Monat um 20.00 Uhr im „Bürgerhof“, Sternbuschweg 97, 47057 Duisburg, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, <faudu@fau.org>, www.fau-duisburg.tk
Düsseldorf . . . . FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, <faud@fau.org>, www.fau-duesseldorf.org
Krefeld . . . . . . (02151) 39 42 70
Moers . . . . c/o „Barrikade“, Bismarckstr. 41a, 47443 Moers, <faumo@fau.org>
Münster . . . . . . FAU Münster, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster, <faums@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/muenster/static/, Treffen jeden 2. Mi. im Monat 20.00 Uhr, offene Diskussionsveranstaltung jeden 4. Mi. im Monat, 20 Uhr, Präsenzzeit jeden Mi. 12-14 Uhr. Tel. (0251) 52 11 12

Region Ost

Altenburg . . . . Kontakt über Leipzig
Berlin . . . . Straßburger Str. 38, 10405 Berlin, <faub@fau.org>, (030) 287 008 04, www.fau.org/ortsgruppen/berlin, Offenes Büro freitags 16.00-20.00 Uhr. Allgemeines Syndikat, 2. und 4. Mi. im Monat 19.00 Uhr, <asy-b@fau.org>, (030) 287 008 04. Bildungssyndikat, 1. und 3. Mi. im Monat 20.00 Uhr, <bsy-b@fau.org>, (030) 287 008 05. Kultursyndikat, 1. Do. im Monat 20.00 Uhr, <ksy-b@fau.org>, (030) 287 008 06. GNLL Berlin-Brandenburg, Treffen jeden letzten Do. im Monat 20.00 Uhr, <faugrs@fau.org>. Stammtisch Pflege und Gesundheitswesen: 2. Donnerstag im Monat 19.00 Uhr im Café Walden, Choriner Str. 35, <gesundheit.asy-b@fau.org>
Dresden . . . . . . FAU Dresden, c/o Infocafé im AZ Conni, Rudolf-Leonhardt-Straße 39, 01097 Dresden, Präsenzzeit: zweiwöchentlich (ungerade Kalenderwochen) donnerstags 16.00 – 20.00 Uhr, <fau-dd@gnuviech.info>
Frankfurt/O. . . FAU-IAA, c/o Utopia, Berliner Straße 24, 15230 Frankfurt/Oder, <fauff@fau.org>, www.fau-ffo.de.vu
Göttingen . . . . Kontakt über Leipzig
Gransee . . . . . . FAU-IAA Ortsgruppe und GNLL/FAU Landwirtschaft Berlin-Brandenburg, <faugrs@fau.org>, c/o Th. Beckmann, Dorfstr. 13, 16775 Wolfsruh
Halle/Saale . . . c/o Infoladen Glimpflich, Ludwigstr. 37, 06110 Halle/Saale, ebenfalls GNLL-Kontakt
Leipzig . . . . FAU-VAB Leipzig, c/o „Libelle“, Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: mittwochs 17.00 – 18.00 Uhr, <leipzig@fau.org>
Magdeburg . . . . FAU Magdeburg, <faumd@fau.org>, c/o „Blaue Welt Archiv“, Thiemstrasse 13, 39104 Magdeburg. Offener Stammtisch jeden 2. Do. im Monat um 19 Uhr im „Denker“, Goethestr. 39
Potsdam . . . . . FAU Potsdam, Hermann-Elflein-Straße 32, 14467 Potsdam, Tel. (0177) 639 50 60, <faupdm@fau.org>, www.fau-potsdam.de.vu, FAU-Café donnerstags von 15-20 Uhr im „KUTZE“, Hermann-Elflein-Straße 10. Treffen des ASy jeden Fr. 18.00 Uhr

Region Süd

Aschaffenburg . Kontakt über Frankfurt/M.
Dreieich . . . . . . Kontakt über Frankfurt/M.
Frankfurt/M. . . c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, sonntags 19.00 Uhr, <fauffm@fau.org>
Freiburg . . . . . . FAU-Ortsgruppe, c/o Infoladen Freiburg, KTS, Baslerstr. 103, 79100 Freiburg, <faufr2@fau.org>, Treffpunkt jeden 3. Fr. im Monat um 20.00 Uhr in der KTS
Gießen . . . . FAU-Ortsgruppe und Bildungssyndikat, c/o „Infoladen Gießen“, Alter Wetzlarer Weg 44, 35392 Gießen, <faugi@arcor.de>, <faugi@fau.org>, www.ak44de.vu, jeden Mo. 19.00 Uhr Treffen des Allgemeinen Syndikats und des Bildungssyndikats, jeden 2. Mi. ab 21.00 Uhr Kneipenabend / Café Sabotage – offener Abend für alle Interessierten bei Musik und Bier im „Infoladen Gießen“
Lich . . . . FAU-Ortsgruppe, Postfach 1215, 35420 Lich, <fauli@fau.org>
Mainz . . . . Kontakt über Frankfurt/M.
München . . . . . Schwanthaler Str. 139 (Rg), 80339 München, (0173) 40 48 195, <faum@fau.org>, www.faum.de. Öffentliches Treffen jeden Mi. ab 19.00 Uhr in der Schwanthaler Str. 139 (Rg). Allgemeines Münchner Syndikat Erwerbsloser und Lohnabhängiger (A.M.S.E.L.), www.fau-amsel.info.ms (0179) 72 06 614
Neustadt/W. . . FAU-Ortsgruppe, Postfach 2066, 76829 Landau, <faunw@fau.org>
Nürnberg. . . . . <fnbg@gmx.de>
Tübingen . . . . . c/o Infoladen „Grenzenlos“, Schellingstr. 6, 72072 Tübingen
Wiesbaden . . . . GNLL-Kontakt, über Frankfurt/Main

Bundesweite Branchen-Koordinationen

Bildungssyndikate:
<bsy-public-info@list.fau.org>, www.bildungssyndikat.de
GNLL/FAU Landwirtschaft:
Berlin-Brandenburg, über Gransee, <gnll@fau.org>
GNLL/FAU Naturkostindustrie: über Hamburg

Regionalkoordinationen

Nord: Kiel <reko-nord@fau.org> | West: Düsseldorf <reko-west@fau.org> | Ost: Potsdam <reko-ost@fau.org> | Süd: Frankfurt/M.

Geschäftskommission der FAU-IAA

Freie ArbeiterInnen Union/IAA, Postfach 2043, 30020 Hannover, Germany, <geko@fau.org>

Internationales Sekretariat der FAU-IAA

Freie ArbeiterInnen Union/IAA, Postfach 2043, 30020 Hannover, Germany, <is@fau.org>

Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Belgrad (Serbien), z.Zt. ohne Postadresse, <secretariado@iwa-ait.org>, www.iwa-ait.org

Schweiz

FAU-CH . . . . Postfach 580, CH-8037 Zürich
Bern . . . . Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, <bern@fauch.ch>

Österreich

Syndikalistische Initiative
. . . . Stiftgasse 8, 1070 Wien, <syndinit@yahoo.de, www.syndinit.org
Libertäre Initiative Sozial Arbeitender (LISA)
. . . . c/o „Hängematte“, Stiftgasse 8, 1070 Wien, <lisa.syndikat@linuxmail.org>, www.lisasyndikat.wordpress.com

Fortsetzung „Kirche der Einheit" von Seite 1

Frage, wie der DGB überhaupt die Interessen der Arbeiterschaft vertritt. Der Gleichklang in der Rhetorik der DGB-Führungen und der Arbeitgeber sowie das rührende Plädoyer der Unternehmer für die Gewerkschaftseinheit lassen auf jeden Fall viele aufhorchen. "Lobt dich der Gegner, dann ist das bedenklich; schimpft er, dann bist du in der Regel auf dem richtigen Weg", soll August Bebel einst gesagt haben. Schenken wir dem Glauben, stellt sich die Frage: Macht der DGB alles falsch oder sieht er die Unternehmer gar nicht als Gegner?

Das Konzept der Einheitsgewerkschaft

Blöde Frage natürlich, denn beides ist zutreffend. Der DGB war von Anfang ein schizophrenes Ding - und ist es immer noch. Das Konzept der Einheitsgewerkschaft basiert ja weniger auf dem Gedanken, die Arbeiterklasse im Klassenkampf zu einen, als sie organisatorisch in Sozialpartnerschaft und Korporatismus zu integrieren. Dass sie offiziell als Vertretung der abhängig Beschäftigten fungiert, ist dabei nur notwendiges Etikett - was jedoch keinesfalls das aufrichtige Engagement zahlreicher BasisgewerkschafterInnen in Abrede stellen soll.

Als der DGB in der Nachkriegszeit von oben gegründet wurde, erfolgte dies nach der Gewerkschaftspolitik der West-Besatzungsmächte, die die Einheitsgewerkschaft als "Bollwerk gegen Kommunismus und Radikalismus" verstanden wissen wollten. Sie sollte den Unmut der Arbeiterschaft kontrolliert kanalisieren und radikalen Forderungen den Wind aus den Segeln nehmen. Von Anfang an funktionierte sie so als Instrument der Entpolitisierung und Klassenintegration. (Nebenbei: Es mag hart und womöglich polemisch klingen, aber man kann es nicht oft genug sagen: Der Korporatismus ist eine Konzeption, die dem Faschismus entstammt, sogar zu seinem Kern gehört.)

Eine Arbeitnehmervertretung vertritt nun mal nicht immer die Interessen von Beschäftigten. Bei der Ortung ihrer Position im politischen Koordinatensystem dürfen wir nicht dem Fehler verfallen, offizielle Etiketten für bare Münze zu nehmen. Man mag viele Gründe für die integrationsorientierte Gewerkschaftskonzeption des DGB haben, über eines dürfen wir uns aber nichts vor machen: In erster Linie erfüllt er die regulierende Funktion, den sozialen Frieden zu garantieren; erst in zweiter (oder gar dritter) Linie vertritt er die Interessen der Arbeiterschaft. Das ist das grundlegende Prinzip, dem der rote Faden seiner Geschichte folgt - von damals bis heute.

Einheit und Solidarität - ein Missverständnis

Dass große Teile der Arbeiterschaft ihr Bedürfnis nach gewerkschaftlicher Vertretung in den DGB hinein projizieren, mag verständlich sein. Seine Erfolgsgeschichte war immer schon verbunden mit einer allgemeinen Alternativlosigkeit, wie überhaupt die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung traditionell arm an alternativen Konzepten und Ideen ist. Die sozialdemokratische Konzeption (inkl. des Bolschewismus) hatte in Deutschland stets eine Hegemonie in der Arbeiterschaft, wie in kaum einem anderen Land, so dass diese geradezu normativ wurde.

Diese Tradition - angefangen bei den Freien Gewerkschaften -, die die Gewerkschaften auf rein ökonomische Belange festlegte und immer mehr einen Nationalisierungsprozess des Proletariats bedingte, setzte sich mit dem DGB in verschärfter Weise fort. Es nimmt so nicht wunder, wenn in Deutschland der Gewerkschaftsgedanke mit der Konzeption des DGB per se gleichgesetzt und Abweichungen als bedauernswert empfunden werden. Dies zeigt sich in der aktuellen Debatte deutlich. Zahlreiche BasisgewerkschafterInnen haben Verständnis für den Kampf der GDL, möchten aber dennoch nicht an dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft rütteln, weil sie in deren Aufweichung eine Schwächung der Gewerkschaftsmacht und eine Entsolidarisierung sehen.

Das Bedürfnis nach Arbeitermacht und Solidarität ist zwar wichtig und richtig. Aber, man muss es klipp und klar sagen, dies im DGB gegeben zu sehen, folgt ebenfalls der Logik, Arbeiterinteressen mit dem DGB gleichzusetzen und keinen Widerspruch zu dulden. Die Frage, ob die Struktur der sog. Einheitsgewerkschaft Arbeitermacht und Solidarität überhaupt zulässt, wird dabei nicht gestellt. Die Forderung nach Einheit verkommt zum Formalismus.

Genau das war schon immer eine Essenz des revolutionären Syndikalismus. Seine ganzen Überlegungen galten stets dem Problem, was die strukturellen Bedingungen dafür sind, dass Gewerkschaften vital bleiben und sich nicht korrumpieren lassen. Die Frage nach kämpferischen Basisstrukturen und die Kritik an Hierarchien und Reformismus folgten niemals einem moralischen Selbstzweck. Dem revolutionären Syndikalismus war diese Struktur- und Methodenfrage immer äußerst wichtig, während sich die sozialdemokratischen Gewerkschaften dazu geradezu naiv verhalten haben und unfähig waren, ihre eigene Funktion in den Herrschaftsverhältnissen zu erfassen.

Jetzt, wo die Zeit des Ausgleichs vorbei ist, das System des Korporatismus zu Ende geht und das Kapital einseitig den Waffenstillstand beendet hat, zeigt sich erneut, wie wichtig diese Überlegungen sind. Die Unfähigkeit des DGB, auf die Angriffe des Kapitals zu reagieren, haben die SyndikalistInnen schon lange und ungehört prognostiziert. Jetzt steht die Basis da, ohne Plan, und muss von vorne anfangen.

Das Dilemma der Gewerkschaftslinken

Ambitionen können noch so ehrlich sein, Strukturen, die ja immer konstitutiv auf die Praxis wirken, können sie im Effekt jederzeit verdrehen oder gar ins Gegenteil verkehren. Bei allem Gerede von Solidarität und Einheit, die DGB-Konzeption macht daraus zwangsläufig eine Farce.

Steht z.B. das Prinzip der Industriegewerkschaft dafür, Trennungen und Rivalitäten zwischen ArbeiterInnen (Fach, Beruf, etc.) aufzuheben, verkommt es beim DGB zu einer stumpfen Klinge, da er in seiner reformistischen Ausrichtung auf verschiedenen Ebenen Friedenspflichten eingeht, die der wirksamen Solidarisierung innerhalb einer Industrie (z.B. durch Unterstützungsstreiks) entgegenstehen. Gleichzeitig wird die Einkommensspaltung der Berufsgruppen zementiert. Man wirft z.B. den Lokführern vor, sie spalteten und nutzten ihre Verhandlungsmacht jetzt nur für sich, statt sie zum Nutzen Aller einzusetzen. Heuchelei! Jahrelang hat man nichts dafür getan, dass es durch deren Verhandlungsmacht zu einer konsequenten Anhebung der Löhne unterer Gruppen kam, während die Lokführer ständige Verschlechterungen hinnehmen mussten. Auch verschließt der DGB mit der Reduzierung auf ökonomische Belange vor politischen Problemen die Augen, die alle ArbeiterInnen betreffen. Solidarität und Einheit sind so nicht mehr als Phrasen. Für sie bedarf es schon einer Organisation auf Klassenbasis. (Insofern ist auch die GDL zwar fähig, kämpferisch aufzutreten, strukturell aber kaum in der Lage, praktische Solidarität zu üben.)

Genau darin besteht das Dilemma der Gewerkschaftslinken, die verbissen daran festhält, dass sich der DGB von innen reformieren ließe. Damit aber reduziert sie die Frage nach dem Charakter des DGB auf personelle Fragen und ideologische Nuancen, ohne die grundlegende Konzeption ernsthaft in Frage zu stellen. Und geschieht dies doch verbal, so steht man praktisch dabei auf verlorenem Posten. Der Apparat hat seine eigene Dynamik und wird die innere Opposition stets eingedämmt lassen und ihre positiven Potentiale absorbieren (siehe dazu auch "Kämpfen wie in Frankreich?" auf S. 1). Den DGB kämpferisch und solidarisch zu gestalten, ist genauso überflüssig - und vor allem perspektivlos - wie die katholische Kirche zum Islam bekehren zu wollen. Wer Klassenkampf und Solidarität meint, muss sich auch nach diesen Prinzipien organisieren - ohne Wenn und Aber.

Holger Marcks



Wider die Harmonie

Ein Kommentar zum Arbeitskampf der GDL

Was war das doch für eine Freude! Eine kurze zwar – sie währte kürzer als der bisher längste Streik der Lokführer –, aber immerhin.

Kaum präsentierte der Bahnvorstand vor Weihnachten seinen neuen Vorschlag, brachen die Unterhändler der GDL die Gespräche wieder ab und ließen sich nur nach mehrstündigen Diskussionen unter ministerieller Beteiligung erneut einfangen. Letzteres hätte ich zu kritisieren. Nichts zu mäkeln gibt es an der Tatsache, dass die GDL weiterhin unabhängige Entscheidungen zum Wohle ihrer Mitglieder einfordert, ohne sich beispielsweise vorher mit Mehdorn-Freund und Teilprivatisierungsbefürworter Norbert Hansen von der Transnet einigen zu müssen.

Die GDL will es wissen. Schon lange spricht niemand mehr von der Forderung nach bis zu 30% Lohnerhöhung, mit der die Lokführer ihren Kampf begonnen haben. Interessanter als das tatsächliche Tarifergebnis wird sein, wo es niedergeschrieben steht: in einem Berufsgruppenvertrag innerhalb eines Basistarifvertrages, der für den gesamten Konzern Deutsche Bahn AG gilt oder eben in einem eigenständigen Tarifvertrag.

Solche Beharrlichkeit wird in verschiedenen Medien mit dem Begriff „Hardliner" bezeichnet. Falsch! Die Leute von der GDL haben einfach nur klar, wo sie hinwollen, und sind deshalb keine Marionetten in den Händen von Konzernmanagern, die ihrerseits auch sehr genau wissen, was sie wollen und was nicht. Zum Beispiel wollen sie eine Tarifgemeinschaft, in der die mitgliederstärkste Gewerkschaft (Transnet) mit ihrem Vorsitzenden (Norbert Hansen) die anderen dominieren kann. Was der Herr Hansen ist und welche Rolle er in der Sozialpartnerschaft spielt, hatten wir ja schon...

Die Herzen meiner Freunde und meines haben die Lokführer – bei aller Schnauzbärtigkeit – jedenfalls gewonnen. Fehlt nur noch, dass sie sich weigern, Castortransporte oder Güterzüge für Rüstungsbetriebe zu fahren.

Wir wünschen den Lokführern, der Jahresendfriede möge sie nicht gar so sehr einwickeln. Denn in unserer Freude an tatsächlichem Chaos sehnen wir nichts mehr herbei, als einen unbefristeten Streik im Güter- und Fernverkehr.

Zusammenbrechende Just-in-time-Ketten, Panikkäufe, fallende Aktienkurse – wegen eines eigenständigen Tarifvertrages. Das muss man sich mal vorstellen und vorstellen und vorstellen...

Oskar Pfeiffer

TERMINE

Aachen
(Welthaus, An der Schanz 1)

Fr. 11. Jan., 20.00 Uhr
„Anarchie"
Horst Stowasser liest aus seinem Buch „Anarchie" vor und geht während seines Vortrags u.a. auf die Frage ein: Was ist eigentlich Anarchie?

Mi. 16. Jan., 20.00 Uhr
„Herrschaftsfreiheit und Direktdemokratie bei Piraten"
Vortrag mit dem Kulturwissenschaftler Rüdiger Haude.

Sa. 26. Jan, 20.00 Uhr
„Gewaltfreier Anarchismus – Geschichte und Gegenwart weltweit"
Vortrag mit Lou Marin, Mitherausgeber der Zeitung Graswurzelrevolution

Berlin

Di. 15. Jan, 20.00 Uhr
FAU-Lokal, Straßburger Str. 38
„Keine Arbeit ohne Lohn!"
Auftaktveranstaltung zur Kampagne der FAU Berlin mit Inputs zu unbezahlten Praktika, Probeschichten und Lehraufträgen.

Bremen

Fr. 1. Feb., 18.00 Uhr
Naturfreundejugendhaus Buchtstraße 14/15
„Chef duzen"
Forum der Ausgebeuteten stellt sich vor.

Hannover

Mo. 11. Feb., 20.00 Uhr
Pavillion, Lister Meile 4
„Fairer Handel ist praktische Solidarität"
Vorgestellt werden das fair-biologische T-Shirt-Projekt einer Näherinnen-Kooperative in Nicaragua mit der FAU Hannover und Café Libertad Hamburg sowie das zapatistische Kaffee-Projekt.

Münster

Mi. 23. Januar, 20.00 Uhr
Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57
„Going Postal"
Diskussion über Arbeitsbedingungen bei den sog. „Briefdienstleistern".

Weitere Termine auf: www.fau.org/termine

Kolumne Durruti



Zugegeben, es gibt Tage, an denen, und Ereignisse, zu denen einem einfach nichts einfallen will. An just einem solchen wurde mir just ein solches als Thema vorgeschlagen. „Mach doch was zur Pin AG und der Demo gegen Mindestlohn." Ich muss gestehen, bis dato in völliger Unwissenheit meine Tage verlebt zu haben. Demo gegen Mindestlohn? Wo bitte gibt's denn so was? Ach so, da hängt Axel Springer mit drin. Dann ist ja wenigstens das Weltbild wieder halbwegs im Einklang mit der Wirklichkeit. Dürfen wir uns also in Zukunft auf allerlei widersinnige Unmutsbekundungen auf öffentlichen Plätzen freuen? Bild-Reporter gegen freie Meinungsäußerungen, Seite-Eins-Girls gegen Feminismus ... eigentlich ja unnötig, das erledigt sich in der Praxis schon von selbst. Was also treibt die chronisch unterbezahlten MitarbeiterInnen der Pin AG auf die Straße?

Wir schlagen die Bild auf: „Mindestlohn? Dann gehen wir Pleite!" Aha! „Klingt gut, macht aber arbeitslos!" Hört, hört, da wird ja seit Wochen Sperrfeuer geschossen im konservativen Blätterwald. Wirtschaftsexperten fahren dicke Geschütze auf, Halbtagsprophet Hans-Olaf Henkel sieht schon „Stabilität und Wohlstand" in Gefahr. Wessen Wohlstand jetzt genau? Was kostet denn so eine Mehrheitsbeteiligung bei einem Postzusteller? 550 Millionen, ach so, der Wohlstand also. So langsam gibt das ein rundes Bild. Offensichtlich hat Pin im letzten Jahr ordentlich Verluste gemacht, dabei aber beständig andere kleine Anbieter einkassiert. Jetzt fühlt man sich bedroht, man spricht von Insolvenz, Springer will raus, die ersten tausend Mitarbeiter dürfen schon die Koffer packen.

Scheint fast so, als habe der diabolische Mindestlohn schon erste Opfer gefordert. Zumindest wenn man dem ollen CEO der Pin, Günter Thiel, glauben darf. Also haben wir ein Unternehmen, angetreten voll guten Mutes gegen die übermächtige, finstere Bastion der deutschen Post, im Kampf um mehr Wettbewerb auf dem Postzustellungsmarkt, mit dem Ziel, Postdienste für uns alle komfortabler und günstiger zu machen? Ein hehres Ziel, vereitelt von scheußlichen Dämonen, Ver.di, Lafontaine, der SPD, denen nur daran gelegen ist, dem Frontkämpfer mit der grünen Umhängetasche, im Felde unbesiegt, den Dolch in den Rücken zu stoßen? Oder vielleicht doch nur ein beschissen geführtes Unternehmen, das sich nur über Wasser halten kann, wenn es seine Angestellten mit lächerlichen Löhnen abspeist, und das von Springer dazu benutzt wird, eine politische Entscheidung zu erzwingen, wenn sich schon nicht der große Reibach machen lässt?

Persönlich tendiere ich ja zur zweiten Ansicht. Aber ich bin sicher voreingenommen, habe ein tiefes Misstrauen gegen Menschen mit Titeln wie „CEO", die Wörter wie „Investments" benutzen, und komme davon leider nicht mehr los. Das ist sicher sehr unfair diesen Leuten gegenüber, denn schließlich wollen sie ja immer nur unser Bestes. Die Pin-DemonstrantInnen zumindest sollten das mittlerweile erkannt haben, hat ihnen der freundliche Vorstand doch sogar gestattet, während der Arbeitszeit und sogar bei Zahlung des zugegebenermaßen etwas kümmerlichen Lohns auf der Straße für ihre Arbeitsplätze zu kämpfen. Ob ganz unerwartet erhält sogar der böse Feind, die Post AG, ein menschliches Antlitz. Man sei grundsätzlich bereit, die entlassenen Pins zu übernehmen, heißt es jetzt von dieser Seite. „Das ist auch ein politisches Signal."

Jetzt weiß ich endlich auch, was soziale Marktwirtschaft bedeutet. Und sind wir doch mal ehrlich, Steuerhinterziehung, manipulierte Betriebsratswahlen und eine Grundvergütung von EUR 5,86 sind doch so schlimm gar nicht. Hauptsache, es gibt genug Arbeitsplätze.

Christian Schmidt

§§§-Dschungel

Urlaub 2008

Stinkt euch schon gleich zum Jahresanfang euer Job, dann denkt an die schöneren Stunden im Jahr. An den Feierabend oder an den Jahresurlaub. Lasst euch diesen weder vom Chef noch von der Chefin verplanen noch abkaufen oder etwa gar nicht geben, weil ihr glaubt, keinen Anspruch zu haben.

Urlaubsrecht

Euer Mindesturlaubsanspruch ist im Bundesurlaubsgesetz (BUrlG) geregelt. Laut §3 BUrlG beträgt er grundsätzlich 24 Werktage jährlich. Die 24 Werktage pro Jahr beziehen sich auf Arbeitsverhältnisse mit einer Sechs-Tage-Woche. Bei Arbeitsverhältnissen mit einer Fünf-Tage-Woche beträgt der Urlaub also nur 20 Arbeitstage pro Jahr. Entsprechend geringer wird er, wenn ihr noch weniger Tage in der Woche arbeitet. Letztendlich müsst ihr immer vier Wochen frei haben. Dies gilt auch, wenn ihr mehrere Arbeitgeber habt. Auch ist es egal, wie viele Stunden am Tag ihr arbeitet.

Viele denken aber, ihnen stünde kein gesetzlicher Urlaub zu. Im §1 des BUrlG steht aber folgender Satz: „Jeder Arbeitnehmer hat in jedem Kalenderjahr Anspruch auf bezahlten Erholungsurlaub". Egal ob JobberIn, LeiharbeiterIn, Aushilfe, Azubi, Teilzeit oder unbefristet beschäftigt – wenn ihr arbeitet, habt ihr einen Anspruch darauf.

Laut §5 BUrlG habt ihr Anspruch auf 1/12 des Jahresurlaubs für jeden vollen Monat des Bestehens des Arbeitsverhältnisses. Nach sechs Monaten Beschäftigung könnt ihr ganz und gar euren kompletten Jahresurlaub nehmen (§4 BUrlG).

Bei der zeitlichen Festlegung des Urlaubs sind die Urlaubswünsche des Arbeitnehmers zu berücksichtigen (§7 BUrlG). Hier müssen schon schwerwiegende Gründe vorliegen, um euch die geplante Urlaubsreise zu vermasseln. Vorausgesetzt, ihr habt möglichst frühzeitig (vier bis sechs Wochen, besser drei Monate) eure Wünsche geäußert und möglichst eine schriftliche Zusage. Hier hilft ein formloser Antrag beim Arbeitgeber mit einer freundlichen, aber bestimmten 14-tägigen Fristsetzung auf Genehmigung, evtl. danach noch eine dreitägige Nachfrist. Laut Arbeitsgericht Frankfurt haben Beschäftigte Anspruch auf „zügige" Beantwortung ihres Urlaubsantrages (Arbeitsgericht Frankfurt/Main, Az.: 5 Ga 286/03).

Ungenehmigt solltet ihr ihn nicht unbedingt antreten. Besser ist es, den Anspruch gerichtlich durchzusetzen. Vorsicht: Ein Eintrag in eine oft übliche Urlaubsliste ist noch keine Genehmigung und kann zur Kündigung führen. Eigenmächtiges Urlaubnehmen ist auch dann ein Grund für arbeitsrechtliche Sanktionen, wenn dadurch keine Störungen im Betriebsablauf entstanden sind. Auch das hat das Arbeitsgericht Frankfurt in einem Urteil entschieden (Az.: 4 Ca 8356/01).

In §7 BUrlG ist auch geregelt, dass euch der Urlaub zusammenhängend, mindestens aber zwei Wochen am Stück, zu gewähren ist. Werdet ihr dummerweise krank im Urlaub und bekommt dies von einem Arzt bestätigt, müssen euch die entsprechenden Tage gutgeschrieben werden (§9 BUrlG).
Ist euer Arbeitgeber genervt von euren Urlausansprüchen und will euch stattdessen lieber Geld geben, dann steht dem leider der Europäische Gerichtshof entgegen. Der Urlaubsanspruch ist nämlich schon laut §13 BUrlG unabdingbar und kann euch nicht abgekauft werden (siehe EuGH, Urt. v. 06.04.2006 – C-124/05).

Falls ihr nach Lesen dieses Artikels gemerkt habt, dass ihr ja noch einen Urlaubsanspruch aus 2007 habt, dann hilft euch evtl. dieses Urteil weiter: Urlaubsansprüche können bei Vorliegen von dringenden betrieblichen Gründen oder in der Person des Arbeitnehmers liegenden Gründen in das Folgejahr übertragen werden. Übertragener Urlaub ist innerhalb der ersten drei Monate des Folgejahres zu nehmen, andernfalls verfällt dieser. Die Übertragung vollzieht sich kraft Gesetzes, ohne dass es eines Antrags des Arbeitnehmers oder eine entsprechend Annahme des Arbeitgebers bedarf (LAG Schleswig-Holstein, 23.11.2005 – Az: 3 Sa 433/05).

Tarifurlaub

Achtung! Das bisher Geschriebene ist nur der gesetzliche Mindestanspruch. In den meisten Tarifverträgen ist ein höherer Anspruch geregelt: zum Beispiel 30 Tage. Diese 30 Tage beziehen sich normalerweise auf eine 5-Tage-Woche. Somit hättet ihr einen tariflichen Anspruch von sechs Wochen – zwei Wochen mehr, als es das Gesetz vorsieht.

Doch leider habt ihr nur einen Rechtsanspruch darauf, wenn ihr im Arbeitsvertrag einen entsprechenden Hinweis auf diesen Tarifvertrag habt oder euer Arbeitgeber im Arbeitgeberverband und ihr in der zuständigen Gewerkschaft seid.

Einen schönen Urlaub wünscht euch

Thersites

Das komplette Bundesurlaubsgesetz findet ihr z.B. unter:
http://www.fau.org/artikel/art_030818-201859.

Gesundheit!

Zum Arbeitskampf des Syndikates SANITA bei den Amper-Kliniken in Dachau

Die Forderungen klingen moderat: Einstellung zusätzlicher Fachkräfte, Einhaltung der Pausen und weniger Überstunden, bessere Bezahlung für Servicekräfte und gleicher Lohn für Neueingestellte. Dennoch reagiert die Geschäftsleitung mit Hausverbot und Strafanzeigen. In den Dachauer Amper-Kliniken wird mit harten Bandagen gekämpft. Offenbar sind alle Mittel recht, um zu verhindern, dass sich in der zum Rhön-Konzern gehörenden Klinik kämpferische Gewerkschaftsstrukturen entwickeln. Mit dem handzahmen Betriebsrat und der inaktiven Dienstleistungsgewerkschaft ver.di fuhr das Unternehmen bislang ganz gut. Doch in dem einst kommunalen Betrieb regt sich Widerstand. Und dieser geht von einer unabhängigen Betriebsgruppe und der Gesundheitsgewerkschaft „SANITA" aus, einem Syndikat, das der FAU München angeschlossen ist.



Die Klinikleitung hatte im Juli 2007 einen Aushang der Amper-Betriebsgruppe zum Anlass genommen, um zum Sturm gegen die aktiven Kolleginnen und Kollegen zu blasen. Den Aufruf zur Vernetzung unabhängiger Betriebsgruppen quittierte sie mit der völlig überzogenen Androhung arbeitsrechtlicher Konsequenzen. Dazu setzte sie die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) unter Druck, um die Namen der UrheberInnen zu erfahren. Die JAV kam dem nicht nach, der Versuch lief ins Leere. Kurz darauf trat das Gesundheitssyndikat SANITA auf den Plan und sprang der Betriebsgruppe zur Seite: Mit Unterstützung des Allgemeinen Syndikates und des Bildungssyndikates München führte es am 17. August eine angemeldete Kundgebung am Klinikgelände durch, um auf die desolate Situation hinzuweisen. Die dabei verteilten Flugblätter fanden regen Anklang unter den Beschäftigten; auf den Stationen wurden sie von Hand zu Hand weitergereicht. Wieder schoss die Geschäftsleitung aus allen Rohren: Gegen fünf KundgebungsteilnehmerInnen erstattete sie Anzeige wegen Hausfriedensbruchs.

Öffentliches Interesse

Doch den Erfolg dieser Aktion konnte sie mit diesem hilflosen Versuch nicht schmälern. Denn fortan nahm sich auch die regionale Presse der Problematik an und brachte sie so erst recht ins Blickfeld der Öffentlichkeit. Vom Lokalteil der *Süddeutschen Zeitung* bis hin zum konservativen *Münchner Merkur* erschienen Berichte, die sich kritisch mit den Arbeitsbedingungen und den Protesten befassten. Die Geschäftsleitung, die bis dahin jeglichen Kommentar ablehnte, sah sich nun gezwungen, öffentlich Stellung zu beziehen. Passenderweise fiel dies mit einem Aktionswochenende zusammen, das die SANITA, erneut mit Unterstützung der anderen Syndikate, vorbereitet hatte. Den Auftakt dazu bildete am 14. September eine Veranstaltung in Dachau zu Arbeitskämpfen im privatisierten Gesundheitssektor in Niedersachsen, die am Folgeabend in München ihre Wiederholung fand. Der Erfolg: in Dachau waren fast ausnahmslos Klinikbeschäftigte erschienen, die beschlossen, sich fortan regelmäßig zu treffen. Dass sie es damit ernst meinten, bewiesen sie schon am Folgetag, indem sie an der eigens organisierten Protestkundgebung teilnahmen. Seitdem kommen sie regelmäßig zusammen.

Tariffähig?

Das Gesundheitssyndikat hat sich mittlerweile als im Betrieb vertretene Gewerkschaft angemeldet. Die Unternehmensleitung verwehrt den GewerkschaftssekretärInnen jedoch den Zugang zum Betrieb. Ihre Argumente sind geradezu hanebüchen: Die in der FAU München zusammengeschlossenen Syndikate seien keine „tariffähigen Gewerkschaften", folglich würden gesetzlich verbriefte Rechte, die gerade auch kleinen Gewerkschaften ihre Arbeit im Betrieb ermöglichen, nicht für die SANITA gelten. Wie im 19. Jahrhundert ist auch in der Rhön-Klinik aktive Gewerkschaftsarbeit offenbar illegal! Ver.di, die verschwindend wenige Beschäftigte im Betrieb organisiert, werden hingegen die vollen Rechte zugestanden. Die Dienstleistungsgewerkschaft betrachtet das kämpferische Auftreten der kleinen FAU-Gewerkschaft nicht nur mit Neid, sondern mit Schrecken – sieht sie doch auch hier ihren Einflussbereich zunehmend im Schwinden. Während in Funktionärskreisen schon das Gerücht kursierte, SANITA wolle in der Amper Klinik einen eigenen Haustarifvertrag durchsetzen, ließ ver.di selbst bisher nicht erkennen, dass sie bereit und willens ist, die Kampfansage der Geschäftsleitung aufzunehmen. Anders SANITA, die an jedem Wochenende im Dezember mit einem Informationsstand in der Dachauer Altstadt weiter über die Situation in der Klinik informierte.

Nandor Pouget (GGB Hannover)

Fiese Tricks von Polizei und Justiz

Mittelhessische AktivistInnen sorgen mit ihrem Kampf gegen Justizwillkür für Wirbel

Die Vorwürfe klingen ungeheuerlich: Polizisten basteln einen Brandsatz oder fertigen Gipsabdrücke selbst an, um Beweismittel zu haben. Beweisvideos und -fotos verschwinden, Falschaussagen werden gedeckt, Observationen verschwiegen, um Straftaten erfinden zu können. Alles Hirngespinste von VerschwörungstheoretikerInnen? Offenbar nicht." Als die Nachrichtenagentur ddp am 22.11.2007 diese Meldung verschickte, waren in Gießen schon vier Jahre intensivster Auseinandersetzung zwischen Polizei, Justiz und der sie tragenden Law-and-Order-Politik einerseits sowie radikal herrschaftskritischen AktivistInnen andererseits vergangen. Die Systematik der Fälschungen und Manipulationen lässt Gerichte und Polizei wie eine kriminelle Vereinigung erscheinen. Das befand nun auch das Oberlandesgericht Frankfurt (OLG). Es wagte den Blick in die Akten und stellte am 18.6.2007 fest, dass Festnahmen auf Fälschungen beruhten. Auslöser war eine umfangreiche Aktion der Polizei unter Beteiligung, wahrscheinlich sogar auf Weisung, des hessischen Innenministers und Ehrenvorsitzenden der CDU Gießen, Volker Bouffier: Am 14.5.2006 wurden AktivistInnen in eine Falle gelockt und sollten für Straftaten eingesperrt werden, die sie nie begangen hatten (www.projektwerkstatt.de/14_5_06). Drei Monate dauerte die Recherche der Betroffenen, dann konnten sie beweisen: die Polizei wusste, dass sie nicht als TäterInnen in Frage kamen, denn sie hatte alle durchgehend observiert. So belegten Polizeiakten alle Lügen, Manipulationen und eine Anweisung an den diensthabenden Richter Gotthardt, die Unschuldigen einzusperren. Der kam dem nach, notierte die Anweisung aber in den Akten.

Methoden aus der Nazizeit

Das OLG fand harte Worte für diese Inszenierung: Methoden aus der Nazizeit! Kurz zuvor hatte auch das Bundesverfassungsgericht die Gießener Justiz in die Schranken gewiesen und eine Haftstrafe aufgehoben (1 BvR 1090/06). Die beiden Urteile veränderten die Lage in der Stadt. Seit Sommer sehen sich die Straftäter in Robe und Uniform selbst mit Ermittlungsverfahren konfrontiert, ganze Abteilungen von Polizei und Justiz stehen im Verdacht erhebliche Straftaten begangen zu haben. Mit einer absurden Folge: Polizei und Justiz ließen ihre verbrannten Finger von den bisher Verfolgten, die seitdem recht unbehelligt agieren können. Dafür bekommen andere den Verfolgungseifer zu spüren: Rechtsanwalt Döhmer, der mehrere der Aktivistinnen und Aktivisten schon beraten oder verteidigt hatte, kassierte am 6.11.07 dubiose Hausdurchsuchungen. Zudem wird seit einigen Monaten gegen die Gießener Band „Mono für alle!" ermittelt, just von den Personen, die auch das „Umfeld der Projektwerkstatt" in Reiskirchen-Saasen mit Lügen und Manipulationen überzogen hatten: Staatsanwalt Vaupel und Staatsschützerin Cofsky. Die Band soll mit ihren Liedern, vor allem dem Song „Amoklauf", zu verbotenen Handlungen animieren. Die Ermittlungsmethoden zeigen, dass der Staatsschutz nicht nur dreist, sondern auch dumm agiert: Monatelang konnte Cofsky nicht einmal die bürgerlichen Namen der Band feststellen und plante just beim Liveauftritt vor dem G8 in Rostock eine Personalienkontrolle auf der Bühne. Doch die Rostocker Beamten winkten ab, und so ist unklar, wie es mit „Mono für alle!"



weitergeht. Und was wohl Everybodies-darling Bob Geldof zu allem sagen würde, der vor langer Zeit mal ein sehr ähnliches Lied machte? Heute wird er von Angela Merkel geherzt. Derweil versuchen die Betroffenen, ihre Erkenntnisse über Polizei und Justiz zu verbreiten, in Form eines Buches mit minutiösen Schilderungen vieler Fälle und in einer Veranstaltung, die in vielen Städten schon zu sehen war.

Jörg Bergstedt
Mehr Informationen:
www.projektwerkstatt.de/fiesetricks

Großes Kino – kleine Löhne

Die CinemaxX-Beschäftigten wollen ein größeres Stück vom Kuchen



Der rote Teppich ist ausgerollt. MedienvertreterInnen aus aller Welt warten auf den Auftritt der Filmstars. Doch plötzlich beginnt ein Darsteller im Bärenkostüm den roten Teppich zu reinigen. Dann kommen Menschen mit Megaphon und Transparenten ins Bild und protestieren gegen die Arbeitsbedingungen in den Berliner Kinos. Solche Szenen könnten bei der Berlinale 2008 im kommenden Februar Realität werden, wenn es nach dem Bündnis „Mir reicht 's nicht" geht. Seit Wochen bereiten sich die AktivistInnen auf eine soziale Intervention während der Berlinale vor.

Am 19. Dezember wurde am Potsdamer Platz schon mal für die Berlinale-Intervention geübt. Ein „prekäres Glücksrad" wurde vor dem Berlinale-Büro aufgebaut. Dort liefen gerade die Bewerbungen für die nächste Berlinale. Viele sind schon seit Jahren dabei und auf die Einkünfte angewiesen. Die Arbeiten umfassen von Aufbauarbeiten über das Catering bis zum Reinigen der Kinos all das, was die „Traumfabrik Berlinale" am Laufen hält. Sie wurden animiert ihre Arbeitsbedingungen mittels einer Filmszene zu beschreiben. Für ihre Reaktionen auf den täglichen Arbeitsstress standen Titel wie „Der unsichtbare Aufstand" oder „Falling Down" zur Auswahl. Für die Beschreibung eines typischen Arbeitstages in der Filmbranche konnten Filmtitel wie „Täglich grüßt das Murmeltier" oder „Stirb an einem anderen Tag" ausgewählt werden.

Die Angesprochenen reagierten überwiegend freundlich und waren auch schnell zum Mitspielen bereit. Vielen ist das Dilemma, in dem sie stecken, durchaus bewusst. So wird schon mal 16 Stunden am Tag gearbeitet, wenn die Berlinale kurz bevorsteht. Andere hoffen, dass dieser Job ja nur eine vorrübergehende Notlösung sei. Doch viele müssen sich eingestehen, dass sie jetzt schon mehrere Jahre im Geschäft sind. So wurde in den kurzen Gesprächen die Konfliktlinie vieler prekär Beschäftigter deutlich, denen die Ausbeutung, der sie ausgesetzt sind, durchaus bewusst ist. Doch viele sehen noch wenig Möglichkeiten zur Gegenwehr.

Mit Sprechblasen gegen Hungerlöhne

Dabei gibt es diese längst. Unter den ca. 120 Beschäftigten des CinemaxX-Kinocenters am Potsdamer Platz, nur wenige Schritte vom Berlinale-Büro entfernt, ist der Ärger über niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen groß. Seit im Februar 2004 ihr Tarifvertrag ausgelaufen ist, trat der CinemaxX-Konzern aus dem Arbeitgeberverband aus und senkte die Einstiegslöhne. Seitdem gab es in verschiedenen Städten immer wieder kurze Streiks und Proteste der Beschäftigten. Als sich der Filmemacher Hans Weingärtner, der gerade mit dem medienkritischen Streifen „Free Rainer" bekannt wurde, in Göttingen mit den Beschäftigten solidarisierte, wurden die Aktionen bundesweit bekannt.

Doch auch in Berlin gab es Unterstützung für die CinemaxX-Beschäftigten. So machten am 8. Dezember AktivistInnen des Bündnisses „Mir reicht 's nicht" vor dem Kinohaus am Potsdamer Platz auf ungewöhnliche Weise Werbung für ihre Forderungen: Die KinobesucherInnen wurden gefragt, ob sie bereit wären, auf Sprechblasen aus Pappe ihre individuelle Meinung zu den Löhnen der CinemaxX-Beschäftigten aufzuschreiben und sich damit fotografieren zu lassen. Die Fotos mit den Statements wurden dann der Kinoleitung übergeben.

Das Engagement auf diesem Gebiet ist kein Zufall. Die Berliner Gruppe „Für eine linke Strömung" (FelS) hatte sich im Rahmen des Euro-Mayday-Bündnisses mit prekären Arbeitsbedingungen auch in der Film- und Kulturbranche befasst. Das Bündnis organisiert seit 2006 in Berlin am 1. Mai eine Parade der Prekarisierten durch Kreuzberg und Neukölln. In diesem Jahr gibt es vom Mayday-Bündnis erstmals den Versuch, mit der Veranstaltungsreihe „Prekarität – Solidarität – Widerstand" eine Diskussion über die Organisierung von Prekären in einer breiteren Öffentlichkeit anzustoßen.

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat mittlerweile für die CinemaX-Beschäftigten einen neuen Tarifvertrag ausgehandelt. Dieser sieht vor, die Stundenlöhne in mehreren Stufen von 6,50 Euro auf acht Euro anzuheben. Das ist auch die Folge eines zweiständigen Arbeitskampfes der CinemaxX-Beschäftigten am 18. Dezember. Dass dieser ausreichte, um nach fast vier Jahren die Forderung nach einem Tarifvertrag erfüllt zu bekommen, zeigt die Wirkung des Streiks. Doch was hätten die Beschäftigen erst erreichen können, wenn es nicht nur bei einem ausgefallenen Film geblieben wäre?

Peter Nowak

Mehr Infos demnächst unter. maydayberlin.blogsport.de
Im Rahmen der erwähnten Veranstaltungsreihe „Prekarität – Solidarität – Widerstand" findet am Samstag, den 9. Februar 2008, von 14.30-19 Uhr im Berliner Haus der Demokratie in der Greifswalder Str. 3 ein Workshop zur Diskussion und Vernetzung unter dem Arbeitstitel: „Neue Klassenkämpfe? Betriebliche Bewegungen und Perspektiven antikapitalistischer Intervention" statt. Dort werden u.a. Mag Wompel von Labournet, der Sozialwissenschaftler Bernd Röttger, der Historiker Peter Birke, der IG Metall-Betriebsrat Hans Köbrich, sowie VertreterInnen von verschiedenen betrieblichen Initiativen sprechen.

Ver.di vs. Solidarität

Mitte Dezember wurde Angelo Lucifero, bis dahin hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär von ver.di in Thüringen, vom Landesverband Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen suspendiert. Eine „außerordentliche Kündigung" wurde in die Wege geleitet, wie der Landesbezirksleiter Thomas Voß in der Jungen Welt erklärte. Als Grund für diese Maßnahme wird angegeben, dass Lucifero auf unzulässige „Weise persönliche politische Arbeit auf Kosten und mit Mitteln der Gewerkschaft ver.di betrieben" habe. Gemeint ist damit u.a. eine AntiRa-Mailingliste, welche erklärtermaßen von vielen ver.di-Mitgliedern kollektiv genutzt wurde. Dies ist der vorläufige Höhepunkt einer langen Reihe von Vorkommnissen zwischen Lucifero und den Gewerkschaftsbossen. So war Lucifero schon im März 2007 öffentlich in die Schusslinie geraten, nach dem er sich auf einer öffentlichen Kundgebung mit Hilfe einer Schreckschusspistole gegen einen Naziübergriff zur Wehr setzen musste. Voß und Thüringens DGB-Vorsitzender Steffen Lemme distanzierten sich in der Folge öffentlich von Lucifero. Der Zeitpunkt der Suspendierung ist heikel: im Januar findet ein Berufungsverfahren gegen Lucifero statt, in dem er sich erneut juristisch dafür rechtfertigen muss, sich gegen Nazis gewehrt zu haben. In erster Instanz wurde er zu einem Jahr Haft auf Bewährung und einer Geldstrafe von 120 Tagessätzen verurteilt. Der ver.di-Bundeskongress hatte zwischenzeitlich eine Entschließung angenommen, nach der ver.di Lucifero beim Prozess unterstützen soll. Der bei ver.di für die Umsetzung solcher Beschlüsse zuständige Bundesvorstand hat aber bisher keine Anstalten gemacht, dies auch zu tun. Mittlerweile haben viele ver.di-Mitglieder und das Internetportal labournet.de ihre Solidarität mit Angelo Lucifero erklärt. (RO)

Was bleibt, was kommt?

Nach der Betriebsbesetzung in Nordhausen – kleiner Rückblick und Ausblick

Nach über 20 Jahren Produktion ist Ruhe eingekehrt in die Hallen der ehemaligen Fahrradfabrik in Nordhausen. Auch die monatelange Besetzung der Fabrik der Bike Systems und die einwöchige Produktion in Eigenregie konnten daran nichts ändern. Am ersten November wurden die Schlüssel fristgerecht übergeben, denn der Mietvertrag mit dem alten Eigentümer war zu diesem Termin ausgelaufen. Die Gesetzeslücke, welche die Besetzung juristisch als Betriebsversammlung tituliert und somit legal machte, griff nicht mehr. Es wäre wohl auch nur ein kleiner Teil der Belegschaft bereit gewesen, den legalen Rahmen dauerhaft zu verlassen. Ebenfalls Anfang November begann eine Qualifizierungsmaßnahme, die den FahrradwerkerInnen weitere acht Monate ein Einkommen sichert. Danach werden wohl viele Arbeitslosengeld beantragen müssen. Die Arbeitslosenquote im Landkreis Nordhausen beträgt 15,3%. Nun könnte man sich fragen, was der ganze Aufstand den eigentlich gebracht hat. Das Werk ist geschlossen und die Arbeiterinnen und Arbeiter sehen größtenteils einer ungewissen Zukunft entgegen.

Blick zurück

Als die Geschäftsleitung im Juni die Abwicklung des Werkes verkündete, war nicht einmal eine Abfindung für die ArbeiterInnen vorgesehen. Sie würden, so spekulierten die Verantwortlichen, einfach das Werk nach dem letzten Produktionstag verlassen und zukünftig, im Konkurrenzkampf auf dem Fahrradmarkt, keine Rolle mehr spielen. Dies war der Punkt, an dem der Bogen, nach jahrelangen Zugeständnissen seitens der Belegschaft, überspannt war: Sie eignete sich spontan die Fabrik an und machte öffentlich auf ihre Lage aufmerksam. Das erste, was sich die KollegInnen schon im Zuge der Besetzung zurückholten, war ihre Würde. Sie nahmen der Geschäftsleitung die Initiative, indem sie ihre Geschicke ein Stück weit in die eigenen Hände nahmen.

Sicherlich, es gab keine Vollversammlungen, auf denen die Belegschaft diskutierte und gemeinsam Entscheidungen fällte, wie es dem anarchosyndikalistischem Ideal entspräche. Die Entscheidungsstruktur innerhalb der Belegschaft blieb zunächst die gleiche wie zuvor, der Betriebsrat der Wortführer. Zeitgleich aber war ein Freiraum entstanden, in dem die ArbeiterInnen die Möglichkeit hatten, sich ihrer Lage bewusst zu werden und Eigeninitiative zu ergreifen. So wurde zum Beispiel die mit Unterstützung der FAU aufgezogene Produktion des Strike-Bike unabhängig vom Betriebsrat realisiert. Wie oft in solchen Situationen wuchsen Menschen über sich hinaus und vollbrachten Leistungen, die sie sich zuvor vermutlich selber am wenigsten zugetraut hätten. Diese Erkenntnis um die eigenen Fähigkeiten kann ihnen niemand mehr nehmen.

Bundesweit wurde mit der Besetzung der Fabrik und vor allem der Produktion des Strike-Bike ein einmaliges Beispiel gesetzt, auf das sich Menschen in folgenden Kämpfen beziehen können, um dann vielleicht noch einige Schritte weiter zu gehen. Nicht vergessen werden darf außerdem, dass das gesamte Budget für die Qualifizierungsmaßnahme, ein sichereres Einkommen für acht Monate, damit durch die Belegschaft erkämpft wurde.

Blick nach vorn

Einige der ehemaligen Beschäftigten der Bike Systems möchten weiterhin Fahrräder in Eigenregie produzieren. In diesem Zusammenhang wird momentan auch die Produktion weiterer Strike-Bikes, vielleicht einer „Black Edition", diskutiert. Im Verlauf der Strike-Bike-Kampagne wurden viele Kontakte geknüpft und es gibt Angebote von potenziellen AbnehmerInnen. Momentan verhandeln z.B. einige der WerksbesetzerInnen mit dem Verbund selbstverwalteter Fahrradbetriebe (VSF). Dieser hat sich „eine solidarische, ökologische Ökonomie und eine kundenorientierte Grundhaltung" auf die Fahnen geschrieben. Im Gespräch sind mehrere zehntausend Fahrräder jährlich, die einer kollektiv geführten Fahrradmanufakur in Nordhausen abgenommen werden könnten.

Auf dem Weg hin zu einem selbstverwalteten Betrieb ist allerdings noch die eine oder andere Hürde zu nehmen. Ein solcher Betrieb müsste sich natürlich auch auf dem kapitalistischen Markt behaupten können, damit die Beschäftigten von ihrer Lohnarbeit leben können, denn die soziale Revolution ist momentan leider noch nicht in Sicht. Das Know-How, welches nötig ist, um einen solchen Betrieb auf die Beine zu stellen, fehlt den KollegInnen in Nordhausen allerdings. Sie haben gelernt, Fahrräder zu bauen, nicht Unternehmen zu leiten, wofür sie bisher auch gar nicht die Möglichkeit hatten. Aber auch in dieser Frage könnten Kontakte, die während der letzten Monate geknüpft wurden, hilfreich sein: Eine fachübergreifende Arbeitsgruppe an der Universität Kassel, die sich mit solidarischer Ökonomie beschäftigt, hat ihre Hilfe angeboten.

Die nächsten Monate werden zeigen, ob es den entschlossenen FahrradwerkerInnen aus Nordhausen gelingen wird, einen selbstverwalteten Betrieb auf die Beine zu stellen. Dabei müssen sie allerdings auch weiterhin auf die Hilfe solidarischer Menschen zählen können.

Robert Ortmann (FAU Berlin)



Der große Bruder schaut dich an.

KONTROLLE, ÜBERWACHUNG, EINSCHÜCHTERUNG

Chef hört mit

Qualitätskontrolle à la Callcenter: „Silent Monitoring"

Datenschutz und ständige Überwachung sind Themen, die mit dem neuen Vorstoß Schäubles in Sachen Vorratsdatenspeicherung in aller Munde sind. Kein Zweifel: in Deutschland und global wird Überwachung zum großen Thema.

Was staatlicherseits – zumindest offiziell – neu ist, ist in der Berufswelt längst kein Thema mehr. Dass ArbeiterInnen überwacht werden, scheint selbstverständlich. Denn diese haben ihre Zeit und Arbeitskraft ja verkauft und, so argumentiert die Klasse der „Arbeit-Gebenden", da sei es nur recht und billig, zu kontrollieren, was man da gekauft hätte. Schließlich kauft niemand gerne die Katze im Sack.

Diese „Qualitätskontrolle" wird in Callcentern durch das sog. „Silent Monitoring" durchgeführt. Soll heißen: während die Callcenter-AgentInnen am Telefon sitzen, können sie sich nie sicher sein – es sei denn, der Kunde oder Geschäftspartner am Telefon hat vorher abgelehnt –, ob ihr Gespräch nicht mitgeschnitten und „evaluiert" wird. Das ist der Hintergrund der Tonbandansage, die sicher jede Person schon mal gehört hat, wenn sie eine Service-Hotline angerufen hat: „Das Gespräch wird zu Schulungszwecken mitgeschnitten. Wenn Sie damit nicht einverstanden sind, drücken Sie bitte die Eins", oder ähnliches. Alle AnruferInnnen oder Angerufenen sind also gut beraten, diese Form des Abhörens zu verweigern. Dem/der TelefonistIn wird so eine Form der Überwachung und sich selbst die Abschätzung der Kundenbedürfnisse erspart.

„Beim Schraubenhersteller zieht der Qualitätsprüfer eine Schachtel Schrauben aus dem Regal und schaut, wer sie wann gemacht hat und ob sie in Ordnung sind. Unsere Kunden [die Firmen, die das Callcenter in Anspruch nehmen; Anm. d.A.] müssen halt die Gespräche mithören, um die Qualität zu überprüfen", so sinngemäß die Argumentation der Geschäftsführung des Callcenters D+S während einer Betriebsversammlung in Münster. Der Betriebsrat hatte zuvor, ohne die Belegschaft zu fragen, einer Betriebsvereinbarung zum Thema „Silent Monitoring" zugestimmt. Das mag in der Branche, wie auch die Reaktionen aus der Belegschaft zeigen, eher normal sein: „Soll das heißen, hier wurde bisher nicht mitgehört?" wunderten sich KollegInnen mit Erfahrung aus anderen Callcentern. Was nichts anderes heißt, als dass das in der Branche ganz normal ist und man von nichts anderem als totaler Kontrolle ausgehen kann. „Neulinge" im Gewerbe dagegen echauffierten sich durchaus über den „Chef als Big Brother". Nun wird die Kundenberaterin im Callcenter nicht unbedingt den nächsten wilden Streik mit dem Gesprächspartner verabreden und erst recht nicht den Umsturz des Staates. Umfassende Kontrolle heißt aber auch im Zweifelsfalle: Kontrolle der vollkommenen Loyalität, Kontrolle über das individuelle Gesprächsverhalten, und wenn es falsch läuft: Nachschulungen, Entlassung aus dem Projekt oder vollkommene Entlassung.

Überwachen und Korrigieren

„Silent Monitoring" im Callcenter kann zweierlei heißen: die Kontrolle des Auftraggebers oder aber die Kontrolle durch Vorgesetzte. Wenn der Auftraggeber – etwa ein großer Telekommunikations- oder Stromkonzern – mithört, ist das oft nicht mal im Interesse des „Arbeitgebers", der möchte genauso wenig kontrolliert werden wie die Agentin am Telefon. Gar nicht so komisch ist, dass diese „Arbeitgeber" dieser Argumentation nicht mehr folgen, wenn es darum geht, dass sie selber gerne mithören würden. Betriebsvereinbarungen, wenn es diese denn überhaupt gibt, mögen da noch so kulant sein, jede Person kann sich selber ausmalen, was es für den einzelnen Callcenter-Agenten heißt, diese Überwachung zu verweigern. Im Zweifelsfall sitzen alle Angestellten des Betriebs stets auf glühenden Kohlen in der Erwartung, dass nicht nur sie es sind, die das Gespräch hören. Das Prinzip ist das selbe wie das des Benthamschen Panoptikons, wie Michel Foucault es in „Überwachen und Strafen" beschrieben hat: es gibt immer die Möglichkeit, das jemand kontrolliert, was du sagst oder machst. Ob wirklich kontrolliert wird oder nicht, ist nebensächlich. Die alltägliche Möglichkeit der Kontrolle reicht für die Disziplinierung. Selbst wenn dann ein nicht perfektes Telefongespräch nicht abgestraft, sondern nur „verbessert" wird, ist das ein Eingriff in die persönliche Sphäre.

Callcenter und das System des „Silent Monitoring" sind Experimentierfelder für neoliberale Politik. Wer glaubt, man könne sein Gesprächsverhalten ändern, wenn das Headset abgelegt ist, hat sich geschnitten: wer im Callcenter lächelt, belügt nicht nur den Kunden, sondern auch sich selbst. Die Mentalität, VerkäuferIn oder KundenberaterIn zu sein, überträgt sich in den eigenen Alltag – und damit auch in den Umgang mit dem Chef.

Betriebsrat macht mit

Wie gesagt, diese Methode ist in Callcentern so üblich, dass sich niemand mehr darüber empört. Der Betriebsrat des besagten Callcenters in Münster argumentierte in seiner Zeitung, die Betriebsvereinbarung zum Silent Monitoring sei notwendig, damit das Abhören in der Arbeitszeit nicht illegal laufen würde. Hier schließt sich der Kreis zu den Plänen Schäubles: wir müssen die stetige Überwachung akzeptieren, damit wir nicht vom Terrorismus bedroht werden. Im Callcenter heißt das: wir müssen die Überwachung akzeptieren, damit wir nicht von der Arbeitslosigkeit bedroht werden. Dass die Überwachung am Arbeitsplatz als „normal" empfunden wird, hilft der Politik bei der Durchsetzung ihrer Interessen. Im Endeffekt müssen Staat und Kapital nicht mehr überwachen. Die Möglichkeit genügt, damit die Arbeitenden kuschen. Später werden sie sagen, dass das alles ja freiwillig und demokratisch abgestimmt war. Da trauen wir uns dann längst nicht mehr, zu widersprechen. Es könnte ja jemand hören…

bewi (FAU Münster)

Mitmachen: Beiträge für diese Rubrik, insbesondere Infos zu Überwachung am Arbeitsplatz, bitte an da-bruder@fau.org. PGP/GPG-Key auf Anfrage.

Es geht nicht nur um CO2…

Anhaltender Widerstand gegen ein geplantes Kohlekraftwerk im Rhein-Main-Gebiet

Was sie vom geplanten Kohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue bei Mainz und Wiesbaden halten, machten Aktivistinnen und Aktivisten des Arbeitskreises Umwelt Wiesbaden (AKU) und der Lokalföderation Rhein/Main der FAU am 3. November ihrem lokalen Stromerzeuger klar: Mit einer Schubkarre voll Eierkoks und dem Motto „Wie immer geht es ihnen nur um Kohle …" besuchten sie die zentrale Geschäftsstelle der Wiesbadener Stadtwerke und schütteten 75 kg Steinkohle in den Eingangsbereich. Dies ist genau die Kohlemenge, die das geplante Kraftwerk innerhalb von nur einer Sekunde verfeuern soll. Die Pläne der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden (KMW), die sich je zur Hälfte im Besitz der Mainzer (ENTEGA) und Wiesbadener (ESWE) Stadtwerke befindet, seien eine Frechheit, wird in einem Flugblatt betont: „Mit dem Beschluss für den Bau des Kohlekraftwerks, als zukünftigen Ersatz für das bestehende hochmoderne Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerk konterkariert die KMW auf zynischste Art und Weise die Diskussion um Klimaschutz und gebotenes schnelles Handeln bei der CO2-Reduktion."

Laut Angaben der KMW soll sich die Kraftwerksleistung durch den Neubau fast verdoppeln. Darüber hinaus bedeutet die Entscheidung für den Brennstoff Kohle statt Gas, dass sich die CO2-Emissionen pro Kilowattstunde Elektrizität ebenfalls verdoppeln. Insgesamt plant die KMW also eine Vervierfachung des jetzigen CO2-Ausstoßes. Gerald Kunz vom AKU erklärt hierzu gegenüber der Direkten Aktion: „Unser Ziel ist und bleibt die Rücknahme des Projekts. Gerade die Stadtwerke der beiden Landeshauptstädte sehen wir in einer klimapolitischen Verantwortung. Aus dieser Verantwortung werden wir sie nicht entlassen. Wir setzen auf Energieeinsparung, Energieeffizienz und den weiteren Ausbau der Nutzung regenerativer Energiequellen." Um dieses Ziel zu erreichen, will der AKU weiterhin Druck auf die Stadtwerke ausüben. Seit der großen Demonstration im Mai 2007 (DA 182) – über 3.000 Menschen hatten auf der Rhein-Brücke zwischen Mainz und Wiesbaden gegen das Bauvorhaben demonstriert – wirbt die Gruppe dafür, den Stromanbieter zu wechseln. Kunz wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass mit den sogenannten Ökostrom-Kampagnen von ESWE und ENTEGA die Bevölkerung schlicht für dumm verkauft werden soll. Unter umweltpolitischen Druck geraten, gehe es den Stadtwerken einzig darum, ihre Marktanteile zu verteidigen bzw. auszubauen. Desinteressierte und Industriebetriebe sollen weiterhin mit Atom- und Kohlestrom beliefert werden, während man gleichzeitig versuche, die ökologisch sensible Klientel mit „Ökostrom billiger als Atomstrom" zu ködern. Was von solchen „Ökostromanbietern" zu halten ist, wenn sie als Besitzer der KMW eine riesige Drekkschleuder ins sowieso stark belastete Rhein-Main-Gebiet setzen wollen, ist klar: „Die Bewertung der KMW als „unser" lokaler, von den vier großen Energieversorgungsunternehmen unabhängiger und umweltfreundlicher Versorger ist hinfällig! Wir verweigern der Geschäftspolitik der KMW – und somit der von ESWE und ENTEGA – die Unterstützung! Wer aus Profitinteresse die Notwendigkeiten des Klima- und Umweltschutzes ignoriert, dem entziehen wir unser Geld und wechseln den Stromanbieter", stellt Kunz klar.



…sondern auch um Menschenrechte!

Nach Chinas Absage aufgrund erhöhten Eigenbedarfs sucht KMW nach neuen Lösungen, um die Gewinnmargen zu sichern. Auch Kolumbien kommt dabei als Kohlelieferant in Frage. Doch kolumbianische „Billigkohle" hat ihren Preis. Am 8. November machten dies die Aktivisten der kolumbianischen Minenarbeitergewerkschaft SINTRACARBON, Freddy Lozano und Jairo Quiroz, eindrucksvoll deutlich. Auf Einladung des AKU berichteten sie im Café Klatsch in Wiesbaden über die katastrophale Situation in Kolumbien. Die Zerstörung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung durch Vertreibung, Raub und Mord, verbunden mit Niedriglöhnen für die Minenarbeiter, kennzeichnen die Lage. Wer aufbegehrt wird verfolgt, GewerkschafterInnen und andere AktivistInnen oftmals von Paramilitärs ermordet. Im stattfindenden Bürgerkrieg nehmen weder Militär noch Paramilitärs Rücksicht auf Menschenrechte, was ansässigen Großkonzernen in die Hände spielt. Eine globalisierte Energie- und Klimapolitik und der Bau neuer Kohlekraftwerke in der BRD sind untrennbar verbunden mit dem Kampf um Menschenrechte, der Durchsetzung von Sozialstandards und globaler Solidarität. Der Arbeitskreis Umwelt Wiesbaden und die Lokalföderation Rhein/Main der FAU fordern alle Stromkunden auf, die in Konsumentenhand befindlichen Elektrizitätswerke Schönau oder Greenpeace Energy als alternative Stromanbieter zu wählen.

Ralf Dreis, LF Rhein/Main

Abgehängt

ver.di und dbb-tarifunion booten Beschäftigte aus

Zuweilen gewinnt man den Eindruck, dass ver.di mit dem Rücken zur Wand steht. Ansonsten hätte es die Dienstleistungsgewerkschaft wohl nicht nötig, plumpe Bauernfängerei zu betreiben.

Einen äußerst peinlichen Auftritt leistete sich ver.di erst jüngst im Zusammenhang mit der Privatisierung des Niedersächsischen Landeskrankenhauses (LKH) Wunstorf. Dort sollte Brigitte Horn, hauptamtliche ver.di-Sekretärin für den Bereich Gesundheit in Hannover, auf der Personalversammlung am 7. November nur die Ergebnisse des Überleitungstarifvertrages vorstellen. Schnell wurde den Anwesenden jedoch klar, dass es sich hier nur um einen aggressiven Versuch von Mitgliederwerbung handelte, der hoffentlich auch den bleibenden Eindruck bei den Beschäftigten hinterlässt, der ihm gebührt. Zumindest einige Kommentare von KollegInnen legen dies nahe, andere hingegen ließen sich so einschüchtern, dass sie gleich ihre Beitrittsanträge ausfüllten. Der Grund: Der Überleitungstarifvertrag, der den Beschäftigten beim neuen Eigentümer, dem Klinikum Region Hannover, Rechte weit über die einjährige Schutzfrist nach §613a BGB sichert, wurde nur von ver.di und dbb-tarifunion unterschrieben. Alle in der Ärztegewerkschaft Marburger Bund (mb) Organisierten hingegen, bei den ÄrztInnen in Wunstorf der Regelfall, sowie sämtliche Nicht-Organisierte, also knapp zwei Drittel der Belegschaft, fallen nicht darunter.

Spaltung

Es kam zu einem verbalen Schlagabtausch zwischen einer Vertreterin des mb und Horn. Dabei hagelte es auch Vorwürfe gegen den noch amtierenden Personalrat, demnächst Betriebsrat, der ver.di damit betraut hatte, Verhandlungen zu führen, statt selbst eine Personalüberleitungsvereinbarung zu schließen, die für alle Beschäftigten gegolten hätte. Im Wunstorfer Personalrat sitzen ausschließlich Mitglieder der beiden unterzeichnenden Gewerkschaften, zum Großteil auch in einer Doppelfunktion als Vertrauensleute, von denen sich jetzt einige sicherlich schon Hoffnung auf einen Sitz im Gesamt- und Konzernbetriebsrat, vor allem aber im Aufsichtsrat des Klinikums machen.

Herr Nowak, als anwesender Vertreter des neuen Eigentümers darauf angesprochen, entgegnete nur, dass der für kommunale Beschäftigte geltende Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst (TVÖD) und der für ÄrztInnen in kommunalen Einrichtungen abgeschlossene Tarifvertrag Ärzte (TV-Ärzte) angewendet würden. Damit war die Frage geschickt umgangen, denn der allgemeiner absichernde Überleitungstarifvertrag für die Beschäftigten der niedersächsischen Landeskrankenhäuser war damit nicht gemeint. Dies ist bei genauerem Hinschauen allerdings auch einem umfangreichen Schreiben zu entnehmen, das sämtliche zur Region übergehende MitarbeiterInnen erhalten hatten.

Zweifelhafter Erfolg

Dennoch entblödete sich Horn nicht, die Übernahme des LKH durch das Klinikum Region Hannover ab Januar 2008 geradezu als Erfolg zu feiern. Wahre Loblieder stimmte sie an, obwohl die Negativmeldungen über die Zustände in den anderen zwölf Regions-Kliniken in den letzten Monaten nicht mehr abreißen wollen: Erst werden die Beschäftigten dort mit Unterstützung von ver.di und mb dazu verdonnert, für drei Jahre auf drei Prozent ihrer Gehälter zu verzichten, um die Verschuldung des Klinikums aufzufangen, dann gelangen Meldungen über Mobbing und derart schlechte Arbeitsbedingungen, aufgrund derer reihenweise AssistenzärztInnen kündigen, in die Presse, und nun sowas! Was die Region tatsächlich umtrieb, in Wunstorf die finanzstarken Konkurrenten Ameos und Asklepios, zwei große private Klinikketten, im Bieterverfahren des Landes Niedersachsen auszustechen, machte Nowak schließlich auf der Wunstorfer Personalversammlung deutlich: Nicht von Krankenhaus, sondern „Projekt" war bei ihm die Rede, das, zusammen mit der psychiatrischen Klinik in Langenhagen, künftig den einträglichsten Unternehmensbereich bilden würde.

Nandor Pouget (GGB Hannover)

Weitere Informationen zum Themenkomplex finden sich auf der Seite der Gewerkschaft Gesundheitsberufe Hannover: www.fau.org/ortsgruppen/hannover/gs

Proletarität und ihre Kultur

Zur Aktualität des anarchosyndikalistischen Konzeptes – ein Diskussionsbeitrag

Es ist typisch, dass sich die „andere Arbeiterbewegung" ihre eigenen Organisationen geschaffen hat, schafft und schaffen wird. Für viele ArbeiterInnen bedeutet gewerkschaftliches Engagement eben mehr, als regelmäßig Beiträge zu zahlen. Für die Streikpraxis der etablierten Gewerkschaften haben sie, sowohl was Methoden, als auch was (Miss-)Erfolge angeht, nur ein müdes Lächeln übrig. Sie gehen mit gewerkschaftlichen Institutionen à la DGB und Betriebsräten entsprechend anders um; sie vertrauen ihnen nicht.

So ist letzten Endes auch die FAU entstanden, auch wenn sie nie alle „Unorganisierbaren" integriert hat. So erklärt sich die vorübergehende Größe der FAUD Anfang der 1920er Jahre, so erklärt sich die kleine Renaissance des Anarchosyndikalismus Anfang des 21. Jahrhunderts.

Letzten Endes ist das eine Stärke der FAU: Sie ist nicht wichtig, weil sie als Institution immer besteht und medial wichtig sein kann, sondern weil sie dann interessant wird, wenn ein (klassen-)kämpferisches Ereignis geschieht, das unvorhersehbar erschien.

Anarchosyndikalismus wird dann interessant, wenn akute Kämpfe ausgefochten werden oder durch akute Kämpfe Einzelpersonen „politisiert" wurden, wenn die Kämpfenden für die hegemonialen Organisationen uninteressant sind und wenn diese als ökonomische Opposition entsprechend kein Partner mehr sein wollen.

Faktor Klassenzusammensetzung

Wir müssen keine Verelendungstheorie bemühen, um festzustellen, dass anarchosyndikalistische Organisationen immer dann im Aufwind waren, wenn es zu einer neuen Klassenzusammensetzung kam. Das Diktum der Wobblies, „Die arbeitende Klasse und die besitzende Klasse haben nichts gemein", gilt zwar durchweg, aber das Bewusstsein des Nichts-gemein-Habens im ökonomischen Sinne war denen, die neu und härter ausgebeutet wurden, bis heute näher. Karl-Heinz Roth hat in seiner historischen Untersuchung über die „andere Arbeiterbewegung" gezeigt, dass es in der Geschichte die neuen ausgebeuteten Klassenfragmente waren, die, fernab von einem Berufsstolz oder der Identifizierung mit dem arbeitgebenden Betrieb, zu radikalen Methoden griffen.

Wir können Roths These noch dahin zuspitzen, dass ein Klassenbewusstsein in erster Linie das Bewusstsein über die eigene Ausbeutung ist, das entsteht, wenn reale Kämpfe geführt werden und schlussendlich in Folge das Bedürfnis entsteht, sich gemeinsam auf Klassenbasis zu organisieren – nach dem Kampfzyklus. Anarchosyndikalistische Organisationen sind insofern der Versuch, radikale Formen von Protest zu verstetigen.

Die „Wiederkehr der Proletarität", die Karl-Heinz Roth 1992 diagnostizierte, kommt momentan zu ihrer Verwirklichung. Mit den Arbeitsbedingungen in Callcentern, Zeitarbeitsfirmen und der Situation von Erwerbslosen in Zeiten von Hartz IV hat sich ein Klassenfragment gebildet, an dem der DGB wenig Interesse hat, da sich dieses Fragment nicht aus zahlungskräftigen Mitgliedern rekrutiert. Ganz im Gegenteil: die Ladenkassiererin oder der Callcenter-Agent zahlen so wenig an Beiträgen, dass die Einzelgewerkschaft bei der Organisierung dieser Klientel draufzahlt. Die Forderungen dieser Klientel sind selten geeignet, Massen zu mobilisieren, und schon gar nicht, mit ihnen „Politik" zu machen.

Soweit diese Gruppe denn das Bedürfnis nach Verstetigung des Protests hat und gewerkschaftlich orientiert ist, sucht sie nach Alternativen. Und da ist neben der FAU nicht viel.

Zeiten des Kampfes

Die FAU ist im Laufe ihrer Geschichte davon geprägt worden, dass sie von Menschen getragen wurde, die sich mit der Geschichte und Theorie des Anarchosyndikalismus beschäftigt haben und diese plausibel fanden. Durch solche IdealistInnen hat die FAU ihre „Tiefs" überlebt. Allein, Anarchosyndikalismus war nie nur eine Sache der Theorie. Dogmatiker jeglicher Couleur mögen der FAU das vorwerfen, aber genau das ist ihre Stärke: Anarchosyndikalismus gewinnt an Profil, wenn Menschen anfangen zu kämpfen und aus diesen Kämpfen die Erkenntnis einer Notwendigkeit von Organisation erwächst – gemeinsam mit der Erkenntnis, dass die bestehenden Organisationen nicht helfen können.

Dass wir momentan eine Phase wachsender Kämpfe haben, wenn auch nicht in einem historischen Ausmaß, zeigen auch reformistische Strömungen: Mindestlohnforderungen, die bis weit in die CDU getragen werden, ein vermeintlicher allgemeiner Linkstrend, wie die *Zeit* kürzlich diagnostizierte, und vor allem die maßgeblich wachsende Zahl an Streiks.

Gerade letztere sind, betrachtet man sie genauer, in den letzten Jahren vermehrt von einer heterogenen Basis getragen worden, während die Gewerkschaften des DGB mit aller Kraft versuchen, sie zu vermeiden oder zumindest zu verkürzen, da sie erstens ein finanzielles Risiko darstellen und zweitens die autoritär-institutionelle Argumentationsmacht schwächen. Das Proletariat fühlt sich in seinen Interessen vom DGB nicht mehr vertreten. Das ist keine Organisationsverdrossenheit, sondern ein Schritt auf der Suche nach einer adäquaten Organisationsform.

Getrübte Sicht

Soviel zur Notwendigkeit und dem Bedürfnis nach neuen, anderen Organisationen. Doch müssen wir feststellen, dass fast alle Streiks der letzten Zeit verloren wurden oder halbgare Ergebnisse erzielten. Das ist mit dem Gekusche des DGB allein nicht zu erklären, sondern hat seinen Grund auch darin, dass nicht jene Fragmente des Proletariats kämpfen, die eine entsprechende Arbeitermacht haben, sondern jene, die es besonders nötig haben. Ein kurzer Blick auf die Streiks der letzten Jahre zeigt, dass die Arbeiterkämpfe, die in relevanten Sektoren – neue Dienstleistungen und insbes. der Transportsektor, wie etwa der staatlich boykottierte GDL-Streik zeigt – stattfanden, erfolgreicher waren als andere Arbeiterkämpfe.

Es gibt aber einen massiven Überhang von Proletarisierten, gerade im Dienstleistungssektor, die sozial deklassiert wurden und sich dagegen wehren, proletarisch zu werden: Das gilt etwa für Intellektuelle und AkademikerInnen, denen das neoliberale Diktum „Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied" soweit eingeimpft wurde, dass sie, selbst wenn sie sich als Linke verstehen, dem Irrglauben verfallen sind, allein wieder aus der Misere zu entkommen.

Ein zweites Klassenfragment bilden die schon abgeschriebenen „Überflüssigen". Im Gegensatz zu den Intellektuellen, die glauben, sich alleine befreien zu können, haben einige von ihnen keine Hoffnung mehr in eine Veränderung der eigenen und allgemeinen ökonomischen Zustände. Entweder sie resignieren oder setzen auf die Befreiung eines eingebildeten, begrenzten Kollektivs: auf die nationale Zugehörigkeit.

In Folge dessen orientiert sich ein für die „andere Arbeiterbewegung" relevanter Teil heute nicht mehr syndikalistisch, sondern schlicht und einfach faschistisch. Die hegemoniale Kultur von Deutschpop bis Fußball-WM tut ihr übriges, um diesen Trend zu verstärken.

Gegendiskurs

Der traditionelle Anarchosyndikalismus hatte eine Antwort darauf: Neben der direkten ökonomischen Aktion setzte er auf Kultur. Diese ist ein wesentliches Element des Anarchosyndikalismus, an dem es heute massiv hapert.

Das liegt keineswegs am kulturellen Desinteresse: Kultur im weiteren Sinne umfasst einen spätestens 1973 einsetzenden und in den 1990er Jahren dominierend werdenden Diskurs, der die Existenz von Klassen leugnet und die Selbstständigkeit des Individuums betont. Dieser Diskurs macht auch vor gestandenen AnarchistInnen nicht Halt. Parallel dazu etabliert sich ein neuer banal-nationalistischer Diskurs, der ähnlich integrativ wirken kann.

Es wäre an der Zeit, in die kulturelle Offensive zu gehen. Das ist aber einfacher gesagt als getan. Zu Hochzeiten des Anarchosyndikalismus gab es eine dezidiert kollektivistische Arbeiterkultur, die durch ihre Bedürfnisse geprägt war. Ersetzt wurde diese durch zahlreiche Subkulturen. Wie soll der Anarchosyndikalismus eine proletarische Kultur etablieren, wenn der Chef gemeinsam mit dem Proletarier auf das Punk- oder HipHop-Konzert geht. Es ist kein Wunder, wenn der ökonomische Hauptwiderspruch – „nichts gemein" – durch gemeinsame kulturelle Vorlieben vertuscht ist, dass ein Großteil des Proletariats die Differenz nicht mehr nachvollziehen kann und will.

Abstruse Strömungen, die sich selber libertär nennen, sind entsprechend zu dem Schluss gekommen, dass jeder Mensch gerne Kapitalist sein möchte. Stellen wir das Argument vom Kopf auf die Füße, dann geht es darum, dass niemand Arbeiter sein möchte. Auch das ist am Streikgeschehen ersichtlich: Niemand kämpft für seine Arbeit, sondern alle darum, möglichst wenig arbeiten zu müssen. Hohe Abfindungen oder bessere Arbeitsbedingungen, die die Möglichkeit eröffnen, zu studieren, sich selbstständig zu machen oder weniger fremdbestimmt zu arbeiten, sind oft die Argumente für einen Arbeiterkampf. Wer am Arbeitsplatz klaut oder die Arbeitsbedingungen sabotiert, macht das, um möglichst wenig zu arbeiten – womit wir wieder bei der „anderen Arbeiterbewegung" wären, jener, die keine Loyalität mit dem Betrieb verpflichtet, sondern allein ihr besseres Leben.

Fazit

Zu der absurden Konsequenz, dass alle Kapitalisten sein wollen, kann man nur kommen, wenn man in Klassengesellschaften denkt: Es geht allein darum, dass niemand gerne ausgebeutet wird und daher nicht gerne Prolet ist. Die Auflösung der Klassengesellschaft ist ein Urgedanke jedes Kommunismus und Sozialismus. Das Interesse des Proletariats ist nicht, Arbeiter zu sein und auch nicht, Kapitalist zu werden, sondern nicht in diese Struktur eingebettet zu sein.

Letzten Endes heißt das für eine anarchosyndikalistische Perspektive: Um sich kulturell zu etablieren, muss auf das Bedürfnis eingegangen werden, nicht oder möglichst wenig zu arbeiten. Gleichzeitig muss dieser Gedanke kollektivistisch sein. Eine Arbeiterkultur muss auf das Bedürfnis eingehen, nicht mehr fremdbestimmt arbeiten zu müssen, gerade deswegen aber auch die momentanen, gemeinsamen Bedingungen der Arbeitswelt thematisieren. Die gerne gestellte Frage „Reform oder Revolution" stellt sich so gar nicht, denn beide Strategien entspringen demselben Interesse, nicht ausgebeutet zu werden.

Teodor Webin



Anarchosyndikalismus heute

Mit dieser Ausgabe der DA möchten wir eine neue Rubrik einführen. Sie soll eine Diskussionsseite darstellen, auf der verschiedene Aspekte des Anarchosyndikalismus thematisiert werden. Im Vordergrund steht dabei eine aktuelle Perspektivenbestimmung. Historisch gewachsene Konzepte, Theorien, Strategien und Methoden des Anarchosyndikalismus sollen vor dem Hintergrund aktueller Situationen kritisch geprüft bzw. gewürdigt werden, so dass ein Beitrag dazu geleistet wird, eine klarere Vorstellung von einer anarchosyndikalistischen Praxis im Hier und Jetzt zu entwickeln. Den Anfang machen wir mit einem Beitrag von Teodor Webin, der sich allgemein mit der Frage nach der Aktualität des anarchosyndikalistischen Konzeptes beschäftigt. Wir sind gespannt, wie sich die Diskussion entwickeln wird, und hoffen, dass die Fragen, die uns beschäftigen, im Laufe der Zeit zunehmend konkretisiert werden.
Selbstverständlich werden die einzelnen Beiträge nicht zwangsläufig der Meinung der Redaktion oder der gesamten FAU entsprechen. Kontroverse Positionen werden deshalb nicht ausgeschlossen sein.
Wer Interesse hat, sich an der Diskussion zu beteiligen, sei es, weil er/sie etwas auf einen Beitrag erwidern bzw. daran anknüpfen oder etwas anderes thematisieren möchte, das ihm/ihr unter den Nägeln brennt, der oder die melde sich bitte zwecks Absprache bei der zuständigen Redaktion (da-bug@fau.org).
Sicher werden wir, sollte es viel Resonanz geben, nicht alle Beiträge (in voller Länge) in der DA abdrucken können. In diesem Falle werden wir eine Seite auf unserer Website einrichten, die alle Beiträge ungekürzt erfasst.

Eure Redaktion BuG

Nation oder Klasse?

Impressionen einer nationalen „Einheitsgewerkschaft“

Die IG-Metall im thüringischen Nordhausen duldete während des Kampfes der ArbeiterInnen von Bike Systems die nationalistisch intendierte „Heuschrecken“- Propaganda, der Trennung von bösem „umherschweifendem“ ausländischem und gutem deutschen Kapital. Während Mitglieder der FAU sehr erfolgreich internationale Solidarität organisierten, drückte der DGB auch hier sein Bekenntnis zur Nation demonstrativ aus.

Schenken wir den zahlreichen Büchern zur Geschichte der sogenannten „Freien Gewerkschaften“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) glauben, so sei das einmal ganz anders gewesen. Diese hätten sich erst in den letzten Jahrzehnten zunehmend als klassenkämpferische Gewerkschaften verabschiedet. Tatsächlich gaben sich opportunistische Gewerkschaftsführer zur Zeit der Weimarer Republik (1919-1933) bisweilen klassenkämpferisch und revolutionär. Wer will da etwas anderes denken, als dass diese für die Befreiung der Arbeiterklasse vom Joch des Kapitalismus eingetreten sind? Das gemeinsame Aufmarschieren dieser sog. „Freien Gewerkschaften“ mit den Nazis am 1. Mai 1933 wird für gewöhnlich als „aus der damaligen Situation“, aus der Not heraus geboren angesehen. Sozialdemokratie und „freie Gewerkschaften“ hätten es stets aus einer guten Absicht heraus getan und um zu retten, was noch zu retten war. Darauf, dass es vielleicht ganz anders gewesen sein könnte, weist kaum ein Beitrag hin. Dabei sind die nationalen und chauvinistischen historischen Kontinuitätslinien in den Zentralgewerkschaften, gestützt von einer sozialdemokratischen Politik nicht zu übersehen, wie ich im Folgendem aufzeigen möchte.

Nationale Bewährungsprobe

Wenn schon die Arbeiter um die Jahrhundertwende immer weniger an die Kirche glauben wollten, sollte im Zuge dieses Säkularisierungsprozesses ein Ersatzglaube mittels der Nation geschaffen werden, welcher die Arbeiterschaft weiterhin von materiellen Klasseninteressen ablenken und in politisch-religiöse Mystik führen sollte. Zwischenergebnis war das historische und nicht nur für Psychologen und Soziologen sehr interessante sog. „Augusterlebnis“(1) zu Kriegsbeginn 1914: die klassenübergreifende nationale Verblendung großer Teile der Bevölkerung (sogar einiger Anarchisten), das enthusiastische in den Krieg Ziehen für eine „höhere“, „heilige“ Sache für „Gott und Vaterland“. Dabei konnte sich der kriegführende Staat schon im 1. Weltkrieg sehr gut auf die Gewerkschaften verlassen, dass diese die Arbeiterschaft ruhig stellten, ja sogar in Massen für diesen Krieg begeisterten und tatkräftig mobilisierten. Während des Krieges bekamen Gewerkschaftsfunktionäre dafür erstaunliche Freiheiten und Begünstigungen. Die sozialdemokratischen Blätter durften im Gegensatz zu antimilitaristischen Schriften weiter erscheinen. Die Gefängnisse füllten sich mit antimilitaristischen Schutzhäftlingen, und die Gewerkschaften stimmten 1916 dem „Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst“ zu, welches für die Kriegsproduktion die Zufuhr männlicher Arbeitskräfte im Alter von 17 bis 65 Jahren garantierte – auch zwangsweise, unter gewerkschaftlicher Mitbestimmung! Im Gegenzug wurden Gewerkschaften in Verhandlungen gegenüber dem Unternehmertum erstmals staatlich anerkannt.

Sozialpartnerschaft

Weil die Zusammenarbeit zwischen den Vertretern beider Klassen so hervorragend funktioniert hatte, einigten sich gleich nach Kriegsende am 16. November 1918 Carl Legien(2) für die Zentralgewerkschaften und Hugo Stinnes(3) für die Unternehmer auf ein Modell der Sozialpartnerschaft. Die Gewerkschaftsführung verzichtete damit auf eine mögliche umfassende Sozialisierung der Produktionsmittel, baute stattdessen ihre bürokratische Position aus, denn die Gewerkschaften waren tariffähig und integraler Bestandteil der Republik von Weimar. Als Bonbon zu diesem sog. „Stinnes-Legien-Abkommen“ wurde der Arbeiterschaft der Acht-Stunden-Tag zugestanden.



Damit kehrte jedoch keinesfalls Ruhe ein. Stattdessen hatte die Arbeiterschaft in den folgenden Jahren wieder gegen die Heraufsetzung der Arbeitszeit anzukämpfen. Im Jahre 1923 wurde zur Sicherung des Tariffriedens mittels eines Ermächtigungsgesetzes eine Schlichtungsordnung erlassen, die bei Tarifkonflikten von „gesamtwirtschaftlicher Bedeutung“ im äußersten Falle staatliche Zwangsschichtung vorsah. Das Pendant auf politischer Ebene manifestierte sich am 10. November mit dem sog. „Ebert-Groener-Pakt“, einer Übereinkunft zwischen SPD in Person Friedrich Eberts und dem bisherigen Oberbefehlshaber der obersten Heeresleitung, Wilhelm Groener. Zunächst einmal sollte die Sozialdemokratie dafür sorgen, in den 1918 entstandenen Arbeiterräten größtmögliche Dominanz auszuüben, um diese dann ohne große Widerstände auflösen zu können. Sollte sich die Arbeiterschaft jedoch nicht in das System der Sozialpartnerschaft einfügen und andere Wege gehen wollen, so sicherte die Reichswehr der Sozialdemokratie ihre Hilfe bei der Bekämpfung von abweichenden sozialistischen Modellen zu.

In den folgenden Monaten und Jahren sollte die SPD davon auch reichlich Gebrauch machen und ließ 1919 die ausgerufenen Räterepubliken in Bremen und in Oberbayern militärisch niederschlagen. Dabei ging es gezielt darum, die neue Macht deutlich zu demonstrieren und die revolutionäre Arbeiterschaft, nachhaltig zu demütigen. Weitere Arbeiteraufstände wurden niedergeschossen, beispielsweise im „Ruhrkampf“(4) von 1920. Die Sozialdemokratie regierte wie einst Bismarck mit „Eisen und Blut“ und führte dessen Sozialpolitik von Zuckerbrot und Peitsche fort. In diesem militärischen Windschatten regierten die Zentralgewerkschaften wie Fürsten über ihre Anhängerschaft und überließen die sozialrevolutionäre Konkurrenz ihrem Schicksal. Das nationale Bündnis zwischen Kapitalisten, Militär und sozialdemokratischen Gewerkschaften gegen die Arbeiterklasse war damit für die Weimarer Periode bis Mai 1933 zementiert. Die Arbeiterparteien, einschließlich der KPD, spielten dieses Spiel mit und riefen ihre Mitglieder auf, sich zentralgewerkschaftlich zu organisieren.

Kampf gegen Klassengenossen

Andere Gewerkschaften wurden nicht nur militärisch und polizeilich bekämpft. Ihnen wurden staatlicherseits einfach keine gewerkschaftlichen Rechte zugestanden – oft auf Druck der „freien Gewerkschaften“. Doch lässt sich der „Zentralverbandsterror“ bis in die einzelnen Betriebe verfolgen: Syndikalisten der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD) etwa wurden von kleinen Gewerkschaftsbeamten und „Kollegen“ dazu gedrängt, den „Freien Gewerkschaften“ beizutreten. Geschah dies nicht, wurde der Druck über verschiedene Maßnahmen erhöht. Von einer „freigewerkschaftlich“ besetzten Streikleitung beispielsweise wurde ein FAUD-Mitgliedsbuch eingezogen und behalten. Aber auch im Arbeitsalltag drängten die „Kollegen“ den Unternehmer, Syndikalisten zu entlassen. Um die Entlassung zu erzwingen, traten sie, ist kein Witz, sogar in den Streik! Oder ein sozialdemokratischer Betriebsrat outete einen Syndikalisten schon vor Vertragsabschluss beim Unternehmen, so dass die Firmenleitung ihn nicht einstellte. Derweil schuf der Sozialdemokrat Gustav Noske(5) auf Reichsebene seit 1919 eine „Technische Nothilfe“, Vorläuferin des heutigen „THW“, welche in Schlüsselbetrieben als Streikbrecherorganisation tätig werden sollte. Und sein Parteigenosse Friedrich Ebert führte im August 1922 symbolträchtig die alte Nationalhymne („Deutschland, Deutschland, über alles...“) wieder ein. Die viel gerühmten „mächtigsten Gewerkschaften der Welt“ des ADGB riefen 1930/32 weder gegen die softfaschistischen Regierungen Brünings und Papens, noch gegen die Machtübernahme der Nazis zum Generalstreik auf.

Logische Folge: 1933

Angesichts der chauvinistischen Geschichte dieser „Freien Gewerkschaften“ ist die gemeinsame Demonstration von Nazis und ADGB am 1. Mai 1933 nicht verwunderlich, sondern folgerichtig. Hierzu zwei Zitate. Das erste stammt vom Sozialdemokraten und regionalen „Gauleiter“ des „Deutschen Metallarbeiterverbandes“ in Stuttgart, Karl Vorhölzer, aus den Augusttagen 1914: „Wenn irgend jemand den deutschen Fahnen einen durchschlagenden Erfolg über seine Feinde wünscht, so sind das wir, denn wir wissen, dass es jetzt gilt, um unser Vaterland, und das niederträchtige Russland und das sich gemein prostituierende Frankreich nieder gehauen gehören, dass ihnen für immer die Lust und Möglichkeit vergeht, mit dem deutschen Aar anzubinden (…) grüßt uns unsere Mitglieder, und wir fordern von ihnen treue Pflichterfüllung bis zum Äußersten (…) und dann feste drauf!“ Das zweite Zitat ist aus der „Gewerkschafts-Zeitung – Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ vom 29. April 1933 entnommen und lautet bezüglich 1. Mai: „2. Vom internationalen Feiertag zum nationalen Feiertag. Wir glauben gezeigt zu haben, dass die Erhebung des proletarischen Arbeiterfeiertages zum Feiertag der Nation keine Niederlage, sondern einen Sieg des proletarischen Maigedankens bedeutet (…) Darüber hinaus vollbrachten die Gewerkschaften ein nationales Erziehungswerk an der deutschen Arbeiterschaft, das so sehr aus deutscher Tradition herauswächst, dass es bisher weder in der Prägung noch im Ausmaß in keinem anderen Lande der Welt seinesgleichen gefunden hat. Gerade die eigenwüchsige Struktur der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist ein beredtes Zeugnis dafür, dass ein antinationaler Internationalismus in der Masse der deutschen Arbeiterschaft niemals Boden fassen konnte. (…) Jedenfalls sollte es die Arbeiterschaft nicht als eine Sinnentleerung, sondern als eine Sinnerfüllung des alten Maigedankens betrachten, wenn am 1. Mai dieses Jahres an die Stelle des traditionellen Bekenntnisses zur internationalen Solidarität der Arbeiterklasse das Solidaritätsbekenntnis der Nation zu ihrem Arbeiter tritt.“ Zwischen Nation und Klasse entscheidet sich der (A)DGB jederzeit mit einem für ihn typischen „Kompromiss“: Klasse Nation!

H. (FAU Bremen)

Anmerkungen

(1) Der Begriff „Augusterlebnis“ bezeichnet die euphorische Stimmung zu Kriegsbeginn 1914 in den deutschen Reihen. Eine besondere Begeisterung herrschte für den Krieg gegen Serbien, Russland und später auch Frankreich. Deutsche Nationalisten sprachen zu der Zeit vom „reinigenden Stahlband der Nation“.

(2) Carl Legien (1920) war seit 1913 Präsident des internationalen Arbeiterbundes und wurde 1919 Vorsitzende des ADGB.

(3) Hugo Stinnes (1870-1924) war ein deutscher Industrieller und Politiker. In der Weimarer Republik zählte Stinnes zu einem der einflussreichsten Menschen im Land.

(4) auch „Ruhraufstand“ oder Märzrevolution genannt, war die größte bewaffnete Arbeiteraktion, die es in Deutschland je gab.

(5) Gustav Noske (1868-1946) war SPD-Politiker und Minister mit Zuständigkeit für das Militär.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit?

EU-Sozialkommissar Vladimir Spidla denkt laut darüber nach

Wenn man dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit glauben darf, dann geht ein neues Gespenst um in Europa. Sein Name: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Liest man nur die Titelzeilen entsprechender Meldungen in den Massenmedien, so ist man geneigt, auf die Europäische Union und ihre diversen Institutionen zu hoffen. So zum Beispiel der DGB, der laut seinem Vorsitzenden Michael Sommer die Initiative des EU-Sozialkommissars Vladimir Spidla zu einer einheitlichen europäischen „Lösung des Zeitarbeitsproblems" begrüßt. Schade nur, dass es die Einzelgewerkschaften des DGB waren, welche Tarifverträge mit Zeitarbeitsverbänden abgeschlossen haben, welche im Schnitt gut 30% unterhalb des jeweiligen Branchentarifs liegen. Vergessen, dass so das Gebot „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" auf Betreiben der SPD/Die Grünen (diese hatten ein entsprechendes Gesetz verabschiedet) und der DGB-Einzelgewerkschaften aktiv hintertrieben wurde. Glücklicherweise scheinen die ArbeiterInnen (unabhängig davon, aus welchem Land sie hierher gekommen sind und wie lange das her ist) an akuter Demenz zu leiden. So können die SozialdemokratInnen in den Parteien und Gewerkschaften getrost damit rechnen, dass ihnen dies von der Arbeiterschaft nicht vorgeworfen werden wird. Und selbst wenn sich einzelne daran erinnern werden, so bleibt den einen doch immer die Ausrede, dass sie diese Tarifverträge hätten abschließen müssen (da sonst gelbe Gewerkschaften noch schlechtere Tarife abgeschlossen hätten(1)), und den anderen, dass die Öffnung im Gesetz ja durch die Gewerkschaften nicht in Anspruch genommen werden musste.

Der Vorschlag des EU-Sozialkommissars

Demnach soll zukünftig LeiharbeiterInnen nach sechs Wochen das gleiche Gehalt und die gleichen Sozialleistungen wie den „Festen" zustehen. Zum einen ist diese Sechswochenfrist eine absolut willkürlich in die Runde geworfene Zahl(2) und zum anderen steht zu befürchten, dass sich dadurch nur eines für die Ausgeliehenen ändern wird: die maximale Verweildauer an einem Arbeitsplatz. Auch wenn Vladimir Spidla in der Presse so zitiert wird, als ginge es ihm tatsächlich um „... das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit", so ist jedoch nicht zu leugnen, dass es ihm nicht um die prinzipielle Abschaffung der Ungleichbehandlung geht, sondern nur um eine „sozialverträgliche" Ausgestaltung der selben unter Beibehaltung des Mythos Leiharbeit und gleichzeitig darum, die nur allzu deutliche und mittlerweile schon von verschiedener Seite festgestellte Unzufriedenheit der auf diese Art Ausgebeuteten einzuschränken.



Der Mythos Leiharbeit...

... ist ein zweifacher: Einerseits heißt es, dass Leiharbeit den Unternehmen bei Personalengpässen und Auftragsspitzen hilft, diese flexibel zu managen, und andererseits soll sie für sonst Arbeitslose ein Weg in die Festanstellung sein. Selbst Spidla spricht offen aus, was wir alle wissen: „dass Unternehmen, auch in Deutschland, die Zeitarbeit ausschließlich zur Kostendämpfung nutzen und dabei fest angestellte Mitarbeiter entlassen, um sie anschließend dauerhaft durch billigere Zeitarbeiter zu ersetzen". So entsteht ein Sog hin zur Zeitarbeit. Der Umgekehrte Weg wird immer schwieriger und existiert nur noch als medial zur Schau gestelltes Einzelschicksal. Zur Zeit arbeiten rund 600.000 Beschäftigte in Deutschland als LeiharbeiterInnen – fast doppelt so viele wie 2003! In der EU arbeiten bereits vier von zehn Arbeitskräften ohne regulären Vertrag. Dazu zählen neben ZeitarbeiterInnen vor allem Selbstständige. Laut einer EU-Studie aus dem Jahr 2006 sind Leiharbeitnehmer mit ihrem Arbeitsplatz deutlich unzufriedener als Festangestellte. Sie haben demnach das Gefühl, „nicht genau so gut behandelt zu werden wie die Kollegen mit einem festen Arbeitsplatz". Sicherlich ist dies nicht nur ein Gefühl. Bei ZeitarbeitssklavInnen ist zum Beispiel die Zahl der Arbeitsunfälle deutlich höher als bei ihren KollegInnen mit einem sogenannten regulären Arbeitsplatz. In Deutschland gibt es nach EU-Erhebungen pro 1.000 regulär Beschäftigte 37 Arbeitsunfälle, bei Beschäftigten über Zeitarbeit sind es 48. Daher auch die zusätzliche Aufforderung, LeiharbeiterInnen genau so gute Weiterbildungsmöglichkeiten anzubieten wie ihren KollegInnen.

Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit!

Trotz der Augenwischerei „aus Europa", den Ablenkungsmanövern des DGB und der Unkenrufe des IAB bleibt die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit in doppeltem Sinne richtig!

Einerseits in dem Sinne, dass wir dahin kommen müssen, dass alle ArbeiterInnen für die gleiche Arbeit tatsächlich vom ersten Tag an den gleichen Lohn bekommen müssen, unabhängig davon, ob sie LeihsklavInnen, ZwangsarbeiterInnen (1-Euro-Jobs) oder „reguläre Beschäftigte" sind.

Andererseits in dem Sinne, dass die Lohnschere zwischen Männern und Frauen endlich geschlossen werden muss. Noch immer erhalten Frauen in Europa bis zu 30% weniger Lohn für dieselbe Arbeit wie Männer! Allerdings dürfen wir uns dabei nicht so sehr auf die Regierungen, seien es die Nationalen oder die Supranationalen, verlassen. Auch wenn es altbacken klingt, aber die Geschichte lehrt uns, dass auch die kleinste Verbesserung nur von uns selbst erkämpft werden kann und muss.

Den regelmäßigen LeserInnen der DA muss ich an dieser Stelle keinen Vortrag über Anarchosyndikalismus halten. Alle anderen sind aufgefordert sich auf www.fau.org selbst zu informieren.

Rudolf Mühland (FAU Düsseldorf)

(1) Auf die Idee, gegen diese Tarife/Gewerkschaften zu klagen, sind die DGB-Einzelgewerkschaften damals nicht gekommen. Das erstaunt, da sie doch sonst immer gerne gegen andere Gewerkschaften klagen und sich richterlich bestätigen lassen, dass es sich nicht um Gewerkschaften handeln kann. Stutzig macht auch die Tatsache, dass es damals keinen Widerstand aus den Gewerkschaften gegen diese Gesetzesinitiative von Rot-Grün gab. Wenn auch die Verfilzung zwischen Parteien und Gewerkschaften nicht alles erklären kann, so sollte sie jedoch aufhorchen lassen. Zahlreiche Spitzen-GewerkschaftsfunktionärInnen sind auch an herausragender Stelle so mancher Partei tätig.

(2) Warum nicht zwölf Monate oder besser: direkt ab dem ersten Tag!?

Fortsetzung „Kämpfen wie in Frankreich?" von Seite 1

landesweit dürften es mehr als 20.000 gewesen sein. Sie sind deshalb so wichtig, weil sie die Beschäftigten als Kollektiv zusammenbringen, so dass die Gewerkschaft etwas anderes ist als der Apparat. Und wenn es um eine Angleichung zwischen allgemeinen Renten und Sonderregelungen geht, dann wird klar gemacht, dass es dafür nur einen Weg gibt: allgemeine Angleichung an die Sonderregelungen! Eben dies ist z.B. eine konkrete Forderung der CNT: 37,5 Beitragsjahre für alle!

Zurück in die Gegenwart

Nicht alle Gewerkschaften teilen diese Forderung, aber alle – außer der GDL-Schwesterorganisation – riefen knapp einen Monat nach dem ersten Aktionstag zum Streik bei Bahn und Metro auf. Zehn Tage lang kam der öffentliche Verkehr westlich des Rheins quasi zum Erliegen. Am 20. November beteiligten sich eine halbe Million Menschen an den Demonstrationen und Streiks gegen die Rentenreform, darunter, neben den EisenbahnerInnen, auch Studierende und SchülerInnen, Lehrkräfte und Postangestellte, Beschäftigte der Elektrizitätswerke und Krankenhauspersonal. Die Streikbewegung bei Bahn und Metro fiel zwar etwas geringer aus als im Oktober, dafür aber wurde sie länger fortgeführt als im Oktober.

Just am 20.11. akzeptierte die CGT Verhandlungen über die konkrete Umsetzung der Reform – aber Betrieb für Betrieb. Während die Chefetage der Gewerkschaft tagelang von einer sinkenden Zahl der Streikenden sprach und in Verhandlungen retten wollte, was zu retten sei, lehnten die Belegschaften und Basisgewerkschaften diesen Kurs ab. Sie beharrten zumindest auf der Wahrung der Sonderregelungen, und zwar grundsätzlich. In eben diesem Punkt blieben auch Präsident und Regierung hart: die Sonderregelungen sollen abgeschafft werden, allenfalls könne man über Übergangsfristen und Kompensationen verhandeln. Dazu ist der CGT-Apparat anscheinend bereit – aber die Belegschaften, und auch die CGT-Basis, verlängerten durch ihr Votum den Ausstand um weitere drei Tage. Außerdem schränkte koordinierte Sabotage den Hochgeschwindigkeitsverkehr für einige Tage ein – von einer Ergreifung der „Täter" ist bisher nichts bekannt geworden.

Derweil verhandelten die großen Gewerkschaften bei Bahn, Metro, E-Werken und Oper mit der jeweiligen Geschäftsleitung. Anfang Dezember fand eine Reihe von Versammlungen statt, um die Fortschritte der Verhandlungen zu vermitteln, die bis Ende 2007 abgeschlossen sein sollten. Mit den Vollversammlungen der Streiktage haben diese Veranstaltungen nichts mehr gemein. Mitte des Monats vermeldete die Pariser Metro das „glückliche Ende" der Verhandlungen.

Zeitgleich wurden bis Mitte Dezember die Blockaden an Universitäten in Paris-Nanterre und Lille mit Polizeigewalt geräumt. Ein Dutzend der Hochschulen, von knapp 90 landesweit, sind blockiert oder geschlossen – an sieben Universitäten streiken die Lehrkräfte. Nun stehen die Studierenden und Lehrkräfte zunächst allein da, die Chance einer branchenübergreifenden Streikbewegung wurde versäumt. Damit ist diese Schlacht geschlagen. Zum Triumph gereicht es aber weder dem Präsidenten noch dem Premier; von „Durchregieren" kann jedenfalls keine Rede sein.

Multikulti der Gewerkschaften

Es mag viele Faktoren für die Streik- und Protestkultur in Frankreich geben und viele Fragen werfen sich auf, versucht man daraus Rückschlüsse auf deutsche Verhältnisse zu ziehen.

Der Kampfbereitschaft der französischen Arbeiterschaft steht mit Sicherheit im Kontrast zur vorherrschenden Praxis der deutschen Gewerkschaften. Während es in Frankreich regelmäßig zu umfassenden politischen Streikbewegungen kommt, kennen wir hier Streiks i.d.R. nur im Zusammenhang mit Tarifauseinandersetzungen; politische Anliegen der Gewerkschaften dagegen werden halbherzig artikuliert und haben bestenfalls symbolischen Charakter. Am deutlichsten zeigte sich dies bei den massiven Protesten gegen die Agenda 2010: Wo ein Generalstreik notwendig gewesen wäre, mobilisierten die Gewerkschaften zu Demonstrationen und Würstchenessen an arbeitsfreien Tagen. Die französische Arbeiterschaft ist dagegen bereit, im politischen Kampf ihr ökonomisches Gewicht in die Waagschale zu werfen. Denn eines sollte klar sein, eine Trennlinie zwischen ökonomischem und politischem Streik gibt es ohnehin nicht.

Doch warum verfangen sich in Deutschland die Gewerkschaften in dieser imaginären Trennlinie, während sie in Frankreich viel weniger wahrgenommen wird? Das liegt mit Sicherheit nicht an der „Mentalität der Franzosen", oder daran, dass die Gewerkschaften in Frankreich „linker" wären, wie es häufig heißt. Denn jenseits ideologischer – aber auch juristischer – Faktoren, sind es vor allem die Strukturen der Arbeiterbewegung, die konstitutiv auf die Gewerkschaftspraxis wirken.

Hier fällt vor allem die multigewerkschaftliche Situation ins Auge, die sich in verschiedenen Richtungsgewerkschaften ausdrückt. Ihre Bedeutung besteht dabei weniger darin, dass sie politische Grundhaltungen ausdrücken, als dass der gewerkschaftliche Pluralismus förderlich darauf wirkt, verschiedene Traditionen und Konzepte wachzuhalten, wiederzubeleben oder neu zu entwickeln. Die Einheitsgewerkschaft dagegen befördert den Prozess einer Hegemonialisierung von gewerkschaftlichen Konzepten, so dass andere Konzepte an den Rand gedrängt und unwirksam gemacht werden. Damit ist noch nichts über das Konzept Richtungsgewerkschaft selbst gesagt, es zeigt lediglich, dass jegliche Gewerkschaftsstruktur (sogar Fachgewerkschaften) mehr Dynamik entwickeln kann als die der Einheitsgewerkschaft (siehe dazu auch „Kirche der Einheit" auf S. 1).

Der Vorteil für die Entwicklung von Dynamik ohne Einheitsgewerkschaft liegt auf der Hand. Die Einheitsgewerkschaft als Kernstück des Korporatismus ist eine gänzlich unpolitische Angelegenheit. Allein ihre sozialpartnerschaftliche Funktion bindet sie an den ökonomischen Bereich, während interne Mechanismen (ähnlich derer des demokratischen Zentralismus) jegliche innere Opposition nach außen unartikuliert lassen. In Frankreich dagegen können kleine, gut organisierte Gewerkschaften, die für eine andere Gewerkschaftspolitik stehen, Impulse setzen, die die ganze Gewerkschaftslandschaft befruchten, wie das Beispiel von 1995 zeigt. Sie stellen damit nicht nur eine organisatorische Option dar, sondern wirken auch inspirierend auf die Basis der großen Gewerkschaften und setzen deren Führungen unter Zugzwang. In Frankreich, aber auch Italien, haben wir deshalb das Phänomen, dass originäre Elemente des revolutionären Syndikalismus stets präsent sind – denn nichts anderes ist es, was der französischen Streik- und Protestkultur ihren Charakter gibt.

Hierarchie als Hemmschuh

All das soll nicht als Plädoyer für eine Aufspaltung in Richtungsgewerkschaften verstanden werden; denn bei aller Konsequenz stecken auch die französischen Gewerkschaften im Dilemma. Fast jährlich erleben wir beeindruckende Streikbewegungen und Massenproteste auf der Straße, gelegentlich auch Erfolge. Im Großen und Ganzen haben aber auch sie der neoliberalen Offensive recht wenig entgegenzusetzen. Zum einen zeigt sich dabei das Problem, dass die Gewerkschaften gerade in der privaten Wirtschaft äußerst schwach sind und die großen Mobilisierungen und Kämpfe in anderen Sektoren stattfinden. Zum anderen hat es zwar die multigewerkschaftliche Gesamtheit ermöglicht, dass syndikalistische Traditionen in Kochnischen überleben und durch die Hintertür wieder in den Speisesaal kommen konnten; doch mehrheitlich bleibt die Teilnahme am Bankett den alten Gewerkschaftsführungen vorbehalten, die – wie in Deutschland – ihre Diener mit den Füßen unter dem Tisch halten oder mit Bröseln abspeißen. Dies zeigt das Beispiel des Lehrerkampfes von 2003 allzu deutlich. Die CGT-Führung beschränkte sich damals auf Aktionstage und lehnte den grève reconductible ab. Obwohl die Streikbeteiligung an den Tagen ziemlich hoch war, wuchs die Bewegung nicht zu einem Generalstreik an, der das Vorhaben hätte stoppen können. Die zweimonatige Auseinandersetzung mündete in einer folgenschweren Niederlage für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes. Und auch in der neuerlichen Streikbewegung haben zwar Teile der Basis ihre Kampfbereitschaft gezeigt, doch die alte Gewerkschaftshierarchie wirkt immer noch als Hemmschuh für einen konsequenten Kampf.

André Eisenstein & Holger Marcks

EU: 17,4% der Jugendlichen arbeitslos

Nach Daten des europäischen Statistikamtes Eurostat waren 2006 17,4 Prozent der erwerbsfähigen 15- bis 24-Jährigen in der EU arbeitslos, d.h. die Jugendarbeitslosigkeit ist mehr als doppelt so hoch wie insgesamt. Die Gesamtarbeitslosigkeit in der EU lag offiziell bei 7,9 Prozent. In Deutschland nahm die Jugendarbeitslosigkeit – anders als im EU-Durchschnitt – sogar zu: Von 8,5 Prozent im Jahr 2000 auf 13,7 Prozent im Jahr 2006.

Kampf gegen Sinaltrainal

GewerkschafterInnen (nicht nur) bei Coca-Cola fürchten um ihr Leben

Als Reaktion auf die Wiederaufnahme der internationalen Coca-Cola Kampagne durch die kolumbianische Lebensmittelgewerkschaft Sinaltrainal gibt es derzeit eine Welle von Todesdrohungen und Gewalt gegen die Gewerkschafter und deren Familienangehörige.

Im September wurde Andrés Damian Flores Rodríguez, der 16-jährige Sohn von José Domingo Flores, dem Leiter des Regionalbüros von Sinaltrainal (Sindicato Nacional de Trabajadores de la Industria de Alimentos) in Santander, von maskierten Bewaffneten entführt. Andrés wurde verprügelt und ihm wurde eine Nachricht für seinen Vater mit auf den Weg gegeben: „Sag' deinem Vater, dass wir keine Ruhe geben werden, bis wir euch alle zerstört haben".

Im Dezember fand Domingo Flores, Coca-Cola-Arbeiter und Funktionär von Sinaltrainal, in der Garage seines Hauses in Bucaramanga eine Morddrohung. Er hatte Tags zuvor zusammen mit Luis Edoardo García Flugblätter an seine Kollegen verteilt, in denen an die Ermordung des Coca-Cola-Arbeiters Isidro Gil am 5.12.1997 erinnert wurde. Später stellten sie bei einer Erinnerungsveranstaltung eine Galerie sowohl für die während des Streiks der Firma Unite Fruit Company (heute Chiquita Brands) im Jahre 1928 umgebrachten Arbeiter als auch Bilder der bei Coca Cola oder Nestlé arbeitenden Mitglieder von Sinaltrainal, die bis heute ermordet worden sind, aus. Außerdem fand man im Büro von Sinaltrainal in Bucaramanga einen Briefumschlag, der Morddrohungen gegen Luis Edoardo Garcia und Javier Correa, dem Präsidenten von Sinaltrainal, enthielt. In dem Schreiben wird angekündigt, dass man beide noch im Dezember umbringen wird. Diese letzte Drohung trifft nur einen Tag nach der Ermordung von José de Jesús Martín Vargas, der Mitglied von Sinaltrainal war und für Nestlé(1) arbeitete ein. Diese neuen Ereignisse reihen sich ein in eine lange Liste von Morden und Angriffen gegen diese Gewerkschaft.

Hintergrund

1992 versammelte José Gabriel Castro(2), der damalige Geschäftsführer der Coca Cola-Company in Bucaramanga, die ArbeiterInnen und verkündete, dass jede gewerkschaftliche Betätigung als ein „Akt des Terrorismus" angesehen würde. Seit diesem Tag wurden und werden die ArbeiterInnen, GewerkschaftsfunktionärInnen und AktivistInnen konstant von den Paramilitärs verfolgt. Die Zahlen sprechen für sich: Seit 1991 wurden 2.245 Morde, 3.400 Todesdrohungen und 138 gewaltsam verschleppte und „verschwundene" GewerkschafterInnen dokumentiert. Im Kontext des seit 40 Jahren andauernden bewaffneten „Krieges niedriger Intensität" in Kolumbien werden GewerkschafterInnen von den so genannten „Sicherheitskräften" und deren paramilitärischen Verbündeten immer wieder beschuldigt, „subversiv" zu sein. Dieser Vorwurf taucht verstärkt kurz vor, während und direkt nach Arbeitskämpfen auf. Sie sind für die so Bezeichneten ein offener Warnhinweis. Hilft der nicht, um die betroffenen Militanten zum Schweigen zu bringen, greifen „Sicherheitskräfte" und Paramilitärs auch zu drastischeren „Mitteln", inkl. Mord.

Billig, aber nicht billig genug

Eduardo García: „Coca Cola, führend in Sachen Repression und ArbeiterInnenunterdrückung, ist das Konzernmodell der Globalisierung und beispielhaft für Hyperausbeutung". 10.000 ArbeiterInnen hat Coca Cola im Verlauf der letzten 12 Jahren aus ihren 20 Abfüllbetrieben in Kolumbien entlassen und sie dann mit befristeten Verträgen, die zu 12 bis 14 Stunden Arbeit täglich das gesamte Jahr über verpflichten, wiedereingestellt. Gesundheitliche Absicherung oder die Zusicherung einer Weiterbeschäftigung sind in diesen Verträgen jedoch nicht enthalten. Die ArbeiterInnen müssen Coca Cola die Betriebsuniform und bestimmte Sicherheitselemente abkaufen. 86% aller Coca Cola-Beschäftigten arbeiten über Zwischenfirmen und nur 14% haben einen direkten Vertrag mit Coca Cola; von diesen letzteren sind 8% Gewerkschaftsmitglieder der Sinaltrainal.

Die SINALTRAINAL...

...der organisierten Cola-ArbeiterInnen wurde 1982 gegründet. Ihre Wurzeln aber greifen mehr als 50 Jahren zurück; seit Nestle nach Kolumbien kam und die erste Basisgewerkschaft sich formierte. Die Sinaltrainal vereinigt ArbeiterInnen von Coca Cola, Nestlé und der Corn Products Corporation sowie von einigen nationalen Unternehmen. „Diese ganze kriegerische, gewalttätige und auch juristische Aggression, so Luis Eduardo García, hat uns zu einer kleinen Gewerkschaft werden lassen. Von anfänglich 5.300 Mitgliedern sind 2.000 übrig geblieben. Aber auch wenn sie uns verfolgen und wir wenige sind, wir werden die Verteidigung des Lebens, der Arbeit und unserer Klassenprinzipien nicht aufgeben".

„Weil ich das Leben liebe, konsumiere ich keine Coca-Cola"

Die Internationale Kampagne gegen Coca-Cola geht weiter. Im Frühling 2008 wird der Internationale Sprecher von Sinaltrainal, Edgar Paez, im Rahmen der Kampagne Europa besuchen. Bis dahin ergeht der dringende, weltweite Aufruf an alle Organisationen und Personen, den kolumbianischen Staat und Coca Cola dazu aufzufordern, das Leben und die Unversehrtheit aller Mitglieder von SINALTRAINAL und deren Familien zu schützen, den Morddrohungen nachzugehen und die materiellen und geistigen Verantwortlichen zu finden sowie das Versammlungsrecht und die freie gewerkschaftliche Arbeit zu garantieren.

K.S.

(1) Am 22. November 2007 wurde der Nestlé-Arbeiter José de Jesús Martín Vargas von Unbekannten ermordet. Er war seit 1977 Mitglied der kolumbianischen Lebensmittelgewerkschaft Sinaltrainal. So sehr die diversen Konzerne auf dem Weltmarkt Konkurrenten sind, so sehr herrscht eine unausgesprochene Einigkeit im Kampf gegen die ArbeiterInnen.
(2) nicht verwandt mit Fidel Castro, dem Maximó Líder auf Kuba

Die Gewerkschaft bittet um Protestschreiben an:

Presidencia de la República
Dr. Álvaro Uribe Vélez
Cra. 8 No..7-26, Palacio de Nariño, Santa fe de Bogotá,
Fax: (+57 1) 566.20.71
E-mail: auribe@presidencia.gov.co

Presidente de Coca-Cola
mail@na.cokecce.com
www.cokespotlight.org/flash/indexflash.html
www.cokewatch.org

Presidente Coca Cola FEMSA en Colombia
JUAN CARLOS JARAMILLO
Carrera 94 No. 42-94, Fontibón
Bogotá, D. C.
Fax: (571) 4011687
E-mail: jarbelaez@panamco.com.co, cocacola@hotmail.com

Gefängnis für Gewerkschafter gefordert

Vom 6. bis 8. November 2007 wurde am Provinzgericht Valladolid gegen das CGT-Gewerkschaftsmitglied Luis Marcos Rivera verhandelt. Er soll gleich mehreren Polizeibeamten beachtliche Verletzungen zugefügt haben. Die Staatsanwaltschaft hat einen Strafantrag auf sieben Jahre Gefängnis gestellt, und das fast acht Jahre nach dem Geschehen, dessen tatsächlicher Verlauf das Ganze eindeutig als Farce entlarvt:

Am 4. Januar 2000 war Luis zusammen mit anderen Gewerkschaftsmitgliedern der CGT(1) aus ganz Spanien nach Madrid gefahren, um Solidarität mit den 7.000 ArbeiterInnen einer Zulieferfirma von Airtel in Alcobendas, die gefeuert wurden und daraufhin in den Hungerstreik getreten waren, zu demonstrieren. Der Streik verlief zunächst im Rahmen der „Normalität": Ein ansehnliches Polizeiaufgebot schützte die Interessen des Arbeitgebers; es gab Buhrufe für die wenigen StreikbrecherInnen und Applaus für die ArbeiterInnen, die sich den Protesten vor der Fabrik anschlossen. Alles verlief derart gemäßigt, dass die Demonstrierenden es wagten, vor Beginn der letzten Schicht, um 16 Uhr, zum Essen zu gehen und vorübergehend nur Sicherheitsposten abzustellen.

Die Situation eskaliert

Die Polizei von Ansuátegui ging in völlig unverhältnismäßiger Weise gegen die zurückgebliebenen DemonstrantInnen vor. Die Beamten rüsteten ihre „Verteidigung" auf und stürmten in Verfolgung einiger der ProtestteilnehmerInnen die Straße hinunter. Dort bekamen sie Luis zu fassen, den sie überrumpelten, zu Boden warfen und in Handschellen legten. Dann schlugen die Polizisten nacheinander auf den Wehrlosen ein. Damit nicht genug, wurde Rivera in einen Kerker gebracht, wo er derart weiter misshandelt wurde, so dass sein ganzer Körper über und über mit Spuren und Malen bedeckt war.

Aus Tätern werden Opfer

Um ihre Vergehen zu vertuschen, behaupteten die Polizeibeamten, Rivera habe sie attackiert und einigen von ihnen mehrere Verletzungen zugefügt. Aber Luisito ist nicht Supermann; er hinkt und ist auf einem Auge blind. Es ist offensichtlich, dass er, gerade weil er aufgrund dieser Beeinträchtigungen nicht schnell genug reagieren konnte, zum Opfer der Polizeigewalt geworden war. Luisito ist sehr bekannt und hat viele Freunde, nicht nur bei der lokalen CGT von Valladolid und deren Föderation Reinigungswesen, sondern in ganz Spanien, denn er hat viele Male nicht nur seine Solidarität mit Einzelnen demonstriert, sondern mit allen, die der Meinung sind, dass diese Welt mit den Waffen der Verpflichtung, Solidarität und Großherzigkeit verändert werden muss. Dabei unterstrich die CGT, dass das Beispiel des Compañero Luis einmal mehr die Art und Weise deutlich macht, mit der die kämpferische Bewegungen, gleich ob gewerkschaftliche oder soziale, immer gewohnheitsmäßiger unterdrückt werden. Deshalb wird bei dem am 6. November beginnenden Prozess nicht nur er, sondern auch eine bestimmte Denkweise und eine tief wurzelnde Identität verurteilt.(2)



rojo y negro

(1) CGT Valladolid
www.rojoynegro.info/2004/spip.php?article19512
(2) Leider hatte ich zum Redaktionsschluss das Ergebnis der Verhandlung noch nicht erfahren (d. Ü.).

Wildwest in Thessaloniki

„Anti"-Terroreinheiten auf der Suche nach „Terroristen"

Enge, zugeparkte Straßen, steile Treppenaufgänge, verwinkelte Gassen, Gärtchen, hupende Autos, überquellende Mülltonnen und herumstreunende Katzen. Auch der letzte Rest scheinbarer Dorfidylle in Thessalonikis Altstadt wurde Ende November gehörig durcheinander gewirbelt. Für drei Tage „buchstäblich besetzt von sogenannten Antiterroreinheiten, ganzen Horden von Zivilfahndern und uniformierter Polizei war das Viertel", berichtet eine Anwohnerin. Bei den mehr als zwanzig Hausdurchsuchungen seien von Beamten auch Türen eingetreten und Wohnungseinrichtungen zerstört worden. Willkürlich habe man Leute auf die Wache verschleppt, bedroht und stundenlang grundlos festgehalten. Beschlagnahmt wurden Computer, CDs, private Aufzeichnungen, anarchistische Bücher und Flugblätter. Abgerundet wurde das Bild von martialisch auftretenden Beamten an Straßensperren und dauernden Personalienkontrollen im Stadtteil. Mit solchem Aufwand – man ahnt es – wird nach „Terroristen" gefahndet. Und richtig, gesucht werden zwei Männer und eine Frau, die laut Polizei „Mitglieder einer kriminellen Vereinigung" und an mehreren „terroristischen Straftaten" beteiligt sein sollen.

Am 26.11. hatten vermummte Polizeieinheiten ein Szenecafé in der Innenstadt gestürmt und einen 27jährigen Mann verhaftet, der seitdem in Untersuchungshaft sitzt und von seinem Recht auf Aussageverweigerung Gebrauch macht. Ihm wird die Beteiligung an verschiedenen Brandanschlägen auf Autofirmen, den Fuhrpark der staatlichen Elektrizitätswerke und einer Filiale der Millenium-Bank zur Last gelegt. Für diesen hatten im Juli die „Feuerwerker gegen Kapital und Lohnsklaverei" die Verantwortung übernommen. In der Nacht des 25.11. habe der Zeuge eines Brandanschlages auf die Peugeot Niederlassung in Pylaía, einem Vorort von Thessaloniki, bei dem sieben Neuwagen in Flammen aufgingen, das Kennzeichen des Fluchtautos notiert – und das gehöre dem Verhafteten. Aufgrund welcher Hinweise nach den Untergetauchten gesucht wird, konnte die Polizei nicht konkretisieren. Trotzdem ließ die konservative Tageszeitung Makedonía der als Drohung gedachten Ankündigung des Leiters der Staatsschutzabteilung, Pavlos Nikolaidis, „die Nachforschungen zur Aufklärung der mehr als dreißig Brandanschläge 2007 in Thessaloniki haben gerade erst begonnen und werden durchschlagend sein", umgehend Taten folgen. Als Ergänzung eines die Fakten darstellenden Artikels ihres Redakteurs Kostas Koukoumákas veröffentlichte sie am 30.11. Fahndungsfotos der drei Flüchtigen. Noch am gleichen Tag erklärte Koukoumákas via Internet, dies sei ohne sein Wissen und entgegen seiner Überzeugungen geschehen. Zur Rettung seiner beruflichen Integrität bliebe ihm nur die sofortige Kündigung. In einer öffentlichen Resolution forderten daraufhin seine RedaktionskollegInnen von Herausgeber und Chefredaktion „die Übernahme der vollen Verantwortung" und eine „öffentliche Rehabilitierung" Koukoumákas`.

Auch RedakteurInnen des staatlichen Senders ERT-3 schlossen sich dem Aufruf an: „Wir, die Unterzeichner des folgenden Textes, Journalisten von ERT-3, verurteilen den groben Angriff auf die journalistische Berufsethik durch die Veröffentlichung der vom Staatsschutz lancierten Fotografien dreier junger Menschen, die von den Verfolgungsbehörden wegen ihrer angeblichen Beteiligung an militanten Aktionen mit politischem Hintergrund gesucht werden, in der Zeitung Makedonía vom 30.11. Wir halten den Grundsatz der Unschuldsvermutung bis zum Beweis des Gegenteils für unantastbar. Wir lehnen das an den Pranger stellen von behördlicherseits gesuchten Personen durch die Veröffentlichung von Fahndungsfotos ab; eine Praxis, die uns an Steckbriefe im Wilden Westen und an die Logik von Folterstaaten erinnert."

Eine Reaktion erfolgte jedoch nicht durch den Herausgeber, sondern durch anarchistische AktivistInnen. Deren Verhältnis zur Presse lässt sich im Allgemeinen mit der Demoparole „Bullen, Faschisten, Spitzel, Journalisten – alle Dreckskerle arbeiten zusammen" beschreiben. Folgerichtig war am 3.12., nach dem Besuch des Makedonía-Verlagshauses durch knapp 150 Personen, überall die Parole „Journalisten – Spitzelpack" zu lesen. Koukoumákas wird in einem Flugblatt Hochachtung gezollt; er sei jedoch schlicht die Ausnahme von der Regel. Für den als gewissenhaften Journalisten geltenden Koukoumákas behält die Geschichte wegen eines Vorfalls im Sommer einen besonders merkwürdigen Beigeschmack. Nach einer von ihm am 6. Juni in der Makedonía veröffentlichten Reportage über Verbindungen der Polizei zu Zuhälterbandenbanden, die das Nachtleben Thessalonikis kontrollieren, hatte man ihn ins Polizeipräsidium bestellt. Dort wurde er massiv bedroht, erkennungsdienstlich behandelt und mit der Ankündigung, ihn fertig zu machen, nach Hause geschickt. Eine in der Folge eingeleitete „unabhängige Untersuchung" des Vorfalls verlief im Sande.

Ralf Dreis

strug·gle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

Italien: Generalstreik der Basisgewerkschaften

Für Freitag, den 9. November, hatten die italienischen Basisgewerkschaften und die Schwesterorganisation der FAU, USI-AIT, einen eintägigen Generalstreik aller Bediensteten des öffentlichen Dienstes und der privaten Wirtschaft ausgerufen. Der Streik fiel exakt in den Zeitraum, in welchen mit dem neuen Haushalt vom italienischen Parlament auch die Reform des Sozialstaates beschlossen werden sollte. Die wesentlichen Streikforderungen waren die sofortige Umwandlung aller prekären Arbeitsverhältnisse in Festanstellungen, Rechte für migrantische Arbeiterinnen und Arbeiter, drastische Reduzierung der Augaben für Militär und Krieg, keine Anhebung des Rentenalters. Sie richteten sich damit direkt gegen die Vereinbarungen zwischen Regierung und den reformistischen Gewerkschaften CGIL, CISL, UIL. Letzere hatten sich zwar in einem „Referendum" die Legitimation ihrer Zugeständnisse durch die Arbeiter erheischt, doch gilt es zu bemerken dass dieses Referendum lediglich unter den Mitgliedern von CGIL, CISL, UIL durchgeführt wurde und zu dem noch in sämtlichen großen Fabriken Italiens abgelehnt wurde. Alles in allem beteiligten sich über zwei Millionen ArbeiterInnen am Generalstreik der Basisgewerkschaften. Die Fähren nach Sizilien und eine Vielzahl von Flügen fielen aus. Im Fiat-Werk Pomigliano d'Arco bei Neapel lag die Streikbeteiligung bei mehr als 90 Prozent und es gab große Demonstrationen in allen wichtigeren Städten Italiens.

Indien: Wilder Streik nach Tod eines Dockers

Am 5. Dezember legten die Hafenarbeiter im Hafen von Haldia spontan die Arbeit nieder, nachdem Lakhsmipada Metia (45) durch einen Arbeitsunfall starb. Lakhsmipada starb, weil es im Hafenkrankenhaus keine ausreichendenden medizinischen Einrichtungen gibt und der schwer verletzte Arbeiter in einer Irrfahrt zu einem weit entlegenen Krankenhaus gebracht werden mußte. Im Hafen von Haldia kommt es durch die Arbeitshetze immer wieder zu schweren Unfällen, der jüngste Tod eines Arbeiters ereignete sich zynischerweise ausgerechnet in einer zur Imagepflege der Hafengesellschaft ausgerufenen „Woche der Arbeitssicherheit". Zweieinhalb Stunden nachdem Lakhsmipada im Krankenhaus starb, ging im Hafen nichts mehr. Nirgendwo wurde mehr gearbeitet, die Schiffe konnten den Hafen nicht mehr anlaufen. Vor dem Hafenkrankenhaus kam es zu einer Versammlung, auf der die wütenden Arbeiter unter anderem die Einstellung von Ärzten sowie als Kompensation die Vergabe eines Jobs an ein Mitglied von Lakhsmipadas Familie forderten.

Zypern: Streik am Flughafen gegen „Sicherheitsmaßnahmen"

ArbeiterInnen des Flughafens Paphos auf Zypern traten Anfang Dezember in einen wilden Streik, in dessen Folge rund 1.000 Passagiere nicht oder nur verzögert abgefertigt wurden. Hintergrund des Streiks ist eine Beschwerde der EU über mangelnde Sicherheitsmaßnahmen am Flughafen. Daraufhin hatte die Polizei die Überprüfung der Beschäftigten am zweitgrößten Flughafen der Insel deutlich verschärft. Als man von einigen ArbeiterInnen forderte, u. a. Gebisse und die Lunchpakete durch die Röntgengeräte zu schicken, platzte diesen der Kragen. Interessant in diesem Zusammenhang ist es, dass es keinerlei Studien über die Folgen der Bestrahlung von Lebensmitteln in den Röntgenscannern gibt, wie sie in Flughäfen, aber auch in immer mehr Firmen in sicherheitsrelevanten Bereichen eingesetzt werden.

Großbritannien: Erfolgreicher Streik osteuropäischer ArbeiterInnen

Eine Gruppe osteuropäischer ArbeiterInnen konnte Ende November im englischen Northampton mit einem Streik die Auszahlung ausstehender Löhne durchsetzen. Die – hauptsächlich polnischen – ArbeiterInnen waren von der Firma Glenn Management zur Reinigung der Büros im Gewerbezentrum Moulton Park angeheuert worden. Als sie mehr als vier Monate lang nicht den vereinbarten Lohn erhalten erhalten hatten, traten sie in einen Streik. Nur einen Tag später wurden die ausstehenden Löhne ausgezahlt. Gegenüber dem libertären Nachrichtenportal libcom.org erklärte ein Arbeiter: „Wir haben immer und immer wieder um ein Gespräch mit dem zuständigen Manager gebeten, aber der wollte nicht mit uns sprechen. Aber wir haben kaum eine halbe Stunde gestreikt, als er sich auf einmal sehr dafür interessierte, was wir zu sagen haben. Zuerst drohte er uns und sagte uns, dass unsere Aktion unseren Job gefährden könne. Als ihm klar wurde, dass wir uns nicht einschüchtern lassen, hat er zuerst versucht, nur diejenigen von uns auszuzahlen, die Englisch sprechen. Als wir ihm klar gemacht haben, dass das nicht ausreicht, haben alle ihr Geld bekommen". Den Ausschlag gab wohl letztlich die Drohung von Dataforce, der Firma, der die Gebäude gehören, dass sie den Vertrag sofort kündigen würden, wenn die Gebäude nicht gereinigt würden. Dieser erfolgreiche Streik von migrantischen ArbeiterInnen führte im Nachgang zu einem Treffen in Northampton, bei dem die Streikenden über ihre Erfahrungen berichteten und als dessen Folge versucht werden soll, die ausländischen ArbeiterInnen der Stadt besser zu koordinieren.

Frankreich: Wilder Streik an der Oper

Anfang November traten hunderte von Beschäftigten in mehreren Häusern der Pariser Oper in einen wilden Streik gegen die „Rentenreform" der französischen Regierung. In der Folge des Streiks mußten nahezu alle Aufführungen abgesagt werden; es enstand ein Schaden in Höhe von mehreren hunderttausend Euro. Hunderte von Ballet-TänzerInnen, SchauspielerInnen und BühnenarbeiterInnen in der Oper an der Bastille am Balletthaus Palais Garnier und der Comédie Française beteiligten sich an dem Streik und den Streikposten.

Vietnam: Streik bei Nike

In der letzten Novemberwoche traten rund 10.000 ArbeiterInnen des Werkes Tae Kwang Vina nordöstlich von Ho Chi Minh Stadt in einen Warnstreik. Das Werk produziert hauptsächlich für Nike. Der monatliche Durchschnittslohn der ArbeiterInnen liegt mit 40 Euro bei einem Bruchteil dessen, was ein einziges Paar Nike-Schuhe kostet. Durch eine Welle von mehr als 300 Streiks in diesem Jahr haben sich die vietnamesischen ArbeiterInnen Lohnerhöhungen von bis zu einem Drittel erkämpft. Einen Teil davon haben sie jedoch durch den Angriff mit einer rund zehnprozentigen Inflation im Jahr 2007 bereits wieder verloren.

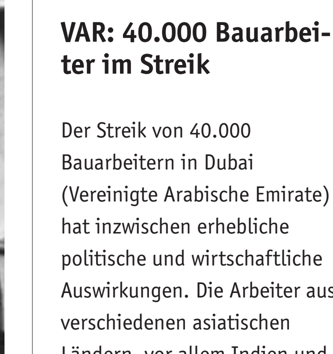
Streik bei Ford

Russland: Teuerung von über 50% treibt Arbeiterschaft in den Streik

Situation in Russland

Die Streikbewegungen in Russland sind untrennbar mit einer horrenden Teuerungsrate im Lande verbunden. So sind zum Beispiel die Nahrungsmittelpreise und die einiger anderer Produkte, seit Anfang 2007 um 50-70% (!) gestiegen. Wirtschaftswissenschaftler weisen darauf hin, dass dies noch nicht das Ende der Preissteigerungen sei. Sie erwarten noch während des Winters eine weitere Preissteigerung um bis zu 50%. Die Wirtschaft in Putins Russland hat ihre Basis in den Monopolen. Diese sind wiederum auf vielfältige Art und Weise untereinander, mit der Staatmaschine und direkt mit Putin verwoben. Diese „3-Welt"-Ökonomie hat nur einen Zweck: die Reichen an der Spitze einer mafiösen Pyramide aus Neureichen und Staatsfunktionären noch reicher zu machen. Unter ihnen und als erster unter gleichen: Putin, der ein geschätztes Privatvermögen von 40 Millarden US $ sein Eigen nennen soll. All diese Bosse haben keinerlei Interessen an einem „Ausgleich" mit den Lohnabhängigen. Viele dieser Bosse und „Offiziellen" sind „frühere" Kriminelle oder waren/sind im russischen Geheimdienst tätig. Sie alle wissen, dass ihre Zeit nur sehr begrenzt ist, denn sie können jederzeit ihre Macht und ihren Reichtum im permanenten politischen und ökonomischen Konkurrenzkampf verlieren. Daraus schließen sie, dass sie so schnell wie möglich so reich wie möglich werden müssen. Die Wünsche der Arbeiterschaft stören da nur, und so greifen sie zu den verschiedensten Methoden gegen Streikende: Gerichtliche Verbote, gesetzliche Gewalt (Polizei) und ungesetzliche Gewalt.

So wurden zum Beispiel nahezu alle Streiks der letzten Monate von den Gerichten für „illegal" erklärt und einige GewerkschaftsaktivistInnen wurden entweder durch die Polizei, die Mafia oder nacheinander von beiden angegriffen.



Der Streik bei Ford

Die Werksleitung hatte mit Beginn des unbefristeten Streiks am 20. November(1) die Streikenden ausgesperrt. Bei dem Streik, an dem 1.700 der 2.200 Arbeiter teilnahmen, handelte es sich um die größte Arbeitsniederlegung der letzten Jahre. Die Ford-Arbeiter forderten die Anerkennung berufsbedingter Krankheiten sowie eine Absage an befristete Arbeitsverträge. Die Hauptforderung der Streikenden ist eine Lohnerhöhung um 30-40%, was nicht mal die Inflationsrate (in Bezug auf Nahrungspreise) ausgleicht(2). Momentan verdienen die ArbeiterInnen bei Ford ca. 500 $ im Monat. Das ist für russische Verhältnisse nicht schlecht. Zum Vergleich: in der Millionenstadt Saratov verdienen IndustriearbeiterInnen, ÄrztInnen und LehrerInnen ca. 150 $ im Monat. Wie dem auch sei, dank der horrenden Inflation sinkt die reale Kaufkraft rapide! Militante der KRAS-IAA starteten eine Kampagne, um einerseits die Idee der Anarchie unter den ArbeiterInnen bekannt zu machen und andererseits die reformistische Gewerkschaft offen zu kritisieren. Die KRAS forderte die Arbeiterschaft auf, nicht länger ergeben den Gewerkschaftsführern hinterherzutrotten, stattdessen sollten sie lieber eine allgemeine Versammlung einberufen und dort all ihre Entscheidungen fällen. Die ArbeiterInnen erzählten uns in persönlichen Gesprächen, sie wüssten, dass ihnen die reformistische Gewerkschaft nicht helfen kann, aber sie sind angesichts der Tatsache, dass sich auf dem Gelände eine Sondereinheit der Polizei („OMON") befindet, zu ängstlich, um zu Mitteln der direkten Aktion, wie zum Beispiel Sabotage, zu greifen. Rund 400 'Scabs'(3) der russischen Ford-Filiale haben eine Erklärung unterschrieben, in der sie von dem Streik Abstand nehmen. Sie sollen während des Produktionsausfalls zwei Drittel des normalen Lohns behalten, die Streikenden gehen leer aus. Nach einer Woche Stillstand nahm das üblicherweise in drei Schichten arbeitende Werk am 28. November die Produktion im Ein-Schicht-Betrieb wieder auf. Am 11.12. gelang es, mit weiteren Streikbrechern eine zweite Schicht anzufahren.

Der Streik bei Ford wird von Automobilherstellern aufmerksam beobachtet

Im vergangenen Jahr hat der Ford-Konzern seinen Verkauf in Russland um 92 Prozent gegenüber 2005 auf knapp 116.000 Fahrzeuge gesteigert. Der Umsatz von Ford Focus betrug dabei 73.500 Stück, 85 Prozent mehr als im Jahr davor. Ein Tag Band-Stillstand kostet das Unternehmen vier Millionen Dollar. Der Streik bei Ford wird von anderen ausländischen Automobilherstellern, die Werke in Russland planen, aufmerksam beobachtet. Volkswagen und Skoda haben mit dem Bau eines 370 Millionen Dollar teuren Werks in Kaluga bei Moskau begonnen. General Motors, Toyota und Nissan planen Werke bei St. Petersburg. Wie ein Sprecher von „Nissan Motor Russland" gegenüber der Internetzeitung „Fontanka.ru" erklärte, man lerne aus den Fehlern anderer Unternehmen. Arbeitssuchende mit Gewerkschaftsvergangenheit würden bei der „Formierung" der neuen Nissan-Belegschaft angeblich nicht herausgefiltert.

Das vorläufige Ende

Dank der finanziellen Hilfe von ArbeiterInnen aus der ganzen Welt wurde der Streik mehr als vier Wochen lang durchgehalten. Am 13.12. hat die Werksleitung ihre Bereitschaft erklärt, auf wesentliche Forderungen der Streikenden einzugehen. Ihre einzige Bedingung dafür war, dass sie ab 17.12. die Arbeit wieder aufnehmen. Zur Vertragsschließung wird eine Kommission von Ford-Europa erwartet. Diese soll dann zusammen mit der Werksleitung und der Gewerkschaft einen Vertrag gestalten.(4)

Nik Topark

(1) pünktlich mit Ablauf einer gerichtlich verhängten „Streikpause"
(2) die Inflationsrate (insgesamt) beträgt offiziell 11,5%
(3) Aus dem anglo-amerikanischen kommende Bezeichnung für Streikbrecher
(4) Bis zum Redaktionsschluss war das Ergebnis dieser „Gestaltung" nicht in Erfahrung zu bringen

VAR: 40.000 Bauarbeiter im Streik

Der Streik von 40.000 Bauarbeitern in Dubai (Vereinigte Arabische Emirate) hat inzwischen erhebliche politische und wirtschaftliche Auswirkungen. Die Arbeiter aus verschiedenen asiatischen Ländern, vor allem Indien und Bangladesch, weigern sich, ihre Arbeitscamps zu verlassen, so lange ihre Forderungen nach höheren Löhnen und besseren Lebensbedingungen nicht erfüllt worden sind. Betroffen vom Streik ist besonders der Baukonzern Arabtec. Die Regierung prüft, ob gesetzliche Mindestlöhne ein Schritt für die Lösung der anhaltenden Arbeitskämpfe sein könnten.

Nicaragua: Proteste gegen Abtreibungsverbot

Die Regierung des mittelamerikanischen Staates Nicaragua hat vor einem Jahr Abtreibungen auch aus medizinischen Gründen verboten. Seitdem sind fast 90 Frauen infolge von Schwangerschaftsunterbrechung en gestorben. Die nicaraguanische Frauenbewegung „Movimiento Feminista" macht mit Unterstützung von Medizinerverbänden und Menschenrechtsorganisationen gegen dieses unmenschliche Gesetz mobil.

Telefonunterricht vom anderen Ende der Welt

Nach einem Bericht der Wochenzeitung „Die Zeit" unterrichten philippinische Lehrerinnen und Lehrer des Unternehmens ITI Consulting am Telefon Englisch. Ihre Schüler sitzen dabei an Apparaten in Deutschland, China, Japan oder Russland. Philippinische Lehrer verdienen nur etwa ein Viertel so viel wie ihre deutschen Kollegen. Laut Unternehmenschef Robert de Ocampo können Kunden noch eine Stunde vorher eine Unterrichtseinheit über die Webseite buchen.

Wer sich nicht in Gefahr begibt,

Das Thema in der DA:

(BSH-Streik) Wir können stolz sein, Du nicht. Die IG Metall gewinnt den Streik, die Streikenden verlieren ihre Jobs. In: #178 (November/Dezember 2006)

Fisch ohne Wasser. Die Stellung der FAUD zu Betriebsräten, Kollektivverträgen und Streikkassen. In: # 175 (Mai/Juni 2006)

Betriebsräte. Das Beispiel Frankreich. # 171 (Sept./Okt. 2005)

Zwischen Reform und Revolution. Die Stellung der FAUD zur Betriebsrätefrage. In: #157 (Mai/Juni 2003)

Immer wieder erhitzen sie die Gemüter in der Diskussion um den Wirtschaftsstandort Deutschland: die Betriebsräte (BR). Für die DGB-Gewerkschaften sind sie ein wichtiger Faktor für die betriebliche Mitbestimmung und sichern außerdem den gewerkschaftlichen Einfluss in den Unternehmen. Ein wichtiger Schritt also hin zu einem demokratischen Sozialismus und einer Wirtschaftsdemokratie, wie sie schon seit den Zwanzigerjahren von reformistischen Gewerkschaftern und Sozialdemokraten vertreten wird. Auch die Arbeitgeber sehen hier einen Schritt zum Sozialismus. Die Betriebsräte und die Gewerkschaften hätten zu viel Einfluss, würden versuchen, die Marktwirtschaft in eine Planwirtschaft umzufunktionieren und damit erreichen, dass ein wahres Unternehmertum, das dem Wohl der Allgemeinheit dient, sich nicht richtig entfalten könne. Daher müsse ihr Einfluss gesetzlich beschränkt werden. Und dann gibt es da noch, allerdings in der allgemeinen Diskussion überhaupt nicht beachtet, die Position der Anarcho-Syndikalisten. Die Menschen in den Betrieben müssten sich selbst organisieren. Es dürfe keine Stellvertreterpolitik betrieben werden, da durch solche Gremien, die außerdem dazu neigen, sich zu verselbständigen, genau dies verhindert würde. Wichtig und richtig sei daher nur der Aufbau unabhängiger Betriebsgruppen. Sehen wir uns dieses System der „betrieblichen Mitbestimmung" doch einmal etwas genauer an.

Kurt Tucholsky: „Die kleine, gelbe Blume des Verrats"

Na, Verräter eigentlich nicht. Ein Verräter ist doch ein Mann, der hingeht und seine Freunde dem Gegner ausliefert, sei es, indem er dort Geheimnisse ausplaudert, Verstecke aufzeigt, Losungsworte preisgibt……und das alles bewusst. Nein, Verräter sind diese da nicht. Die Wirkung aber ist so, als seien sie welche. Kitt ist eine Sache, die bindet nicht nur; sie hält auch die Steine auseinander. Zehn Jahre Gewerkschaftsführer; zehn Jahre Reichtagsabgeordneter; zehn Jahre Betriebsratsvorsitzender – das wird dann fast ein Beruf. Man bewirkt etwas. Man erreicht dies und jenes. Man bildet sich ein, noch mehr zu verhüten. Und man kommt mit den Herren Feinden ganz gut aus, und eines Tages sind es eigentlich gar keine Feinde mehr. Nein. Ganz leise geht das, unmerklich. Bis jener Satz fällt, der ganze Reihen von Arbeiterführern dahingemäht hat, dieser infame, kleine Satz: „Ich wende mich an Sie, lieber Brennecke, weil Sie der einzige sind, mit dem man zusammenarbeiten kann. Wir stehen in verschiedenen Lagern – aber Sie sind und bleiben ein objektiver Mann….." Da steckt die kleine, gelbe Blume des Verrats ihr Köpfchen aus dem Gras – hier, an dieser Stelle und in dieser Stunde. Da beginnt es.

Die deutsche Demokratie an der Wiege

Geschaffen wurde es in den Grundzügen im Jahre 1920, einer Zeit des Umbruchs und der Revolution. Direkt nach dem Ersten Weltkrieg, als in der Arbeiterbewegung, selbst in den sozialdemokratisch dominierten Zentralverbänden, der Ruf nach einer Sozialisierung der Großbetriebe und der Bergwerke immer lauter wurde. In einer Zeit, als Zechen und Stahlwerke, ganze Gemeinden gar, besetzt und diese Aufstände von Freikorps und regulärem Militär blutig niedergeschlagen wurden, um die Ordnung im Reich wieder herzustellen. Die Sozialdemokratie, eben erst an die Macht gekommen, wusste, dass sie die Arbeiterbewegung, der sie ja gerade diese Macht verdankte, nicht alleine mit Gewalt in den Griff bekommen konnte. Hier waren auf Dauer subtilere Methoden wesentlich wirksamer. Es war notwendig, ihr zumindest zu suggerieren, dass sie an dieser Macht beteiligt sei und sie in ihrem ureigensten Bereich, den Betrieben, das behalten könne, was sie sich erkämpft hatte, nämlich Räte – „Betriebsräte" eben. So wurde also ein Gesetz gegen die soziale Revolution auf den Weg gebracht, das fälschlicher Weise den Titel „Betriebsrätegesetz" erhielt. Der Zweck dieses Gesetzes war von Anfang an, einen so genannten „Wirtschaftsfrieden" zu schaffen, um die am Boden liegende, von amerikanischen Krediten abhängige Wirtschaft hochzupäppeln und den Rätegedanken zu schwächen. Eine ArbeiterInnendemonstration gegen dieses „Betriebsrätegesetz", wurde – wenige Tage vor der Abstimmung – mit Maschinengewehren „aufgelöst". 42 Menschen verloren dabei ihr Leben.

Der NS-Diktatur löste selbst diese Betriebsräte, wie sonstige Arbeiter-Institutionen auch, auf. Nach der Niederlage des Nationalsozialismus und der Gründung der Bundesrepublik Deutschland kam es erneut zu Auseinandersetzungen über die Struktur der Mitbestimmung der Beschäftigten in den Betrieben. Wurde vor Gründung der Bundesrepublik noch allerorten eine „Sozialisierung der Bergwerke und der Großindustrie" gefordert (selbst die CDU sprach in ihrem Ahlener Programm 1949 noch von „Sozialismus"), schlug man nun doch wieder leisere Töne an. Trotz größerer Proteste und Demonstrationen wurde 1952 das neue „Betriebsverfassungsgesetz" verabschiedet, welches, ähnlich wie das Betriebsrätegesetz von 1920, der Ruhigstellung und Einbeziehung der Gewerkschaften und ihrer betrieblichen Funktionäre in die neu entwickelte „Sozialpartnerschaft" dienen sollte. Dieses Gesetz ist, 1972 grundlegend überarbeitet und 2001 in einigen Punkten modernisiert, bis heute Grundlage für die Arbeit der Betriebsräte und auch der Gewerkschaften in den Betrieben.

Wie wichtig heute? Betriebe ohne BR

Vom Grundsatz her gilt das Betriebsverfassungsgesetz in allen Betrieben, in denen mindestens fünf Menschen beschäftigt sind und die nicht dem Öffentlichen Dienst angehören (hier gelten eigenständige Regelungen, die sog. Personalvertretungsgesetze) – oder kirchliche Träger haben, wie zum Beispiel viele Krankenhäuser oder Kindergärten. Diese Einrichtungen sind ausdrücklich vom Geltungsbereich des BetrVG ausgenommen, die Kirchen als „Arbeitgeber" haben sich hierfür eigenständige Regelungen geschaffen. In der Realität sieht es jedoch so aus, dass es in 89 Prozent der Betriebe der Privatwirtschaft gar keinen Betriebsrat gibt. In diesen Betrieben arbeiten 52 Prozent der Beschäftigten in Westdeutschland, in Ostdeutschland sind es sogar 62 Prozent. In größeren Betrieben ist der Deckungsgrad allerdings wesentlich höher als in Klein- und Mittelbetrieben, hier gibt es also in der Regel auch einen Betriebsrat. Allerdings existiert in etwa einem Viertel der Betriebe mit 100 bis 200 Beschäftigten kein Betriebsrat. In der Mehrheit dieser Betriebe gilt übrigens auch kein Tarifvertrag. Teils handelt es sich bei diesen betriebsratslosen Unternehmen um Firmen aus den Bereichen der Informationstechnologie oder auch der Weiterbildung. Firmen also, in denen hochqualifizierte, zum Großteil junge Menschen arbeiten, die ihre Selbstverwirklichung oft in exzessiver Arbeit suchen. ArbeiterInnen, die sich dadurch nicht ausgebeutet fühlen und für die andererseits Gewerkschaften und betriebliches Engagement ein altmodisches und miefiges Image haben. Zum anderen Teil versuchen Unternehmer, in ihren Firmen die Gründung von Betriebsräten zu verhindern oder bestehende Gremien gezielt zu zerschlagen. Bekannt geworden sind hier besonders Ketten wie McDonalds oder auch die Discounter LIDL und Schlecker. Sie beschäftigen zum Teil spezielle Einsatzkommandos, deren Aufgabe es ist, Initiativen zur Organisierung oder zur Gründung von Betriebsräten im Keim zu ersticken – oft mit illegalen Methoden. Es werden für Unternehmer und Personalchefs aber auch Seminare angeboten, wie man ein Unternehmen „In Zukunft ohne Betriebsrat" führen kann. Hier werden dann Kniffe und Tricks geschult, wie die Wahl eines Betriebsrates mit legalen Mitteln verhindert werden oder aber ein bestehender Betriebsrat, abhängig von den Persönlichkeitsstrukturen der handelnden Personen, entweder an das Unternehmen gebunden oder aber mit unnützer Arbeit überfrachtet werden kann – bis er nicht mehr weiß, wo ihm der Kopf steht. Wahlanfechtungen, Arbeitsgerichtsprozesse, das Anbieten gut dotierter Stellen, die Aufspaltung von Unternehmen, das Repertoire der Möglichkeiten ist ziemlich breit, mit denen auf Betriebsräte und einzelne Betriebsratsmitglieder Einfluss genommen werden kann.

Mit Kanonen auf Spatzen? Kritik am BR

Es zeichnet sich nun bereits recht deutlich ab, welchen Schwierigkeiten sich Betriebsratsmitglieder in der Regel tagtäglich ausgesetzt sehen. Eingebunden in ein System, das ihnen recht wenig Spielraum oder gar „Mitbestimmung" lässt. Das Betriebsverfassungsgesetz als Grundlage, das die Befriedung einer aufständischen Arbeiterschaft zu Zweck hatte, dessen Einführung blutig durchgesetzt wurde und das später neu geschaffen wurde mit dem ausdrücklichen Ziel, Betriebsrat und auch die Gewerkschaften zu einer „vertrauensvollen Zusammenarbeit" mit dem Unternehmer zu verpflichten und die „Sozialpartnerschaft" in den Betrieben zu zementieren. Umgeben von Kolleginnen und Kollegen, die verständlicherweise erwarten, dass ihre Rechte von dem Gremium Betriebsrat vertreten und auch durchgesetzt werden. Konfrontiert entweder mit Unternehmern, die versuchen, ihre Arbeit gezielt zu unterlaufen und, zum Großteil sogar mit unfairen bis illegalen Mitteln, zu verhindern oder aber die einzelnen Betriebsratsmitglieder zu vereinnahmen. Manchmal geschieht dies ganz offen durch Korruption, Geld, Reisen, sonstige Vorteile. Die Boulevardpresse freut sich dann regelmäßig darüber und wir können mehr oder weniger unappetitliche Details über die Verfehlungen dieser „Kollegen" (es handelt sich wohl immer um Männer) aus den Vorständen der Gewerkschaften nachlesen. Dies sind aber Ausnahmen. Was vor Ort passiert, ist das, was Kurt Tucholsky in „Die kleine, gelbe Blume des Verrats" sehr anschaulich geschildert hat: Die kleinen Erfolge, die man erringt. Probleme, die man mit dem Chef regeln kann, unter der Hand. Das Verständnis, das man Entscheidungen des „Arbeitgebers" entgegenbringt. Genau hier liegt die Wurzel der kleinen, gelben Blume des Verrats…. und eines Tages wird sie ihr Köpfchen aus dem Gras stecken! Mit dieser Problematik befasste sich im Jahre 1921, ein Jahr nach Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes, auch ein Artikel in der ersten Ausgabe der Zeitung „Der Syndikalist", dem Organ der kurz zuvor gegründeten „Freien Arbeiter-Union Deutschlands". Sehr anschaulich wird hier geschildert, wie viele der neu gewählten „Räte" über die Köpfe der ArbeiterInnen hinweg für diese entscheiden und Nutzen für sich selbst aus ihrer Arbeit und ihrer neuen Position ziehen. Der Artikel gesteht aber auch zu, dass es „innerlich so festverankerte Charaktere" geben könnte, die ihre Tätigkeit für das Allgemeinwohl, für den Syndikalismus einsetzen und nicht zu neuen Herren werden könnten.

Den Vorstoß wagen? Warum?

Es scheint nun durchaus angebracht, einmal zu überlegen, welche Möglichkeiten die Arbeit der Betriebsräte bietet und welche Möglichkeiten die Beschäftigten gar nicht haben, die etwa in Betrieben ohne Betriebsrat arbeiten. Natürlich wird niemand erwarten, dass Betriebsräte mit ihren sämtlichen „Beteiligungsrechten" und den ganzen gesetzlichen Vorschriften die Welt oder auch nur die Arbeitswelt verändern können. Aber sie bieten gewisse Möglichkeiten, Chancen, die in Betrieben, in denen es keinen Betriebsrat gibt, einfach nicht bestehen. Chancen, die durchaus genutzt werden können

der kommt drin um

Grenzen und Möglichkeiten der Betriebsratsarbeit. Überlegungen zu einer kritischen Neubewertung.

Position der FAUD zu Betriebsräten

Im Februar 1920 wurden die gesetzlichen Betriebsräte aufgrund des Betriebsrätegesetzes gewählt als Vertreter der Arbeiterschaft. Da ist es an der Zeit, dass sich die organisierten Arbeiter die Frage vorlegen:
„Welchen Nutzen hatte die Arbeiterschaft aus der Tätigkeit ihrer „Räte“? Denn die Arbeiter versprachen sich gar viel aus dieser neuen „Machtposition“. Ein Teil der „Räte“ kümmerte sich bald nicht mehr darum, dass sie nur die Beauftragten ihrer Wähler sein sollten. Sie verhandelten selbständig mit den Unternehmern und verhandelten dabei fast regelmäßig die Interessen der Arbeiter an das Ausbeutertum. Selbst aber schuf man sich eine möglichst gesicherte Position. Aus den „Arbeiterräten“ wurden allmählich richtiggehende Kartoffel- und Gemüsehändler und Kurzwarenschieber.
Die Vertretung der Arbeiterinteressen überließ man Regierung und organisiertem Ausbeutertum. In den Betriebsversammlungen aber redeten die „Räte“ große Töne. Wenn ein Arbeiter das Gebiet der Politik betrat in seinen Ausführungen, dann schnitt ihm sein „Rat“ das Wort ab: Die Belegschaften haben sich nur mit wirtschaftlichen Fragen zu beschäftigen, politische Angelegenheiten gehörten nicht hierher. (...) Heute schimpfen die Betriebsräte in Versammlungen auf die Gewerkschaftsbonzen, morgen sind sie selbst Gewerkschaftsbeamte. Und die Mitglieder dürfen wieder höhere Beiträge zahlen. Die soziale Frage für eure gewählten Interessenvertreter ist wieder mal gelöst.
Arbeiter ! Seht euch eure Vertreter genau an. Und wenn ihr wieder einmal „Räte“ wählt, dann prüft sie vorher auf Herz und Nieren, ob sie innerlich so festverankerte Charaktere sind, dass sie nicht zu euren Herren werden können, sondern dass sie ihre Tätigkeit einsetzen für das Allgemeinwohl, für den Syndikalismus!

Der Syndikalist, Nr. 1, Februar 1921

bei der Etablierung einer kämpferischen Gewerkschaft. Betriebsratsarbeit kann eine Möglichkeit sein, die Menschen zu erreichen, über unsere Ideen zu informieren und Vertrauen aufzubauen. Dies setzt allerdings voraus, dass aktive ArbeiterInnen und Gewerkschaftsmitglieder über etwas mehr als nur Grundkenntnisse der vorgegebenen Bedingungen wie Gesetze und wirtschaftliche Zusammenhänge verfügen. Deshalb wird an dieser Stelle etwas genauer auf die Passagen des BetrVG eingegangen, die gewöhnlich immer dann bemüht werden, wenn aufgezeigt werden soll, dass Betriebsratsarbeit von Grund auf reformistisch sei.

Ein wichtiger Punkt ist zunächst einmal das Zutrittsrecht der Gewerkschaften zum Betrieb. Gleich in § 2 legt das BetrVG fest, dass dies den Gewerkschaften zusteht, die im Betrieb vertreten sind, also Mitglieder haben. Beauftragte der Gewerkschaften können den Betrieb betreten, auch an Betriebsversammlungen und, auf Einladung eines Viertels der Betriebsratsmitglieder, an Sitzungen des Betriebsrates teilnehmen. Allerdings machen die Gerichte den Begriff „Gewerkschaft“ an der so genannten „Tarifmächtigkeit“ fest. Demnach gilt eine Arbeitnehmervereinigung nur dann als Gewerkschaft, wenn sie mächtig genug ist, Tarifverträge durchzusetzen und diese auch schon abgeschlossen hat. Nach neueren Urteilen haben aber auch sonstige Vereinigungen von abhängig Beschäftigten ein Zutrittsrecht, um sich darzustellen und Mitglieder zu werben. Außerdem kann davon ausgegangen werden, dass nicht alle Unternehmen mit diesen Feinheiten des Gesetzes und dessen Auslegung allzu vertraut sind.

Betriebsratsarbeit – das geht auch anders!

Außerdem eröffnet das Gesetz ausdrücklich die Möglichkeit, „zusätzliche Vertretungen, die die Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Arbeitnehmern erleichtern“ zu schaffen (§ 3 BetrVG). Es wäre also durchaus möglich, Betriebsgruppen, die bereits bestehen oder neu gegründet werden, in dieser Weise zu „legalisieren“, so dass sie wie bisher eigenständig arbeiten könnten, aber auf einer wesentlich breiteren Basis. Und auch ohne vom Betriebsrat abhängig zu sein und bevormundet zu werden. Genauso interessant ist in dieser Hinsicht der § 28a, der erst bei der Novelle des BetrVG im Jahre 2001 eingefügt wurde: Es ist nun möglich, dass der Betriebsrat bestimmte Aufgaben an Arbeitsgruppen überträgt. Die Mitglieder dieser Arbeitsgruppen müssen nicht, wie bei den bisher schon möglichen Ausschüssen, gleichzeitig Mitglied des Betriebsrates sein. Liegt zum Beispiel in einer Abteilung ein Problem an, könnten alle Beschäftigte in dieser Abteilung in eine Arbeitsgruppe benannt werden. Sie könnten nun gemeinsam dieses Problem lösen und auch selbständig mit dem Arbeitgeber regeln. Ähnlich könnte dann auch bei Arbeitszeitplanung, Arbeitssicherheit oder vergleichbaren Themen verfahren werden. Die Betroffenen regeln ihre Angelegenheiten selbständig, direkt vor Ort. Gute Beispiele machen meist Schule. Diese Art von Arbeits- oder Betriebsgruppe könnte sich recht schnell in Betrieben etablieren.

Betriebsratssitzungen sind nicht öffentlich und die Mitglieder des Gremiums unterliegen einer Geheimhaltungspflicht. Dies sind Regelungen (§ 30 und § 79 BetrVG), auf die die Geschäftsleitung nur zu gerne immer wieder hinweist. Würde mensch ihrer Interpretation folgen, dürften die Betriebsratsmitglieder kaum noch miteinander reden, der Betriebsrat würde zum Geheimrat verkommen. Genau betrachtet geht es eigentlich um Selbstverständlichkeiten, nämlich persönliche Angelegenheiten von Beschäftigten auf der einen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse auf der anderen Seite. Hierbei handelt es sich dann um den Schutz von Erfindungen, neuen Arbeitsverfahren, Insiderwissen, das an die Konkurrenz verkauft werden könnte, etc. Also, auch wenn viele „Geheimräte“ das nicht gerne hören: Ein Betriebsrat hat das Recht und auch die Pflicht, die Beschäftigten über alles zu informieren, was er im Rahmen seiner Arbeit erfährt und was diese betrifft! Möglichkeiten wären hier regelmäßige Aushänge im Betrieb, Flugblätter, eine Betriebsratszeitung oder natürlich Betriebsversammlungen, die mindestens einmal im Vierteljahr vom Betriebsrat durchgeführt werden müssen. Hier besteht auch die Möglichkeit, wie oben bereits erwähnt, Beauftragte der Gewerkschaften einzuladen. Der Unternehmer muss hierbei einmal im Jahr einen Bericht über die Lage des Betriebes abgeben und Rede und Antwort stehen. Hier haben die Beschäftigten und damit natürlich auch Betriebsgruppen, die Möglichkeit, die Geschäftsleitung und auch den Betriebsrat zu ihrer Arbeit zu befragen und ihre Schlüsse zu ziehen.

Ein Brückenkopf gibt Handlungsspielraum

Oft wird der § 74 zitiert, wenn es darum geht, dass der Betriebsrat weder zum Streik aufrufen noch politisch tätig werden darf. Dass der Betriebsrat praktisch dazu verpflichtet sei, mit dem Arbeitgeber Hand in Hand zu arbeiten. Bei genauerem Hinsehen wird allerdings schnell klar, dass lediglich „Maßnahmen des Arbeitskampfes zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat“, dem Gremium Betriebsrat nicht zulässig sind. Die einzelnen Mitglieder des Gremiums können natürlich als Mitglieder einer Gewerkschaft zu Streiks und anderen Aktionen aufrufen. Und untersagt ist ihnen lediglich die parteipolitische Betätigung im Betrieb. Die „Behandlung von Angelegenheiten tarifpolitischer, sozialpolitischer, umweltpolitischer und wirtschaftlicher Art“ ist sogar im Gesetzeswortlaut ausdrücklich erlaubt.

Ebenso wichtig wie die gemeinsame Koordination der Beschäftigten ist die Information über das Unternehmen. Der Wirtschaftsausschuss, der in Unternehmen mit über 100 Beschäftigten zu bilden ist, bietet die günstige Gelegenheit, wichtige Informationen über den Betrieb zu bekommen und diese dann auch zu verbreiten. Dieser Ausschuss des BR muss von der Geschäftsleitung über alle wirtschaftlichen Angelegenheiten unterrichtet werden. Es muss ihm Einsicht in alle wichtigen Unterlagen gewährt werden. Er hat also Möglichkeiten, zu erkennen, wohin Gelder fließen, wie die Rationalisierung voranschreitet, wohin das Unternehmen steuert. Kurzum, es besteht für die Mitglieder des Gremiums die Möglichkeit, auf Kosten des Unternehmers die Betriebsführung zu üben. Wer später einmal Betriebe übernehmen möchte, sollte auch wissen, wie diese funktionieren und aufrechterhalten werden können! Relevant wird der Wirtschaftsausschuss wahrscheinlich aber schon eher, wenn es nämlich darum geht, Firmenstrategien frühzeitig auszumachen und die Verteidigung der Arbeiterinteressen vorzubereiten.

Bei tief greifenden Betriebsänderungen, Umstrukturierungen oder gar Betriebsstilllegungen besteht die Möglichkeit, dass der Betriebsrat mit der Geschäftsleitung einen Interessenausgleich und Sozialplan abschließt. Einfluss auf diese Änderungen hat der Betriebsrat als Gremium allerdings nicht – er kann den Boss rechtlich nicht zwingen, dass zum Beispiel ein Betrieb nicht stillgelegt wird. Aber er kann wenigstens erreichen, dass Abfindungen gezahlt werden bei Kündigungen oder Fahrkostenausgleiche bei Versetzungen oder dass KollegInnen in andere Betriebsteile versetzt werden. Ein Sozialplan kann aber nur mit dem Betriebsrat abgeschlossen werden. Wo es also keinen Betriebsrat gibt, gibt es in den dargestellten Fällen für die Beschäftigten nichts. Ihnen bleibt dann nur der immer riskante Arbeitskampf. Immerhin, damit ließe sich eine Stilllegung auch verhindern. Das zeigten die ArbeiterInnen des Bosch-Siemens-Hausgerätewerks (BSH) in Berlin-Spandau im Herbst 2006 beispielhaft.

Ende offen

Wo es Betriebsräte gibt, haben die ArbeiterInnen durchaus mehr Rechte als in betriebsratslosen Betrieben. Der Arbeiterkampf bei BSH in Spandau zeigte aber auch, dass die gewählten VertreterInnen wirksam kontrolliert werden müssen, damit sie wirklich für die Interessen der Lohnabhängigen geradestehen. Diese Kontrolle kann nur eine organisierte, aktive und erfahrene Belegschaft ausüben. Der Schritt zum Sozialismus ist dann doch etwas größer als ihn Arbeitgeber und Zentralgewerkschaften sich vorstellen mögen.

Aber aufrechte „Charaktere“ können als Betriebsräte ihren Teil dazu beitragen, dass sich die KollegInnen einer Belegschaft organisieren und darin bereits vor „der letzten Schlacht“ notwendige Erfahrungen sammeln. Solche BR-Mitglieder haben die Gelegenheit, ihre Position im Sinne der Beschäftigten zu nutzen, ihnen Informationen zu besorgen, Hintergründe deutlich zu machen, ohne sich selbst zu korrumpieren. Umso leichter fällt ihnen das, wenn sie eine anarchosyndikalistische Gewerkschaftsgruppe im Rücken haben und dort Hilfe wie Kritik finden. So kann Kontakt entstehen zwischen kämpferischen SyndikalistInnen und Menschen, die mit den herrschenden Zuständen zwar nicht zufrieden sind, denen aber jahrelang Sozialpartnerschaft und Stellvertreterpolitik eingebläut wurde. Durch fundierte Informationen und entsprechend positive Beispiele seitens der Gewerkschafts- und Betriebsratsmitglieder, seitens einer aktiven Basis in der Belegschaft sollte es möglich sein, die KollegInnen dazu zu bringen, über diese Zustände und auch über Alternativen nachzudenken. Viele Menschen in den Betrieben sind kritischer geworden, aber auch offener für „neue“ politische Ideen.

FAU Ortsgruppe Neustadt a.d.Wstr.



„Die neun Leben des Nestor Machno“

Machnos Armee erobert die Bildschirme

Dewjat Shisnej Nestora Machno (Die neun Leben des Nestor Machno), Russland, Domfilm 2006, 640 Min., Regie: Nikolai Kaptan. Ein 10-minütiger Trailer ist im Internet unter http://russart.com oder auf „You Tube“ verfügbar.

Im Sommer 2006 kam eine Fernsehserie über Machno und die Machnowtschina (die bekannte libertäre Bauernbewegung in der Ukraine, die während der Russischen Revolution von 1917-1921 gegen Weißgardisten, ukrainische Nationalisten und Bolschewisten kämpfte) auf die russischen Bildschirme. Die Produzenten des Films – und mehr noch die TV-Werbespots – priesen sie als „ersten wahrheitsgetreuen Film über Machno“ an, der endlich dem Mann Gerechtigkeit widerfahren lassen sollte, über den in der UdSSR so viel gelogen worden war, der aber von der Bevölkerung nie ganz vergessen wurde.



Machnowtschina als Seifenoper

Der Film „Die neun Leben des Nestor Machno“ ist wahrscheinlich die längste Biographie eines Anarchisten, die jemals auf die Leinwand gebracht wurde – er besteht aus 12 Teilen. Er wurde vor etwa zwei Jahren in der Ukraine gedreht, aber aus irgendeinem Grund nur vom staatseigenen russischen Kanal 1 ausgestrahlt. Schon vorher erschien eine Raubkopie auf DVD und wurde zum Verkaufsrenner. Kurz vor der Fernsehausstrahlung und der Publikation der „autorisierten“ DVD-Version erschien außerdem das Filmskript als zweibändige Buchausgabe.

Als der Film schließlich im Juli 2006 lief, erreichte er eine hohe Sehbeteiligung, was nur teilweise auf die intensive Bewerbung zurückzuführen war, sondern mehr noch darauf, dass es sich tatsächlich um den ersten Film speziell über Machno handelte (der bis dahin nur als „Bösewicht“ eine Nebenrolle in einigen Sowjetfilmen gespielt hatte). Dem russischen Fernsehen fehlt es wahrlich nicht an Serien – tatsächlich besteht es heutzutage aus fast nichts anderem – , aber nicht alle erwecken ein so großes Publikumsinteresse und werden so heftig diskutiert. Die Qualität von Seifenopern ist, wie man sich vorstellen kann, selten besonders hoch, aber in diesem Fall interessierten sich die Zuschauer für die Geschichte selbst.

Mehrere Monate nach der Ausstrahlung gab es immer noch Internetdiskussionen über den Film – nicht nur in den Medien und in Blogs, sondern auch auf anarchistischen und linken Websites. Ziemlich häufig haben die Beurteilungen des Films keinen Zusammenhang mit den Ansichten der jeweiligen Person – unter denen, die ihn mögen, befinden sich sowohl Anarchisten als auch ihre erbittertsten Widersacher. Das Spektrum der Urteile reicht von totaler Sympathie und Zustimmung bis zur sehr kritischen und ablehnenden Stellungnahmen.

Was allerdings schade und irreführend ist: Der Film hat häufig wenig mit einem wirklichen Verständnis der Strömungen in der russischen Revolution und im Bürgerkrieg zu tun, ganz zu schweigen von Machno und den dargestellten Anarchisten. Manchmal fallen selbst Anarchisten auf die „ziemlich sympathische“ Darstellung Machnos in dem Film herein und weigern sich zu erkennen, wie das nur noch mehr Mythen und Missverständnisse über seine Person schafft.

Meiner bescheidenen Meinung nach ist „Die neun Leben des Nestor Machno“ eine TV-Serie von äußerst dürftiger Qualität, die sich kaum von anderen unterscheidet, die derzeit über die Bildschirme flimmern. Serienproduktion findet unter striktem Budgetdiktat statt – es muss schnell und billig gedreht werden (das war auch einer der Gründe, warum in der Ukraine gedreht wurde, dort ist es billiger, Filme zu produzieren). Und dann wandert noch der Löwenanteil des Budgets in Werbung und Promotion. Eine weitere Folge der Budgetbeschränkungen ist, dass die historische Rekonstruktion des Geschehens – von den Kostümen bis zu den unrealistisch wirkenden Schlachtszenen – wenig überzeugend ausfällt. Das wäre nicht so schlimm, wenn die Geschichte richtig erzählt würde, aber stattdessen haben es die Drehbuchschreiber fertiggebracht, alle wahren und alle falschen Geschichten über Machno zusammenzuwerfen. Wahrscheinlich die einzige große Lüge über Machno, die in den Film fehlt, ist die, dass er und die Machnowisten Antisemiten gewesen seien.

Filmfiguren und ihre Vorbilder

Ich würde behaupten, dass die schauspielerischen Leistungen in dem Film ziemlich bescheiden sind und die Regisseure es nicht geschafft haben, eine konsequente Linie zu verfolgen. Während Anarchisten, Bolschewisten und ukrainische Nationalisten in dem Film mit einem Anflug von „Komik“ dargestellt werden, wirken der russische Adel, die weißen Generäle und die zaristische Geheimpolizei „seriöser“. Kurzum, man nenne ein politisches Stereotyp, und manche reichen bis auf die Ideologie des Sowjetkinos zurück, und man wird es in dem Film mit Sicherheit finden.

Dennoch hatte ich häufig das Gefühl, der Film sei tatsächlich ein heimliches Revolutionsepos. Denn obwohl die Filmemacher Machno und seine Aufständischen oft als komische Figuren zeigen, werden sie niemals als Schurken gesehen. Sie mögen vielleicht nicht schlau genug sein, um die „große Politik“ zu durchschauen, aber zumindest sind sie keine gemeinen Mörder und Pogromhetzer. Es wäre allerdings falsch zu sagen, die Filmproduzenten hätten eine historische korrekte, ausgewogene und unvoreingenommene Sicht der Machnowtschina vermitteln wollen. In erster Linie geht es darum, das Publikum zu unterhalten.

Historische Personen werden in dem Film meist zu Karikaturen. Machno, gespielt von dem Schauspieler Pavel Derevjanko (der manchmal nicht so schlecht agiert, aber häufig unterdurchschnittlich), ist eine Mischung aus gutmütigem Jüngling und nicht eben intellektuellem Revolutionär. Er ist vielleicht nicht helle genug, um die Sprache der Intellektuellen zu sprechen, aber er versteht das Volk, ist in der Lage, es richtig anzusprechen und seinen Kampf gegen Unterdrücker jeglicher Art anzuführen. Er ist ein bodenständiger Kerl, kein Großmaul, voller bäuerlicher Schläue und Gerissenheit. Die Art, wie das auf die Leinwand gebracht wird, hat vielleicht nicht viel mit dem „historischen“ Machno zu tun. Doch treffen nicht im Grunde all die genannten Eigenschaften auf ihn zu? Bisweilen nimmt er psychotische Züge an, die eines Säufers und revolutionären Desperados, aber stets bleibt er der Sympathieträger.

Die Liste historischer Personen, die in dem Film auftreten, ist lang und auch sie sind zumeist weit von ihren realen Vorbildern entfernt. Arschinow, Teilnehmer und berühmter Historiker der Machnowtschina, ein Berufsrevolutionär, der etwas davon verstand, wie man Banken ausraubt und Bullen umlegt, wird zu einem komischen, absolut weltfremden Intellektuellen, der Typus des unpraktischen anarchistischen Träumers aus den Sowjetfilmen. Aus irgendeinem Grund taucht Vsewolod Volin in dem Film überhaupt nicht auf. Kropotkin hat einen Kurzauftritt, aber als komplett durchgedrehter Büchernarr, der nicht einmal Machnos Anwesenheit bemerkt. Lenin, den Machno in Moskau trifft, ist ein ziemlicher Langweiler und doch verkörpert er die Stimme praktischer politischer „Vernunft“ als Gegengewicht sowohl zu Machnos Revolutionsromantik als auch seiner bäuerlichen „Beschränktheit“. Trotzki wird zutreffend als harter und hinterhältiger Widersacher der Machnowtschina dargestellt, doch wirkt er mehr wie der Teufel aus dem Kasperletheater als der praktische Diktator, der er wirklich war.

Machnos Kommandeure sind ebenfalls weitestgehend Erfindungen der Filmemacher – gemäß den verschiedenen psychologischen Typen, die sie benötigten, um die Zuschauer zu unterhalten – und sehr frei nach ihren Vorbildern gestaltet. Und schließlich spielt die Art der Darstellung eine wichtige Rolle dabei, ob ein Charakter sympathisch erscheint oder nicht. Zum Beispiel ist Leva Sadow, der Leiter von Machnos „politischer Polizei“ und eine sehr zwielichtige Gestalt, im Film ein netter Typ und korrekter Anarchist. Viktor Belasch, der Chef von Machnos Generalstab, verkörpert den sympathischen Typ des revolutionären Arbeiters, doch änderten die Filmautoren seinen Namen aus irgendeinem Grund in Chernysh ab, vermutlich, um ihn mit der schwarzen Fahne der Anarchie in Verbindung zu bringen („cherny“ heißt im Russischen schwarz und „bely“ weiß).

Verzerrte historische Perspektiven

Auch historische Ereignisse entsprechen häufig nicht der Realität. Zwar ist die Machnowtschina im Großen und Ganzen korrekt dargestellt, doch werden wesentliche Themen im Film falsch wiedergegeben. Die Autoren hegen zwar kaum Sympathien für die Bolschewisten, dennoch erscheinen sie als Vertreter einer gewissen pragmatischen Realpolitik (und dabei sind sie doch gleichzeitig die „Bösen“, die eine blutige Revolution und einen Bürgerkrieg angezettelt haben, wie uns die russische Propaganda von heute erzählt). Das missliche Bündnis zwischen Bolschewisten und Machnowisten gegen die Weißen wird von den Regisseuren immer noch aus einer bolschewistischen Perspektive betrachtet. Einige wesentliche Ereignisse sind ausgelassen, wie die Schlacht von Peregonowka, die ein schwerer Schlag für die Weißen war und in gewissem Sinne den Ausgang des Bürgerkriegs in Russland entschied, während andere Ereignisse – wie die Ermordung von Machnos erster Frau und seinem Kind durch Anarchisten, zu dem Zweck, Machno politisch bei der Stange zu halten – von den Filmemachern frei erfunden sind, um Spannung zu erzeugen!

Das Fehlen eines kompetenten historischen Beraters macht sich an allen Ecken und Enden bemerkbar. Die Gefängnisse des Zarenregimes und ihre Insassen sehen eher so aus, als würden sie aus dem heutigen Russland stammen. Machno macht manchmal sonderbare fremdenfeindliche Bemerkungen über Amerikaner, Chinesen oder Esten – ein offenkundiger Versuch der Regisseure, eine Verbindung zu heutiger Politik herzustellen, was lächerlich wirkt. Einer von Machnos Kommandeuren singt sogar ein paar Zeilen aus „Schwarze Fahne“, einem russischen Punksong der 1980er Jahre, anstatt aus dem verloren gegangenen, historischen Anarchistenlied gleichen Namens!

Viele Diskussionen in dem Film drehen sich darum, wofür Anarchie steht. Doch leider hat der Zuschauer keine Chance, irgendetwas zu verstehen. Die Anarchisten im Film versuchen bei verschiedener Gelegenheit, ihre Ansichten zu erklären, aber das mündet für gewöhnlich in ähnlich inhaltsleere Dialoge wie im Sowjetkino. Die Anarchisten im Film sind entweder rhetorisch nicht sehr begabt, unfähig auszudrücken, was sie meinen, oder sie geben ziemlich kindische und banale Erklärungen ab. Am Ende ist völlig unklar, warum die praktisch veranlagten Bauern Machno und die Anarchisten weiter unterstützen, trotz der harten Repression, der Erschießungen durch die Bolschewisten, Weißen und ukrainischen Nationalisten.

Zweifelsohne wird jeder in diesem Film das sehen, was seinen politischen Neigungen entspricht (wenngleich einige russische Anarchisten dazu tendieren, den TV-Machno für bare Münze zu nehmen!). Selbst als kritischer Betrachter kann ich mich manchmal des Gefühls nicht erwehren, dass der Film trotz all seiner Mängel eine Hommage an die tragische Geschichte der Machnowtschina und der gescheiterten Russischen Revolution ist. Das ist natürlich der Tatsache geschuldet, dass die Geschichte der Machnowtschina an sich eine sehr tragische ist, sodass selbst eine nur im Ansatz wohlwollende Übertragung auf die Leinwand einen anrühren muss. Doch andererseits: Brauchen wir wirklich TV-Bilder, um uns gefallener Genossen zu erinnern?



Kurz und gut, die „historische Wahrheitstreue“ des Films ist zweifelhaft, auch wenn sie das meist benutzte Schlagwort war, um „Die neun Leben“ zu promoten. Doch dessen ungeachtet hat der Film ein wirkliches Masseninteresse für Machno erzeugt. Seine eigenen Memoiren, Arschinows Klassiker „Die Geschichte der Machnobewegung“, populäre Bücher über Machno – all das ist in den letzten Jahren in Russland erschienen, aber eine große TV-Serie, zur besten Sendezeit ausgestrahlt, hat das öffentliche Interesse für ihn in weit höherem Maße geweckt. Und wenn jemand, den der Film berührt hat, auf ein halbwegs anständiges Buch stößt, dann könnte das ein guter Anfang sein, um das Enfant terrible der russischen Revolution besser kennzulernen. Es muss einem halt nur klar sein, dass eine Fernsehserie auf keinen Fall als richtiges Geschichtsbuch behandelt werden sollte.

Michail Tsovma
Aus: A-infos (www.ainfos.ca)
Übers.: MH

DA-Musikecke

KOB vs. Mad Butcher – DVD
43 Videos von diesen Bands: Los Fastidios, Commandantes, FFD, No Respect, Derozer, Reazione, Talco, Down & Away, ZSK u.a. www.madbutcher.de

Los Fastidios – Ora Basta
Die Single der Italiener geht sofort in das Tanzbein und in die Faust. www.losfastiodios.com

Obrint Pas – benvingut al paradis
Obrint Pas mischen Revolutionsgefühle und Partygedanken. Sie kombinieren lateinamerikanische Rhythmen, katalanische Folklore mit westlichen Sounds. Sie sind politisch und tanzbar. www.obrintpas.com

Oi Polloi – mind the bollocks
Neue Single mit 4 Songs der schottischen Anarcho-Punker. www.myspace.com/oipolloialba

Revolution is just a heartbeat
Label-Sampler zum 10jährigen Bestehen von Twisted Chords. Insgesamt 27 Songs von 20 Bands u.a.:Chaoze One, Police Bastard, Rifu, Der Trick ist zu atmen, La Fraction, Juggling Jugulars, Inner Conflict, Drunk, MDC, Lütten, Proka Una, Rejected Youth, Guerilla, Free Range Timebomb, Ya Basta, Wasted, Virage Dangereux, Koyaanisqatsi, Daddy Longleg, Ladget...

Scrapy – the smart sensation
Das neue 4. Album der Passauer. Streetska vom feinsten. www.scrapy.de

Die Skeptiker – Dada in Berlin
Die Skeptiker haben ihre 13 besten Songs neu eingespielt und noch 2 neue Tracks draufgepackt. Sie sind auch gerade Live unterwegs. www.dieskeptiker.com

Stage Bottles – Mr. Punch
Das 5. Studioalbum der Frankfurter Oi-Punk Combo. www.stagebottles.de

Subhumans – internal riot
Die alte Anarcho-Politpunk-Band aus England mit 13 neuen Protestpunk-Songs. www.citizenfish.com

Früchte des Zorns – wie Antennen in den Himmel
Neue Scheibe der Früchte. Die 3 BerlinerInnen spielen ruhige Politmucke mit Herz. Unbedingt Probehören: www.fruechtedeszorns.net

Esclaves Salaries – Ca Augure Mal
Kanadische Politskinhead Band a la Jeunesse Apatride. www.esclavessalaries.com

Alphabet des anarchistischen Amateurs

Eine Aphorismen- und Aufsatzsammlung aus der Zeitschrift „Das Nebelhorn"

„Ihr habt gehört, dass gesagt worden ist, Regierungen sind notwendig, denn es hat immer welche gegeben. Ich aber sage Euch: Wanzen hat es auch immer gegeben; sind Wanzen deshalb notwendig? Weg mit allen Regierungen! Eine Einrichtung, in deren Namen ganz versteckt das Wörtchen „Gier" lauert, ist unter allen Umständen höchst verdächtig."

Über das Leben des Autors

Herbert Müller-Guttenbrunn wurde 1887 geboren, als Sohn des antisemitischen und deutschnationalen Schriftstellers Adam Müller-Guttenbrunn. Sein Bruder Roderich trottelte in den Fußstapfen seines Vaters weiter in die NS-Zeit, als nationalsozialistischer Autor. Herbert brach aus dieser Familientradition aus und wurde Anarchist und ein radikaler Individualist. Zunächst diente er im 1. Weltkrieg als Offizier, danach hängte er seinen Juristenjob an den Nagel und wurde ein selbstversorgender biologisch-dynamischer Bauer. Dies führte zu wohlformulierten Äußerungen wie: „Viel rätselhafter als alle okkultistischen Tatsachen war mir immer, dass ein Apfelbaum Äpfel und gleich daneben ein Nussbaum aus derselben Erde Nüsse fabriziert." Er versorgte seine Familie mit dem Selbstangebauten, war aber nicht zum Naturromantiker verkommen. Er geißelte den von den „Blut und Boden"-Ideologen – gegen die widerständigen ArbeiterInnen – überhöhten Bauernstand. Für ihn war der Bauer zum „Industriellen des Bodens" geworden, der mit Hilfe der Erde Waren für den Markt erzeugt. Zur Strafe dafür ist er ebenso wie alle andern abhängig von Zöllen und Krisen. Er schindet sein Vieh so, wie ihn der Staat schindet."

Der NS-Ideologie stemmte er sich unerbittlich entgegen, denn ihm war bewusst, dass die „Blut und Boden"-Ideologie nur eins hinterlassen würde: Verbrannte Erde. Seine Utopie war ein herrschaftsloses Leben in sich selbst versorgenden Kommunen. „Es ist längst nachgewiesen, dass der Mensch nur 56 Arbeitstage im Jahr benötigt, um mit Hilfe eines Stückchen mittelgroßen Grundes seine Nahrung fürs ganze Jahr zu erzeugen." Die Tage, die ihm blieben, schrieb er und gab von 1927 bis 1934 die Zeitschrift „Das Nebelhorn" in Eigenregie heraus.

„Das Nebelhorn"

Die „Zeitschrift für die Interessen vorurteilslosen Menschentums" war das Lebenswerk von Herbert Müller-Guttenbrunn. Sie war stark angelehnt an die Zeitschrift „Die Fackel" von Karl Kraus, den er sehr verehrte (er widmete ihm die erste Ausgabe), weswegen er als „Affe von Kraus" diffamiert wurde. Seine brillanten, teils derben Aphorismen sind ein Meisterwerk der Sprachkunst. Sein Zorn richtete sich gegen jede Art von Kadavergehorsam – gegen Krieg, Staat, Kapitalismus, Nationalismus, Kirche, Staatssozialismus und die sittliche Moral. Er wurde zu einer empfindlichen Geldstrafe wegen „Beleidigung einer gesetzlich anerkannten Kirche" und zu einer dreimonatigen Haftstrafe wegen „öffentlicher Herabwürdigung von Anordnungen der Regierung" verurteilt. Darauf hin stellte er „Das Nebelhorn" ein, wegen „Einmischung der Justiz". „Das Nebelhorn" hatte eine Auflage von ca. 300 Stück und fand nach Meinung des Machers vielleicht 2.000 LeserInnen, den damaligen Verhältnissen entsprechend war dies nicht unrealistisch.

Herbert Müller-Guttenbrunn schrieb vehement gegen den Ungeist seiner Zeit an: „Die Dummheit ist eine Naturkraft. Deshalb richtet die Intelligenz, die eine Naturschwäche ist, so wenig gegen sie aus." Und verortete das Ebenbild Gottes folgendermaßen: „Ob die Erde nicht doch bloß so eine Art Deportationsinsel für die Idioten des ganzen Kosmos ist?"

Über Parteien meinte er nur: „Politische Parteien gleichen den Hunderassen: Sobald sie in Mode kommen degenerieren sie." Den Nationalsozialismus geißelte er mit den Worten: „Die Hitler-Revolution war die erste Revolution, die nicht gegen, sondern für die Ideale der Polizei gekämpft hat."

Hintergründig meinte er über die Frauen: „Die Frauen sind schon allein deshalb gefährlich, weil sie einem sinnlose Dinge schenken, z. B. das Leben."

Über die katholische Familienglückstheorie urteilte er sarkastisch: „Es gibt wenig so Komisches wie Zölibatäre, die ihren Mitmenschen empfehlen, Familien zu gründen und Kinder zu bekommen." Gegen den Kapitalismus führte er zu Felde: „Erwägung des Wirtschaftsliberalismus: Wenn Arbeiter zu Hungerlöhnen arbeiten, so ist das ihr freier Wille. Niemand zwingt sie dazu und sie sind selbst schuld daran, wenn sie nicht verhungern, sondern bloß hungern."

Und er rief zur Kropotkin'schen Eroberung des Brotes auf, als er schrieb: „Brot ist das am meisten verfälschte, vergiftete und entwertete menschliche Nahrungsmittel, dessen Verkäuflichwerden der Anfang allen Jammers war; denn dadurch ging die Unentbehrlichkeit des Brotes auf das Geld über und die Falschheit des Geldes auf das Brot."

Er präzisierte seine freiheitlichen Vorstellungen: „Die Freiheit ist adelig und man darf ihr das Wörtchen „von" nicht vorenthalten. Erst wenn man weiß, von was einer frei ist, kann man beurteilen, ob er wirklich frei ist. Das Wort „Freiheit" ohne „von", also sozusagen die bürgerliche Freiheit, ist schlechthin sinnlos."

Wer nun von Euch „Stoffwechslern" erfahren will, was Herbert Müller-Guttenbrunn noch so niederschrieb über die Vorhaut Christi, Frauenemanzipation, Bürgerseele & Psychoanalyse, Autos, Todesstrafe und den Cunnilingus, sollte sich umgehend dieses Meisterwerk der Polemik zulegen.

Thomas Bruns



Herbert Müller-Guttenbrunn: Alphabet des anarchistischen Amateurs. Herausgegeben von Beatrix Müller-Kampel, 365 Seiten, Matthes & Seitz, Berlin, 2007. 28,90 Euro.

Libertäre Presse

Neu erschienen und empfehlenswert: Feierabend! Libertäres Monatsheft aus Leipzig, Nr. 27 mit Artikeln zu Gustav Landauer (Anarchismus im Spannungsfeld zwischen Individuum und Gemeinschaft), zur Nordhausener Fahrradfabrik, zur Situation der Antifa, zur Geschichte des Paragraphen 129a (Bildung einer ‚terroristischen Vereinigung') und vieles mehr. Feierabend kostet 1 Euro plus Porto (oder im Abo 3 Ausgaben / 5 Euro). Auch ältere Ausgaben sind noch erhältlich. Kontakt: Feierabend, Gießerstr. 16, 04229 Leipzig. Bestellmail: feierabendle@web.de. Homepage: www.feierabend.net.tc

Film prangert Kinder- und Frauenhandel an

„Trade – Willkommen in Amerika" in den Kinos. Er hat den Handel mit Kindern aus Mexiko und Frauen aus Osteuropa zum Thema, die als Sexsklaven in die USA geschafft und dort verkauft werden. Er ist eine beeindruckende Anklage gegen den Kapitalismus und das mittlerweile damit verbundene milliardenschwere Geschäft. (www.trade-derfilm.de)

Konsumbeat

Lyrik aus dem Herzen der Bestie

„... Ja, Selbstbedienung. Man weiß Bescheid, kennt die fürs Auge angewärmten Farben, die Landschaft aus Blau- und Weißkarton, den immer gleichen Frühling, wohin die Reise auch geht mit jenem von Produktkaskaden herzweichgespülten Gefühl. Ballistische Glanzleistung geradezu die an einem Lineal aus Licht entlanggezogenen Gänge, diese lineare Welt mit ihrem Endlosband abgepackter Ereignisse: Zum schnellen Abfüllen griffbereite Bedeutungssicherheit, passend zur Erfahrungsgröße eine Einkaufswagens, den der Verstand als Bekenntnis vor sich herschiebt.." (aus: Überlebungen, in Burnicki: Zahnweiß)



Mark Twain hat einmal gesagt „Der Unterschied zwischen dem richtigen Wort und dem beinahe richtigen ist derselbe Unterschied wie zwischen dem Blitz und einem Glühwürmchen". Ralf Burnicki gehört mit seinem neuesten Lyrikband mit Sicherheit nicht zur Kategorie „Glühwürmchen" – ganz im Gegenteil.

In gewohnter sprachlicher Opulenz, gepaart mit einem unbestechlichen Blick und politischem Scharfsinn nimmt uns der Bielefelder Autor mit ›Zahnweiß‹ auf eine neue Reise in die Abgründe des alltäglichen Seins. Mit vier längeren Prosagedichten greift er hier in abgewandelter Form die Thematik früherer Arbeiten wieder auf: Die Entfremdung des modernen städtischen Menschen, der, in roboterhafte Zwänge eingepfercht, das tut, was alle anderen um ihn herum auch tun. Dabei geht es vor allem um eins: Konsum. Oder wie es der Media Markt ganz unverblümt in seiner Werbung auf den Punkt bringt: „Kaufen, marsch, marsch!"

Aus der Auseinandersetzung mit dem beständigen Konsum um des Konsumes willen, der – wenn überhaupt – nur kurzfristigen Ersatzbefriedigungen statt der Erfüllung tatsächlicher Wünsche und Bedürfnisse entspricht, ist Burnickis kraftvolle Kaufhauspoetry in „Zahnweiß" entstanden. Entlarvenden hohlen Zitaten aus der Konsumwelt – „Alle werden glücklich", setzt der promovierte Philosoph seine ebenso entlarvenden, aber umso gehaltvolleren Gedankenströme und Assoziationen entgegen. Wortgewaltig, kraftvoll und überaus lebendig führt uns Burnicki durch die schnurgeraden Supermarktgänge, in die reizüberfluteten Konsumtempel und in die nächtlichleeren Straßen der uniformen Innenstädte nach Ladenschluss.

Was den mehrfach prämierten Autor Burnicki auszeichnet (Er wurde u.a. zum ›Erben Orwells‹ ausgelobt und ist Preisträger der Nationalbibliothek des deutschsprachigen Gedichts) ist eine intelligente Verknüpfung von sprachlicher Virtuosität mit politischem Inhalt. Wer glaubte, das politische Gedicht sei mit Erich Mühsam, Bertolt Brecht oder Erich Fried ausgestorben, wird hier auf höchst lebendige Weise eines Besseren belehrt. Wie bereits u.a. in seinem Gemeinschaftswerk mit Michael Halfbrodt ›Die Wirklichkeit zerreißen wie einen misslungenen Schnappschuss‹ (2000) oder in dem 2003 entstandenen Stadtpoetry-Band ›Überhitzung‹, tritt Burnicki hier erneut den Beweis an, dass politisch anspruchsvolle Lyrik kein Schnee von gestern sein muss. Vielmehr zeigt der engagierte Autor mit seinen Arbeiten, dass anarchistische Literatur im besten Sinn nicht von plakativen Parolen geprägt ist. Stattdessen bietet sie einen zutiefst entlarvenden Blick auf die scheinbar „beste aller möglichen Welten", die uns Tag für Tag prägt und in ihren „Sachzwängen" gefangen hält. Statt mit erhobenem Zeigefinger kommt Burnicki mit Selbstironie und augenzwinkerndem Humor daher – und ermuntert so zum selbstbestimmten Erleben, Denken und Handeln. ›Zahnweiß‹ bietet so Lesen als Sabotage im besten Sinne, und das keineswegs nur für Lyrikfreunde.

Mona Grosche

Ralf Burnicki: Zahnweiß. Kaufhaus-Poetry, Verlag Edition AV 2007, ISBN: 978-3-936049-78-7, Taschenbuch, 44 S., 9,80 Euro.

Als zusätzliche ›Gimmicks‹ enthält der Lyrikband neben Bildern und zahlreichen Zitaten zum Verhältnis Kapitalismus – Konsum – Arbeitswelt auch ein Interview mit der Presseabteilung der ›Real‹-Supermarktkette zur Verbindung von Konsum und Militärmentalität.

Literatur Ralf Burnicki

Zwei Texte aus „Zahnweiß" wurden in der DA vorveröffentlicht:
„Time Over" in DA 173 (Januar/Februar 2006)
„Absahnen" in DA 181 (Mai/Juni 2007)

Weitere Publikationen des Autors:

- Auf der Suche nach einem Namen für die Luft im Mund, Gedichte (1994)
- StadtSchluchten, Gedichte (1996, Edition Blackbox)
- Die Wirklichkeit zerreißen wie einen mißlungenen Schnappschuß, libertäre Poesie (2000 – gemeinsam mit Michael Halfbrodt).
- Überhitzung, City Poetry (2003, Edition Blackbox)
- Die Straßenreiniger von Teheran, Gedichte aus dem Iran, zweisprachig (2003 – gemeinsam mit Maryam Sharif).

Mehr Infos:
www.edition-av.de
www.spechtart.de

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft als Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Gesichter der Arbeiterklasse

Des letzten Rätsels Lösung: Haymarket

Am 1. Mai 1886 begann in Chicago (Illinois, USA) ein mehrtägiger, von den Gewerkschaften organisierter Streik, um eine Reduzierung der täglichen Arbeitszeit von zwölf auf acht Stunden durchzusetzen. Die mit diesem und den darauf folgenden Tagen verbundenen Ereignisse begründeten die Tradition der internationalen Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften vom 1. Mai als „Kampftag der Arbeiterklasse“. Am 3. Mai wurde ein Polizeimassaker an den friedlichen ArbeiterInnen verübt, als diese auf einer Versammlung bei der Landmaschinenfabrik Mc Cormic zusammengeschossen wurden. Es starben vier ArbeiterInnen und unzählige wurden verletzt. Dies war der Grund für eine große friedliche Protestveranstaltung, der bekannten Großkundgebung des 4. Mai am Haymarket. Dort wurde von unbekannter Hand eine Bombe geworfen, es starb ein Polizist, was den Anarchisten in die Schuhe geschoben wurde. Es gab einen aufwendigen Prozess der US-Klassenjustiz. (Dazu zu empfehlen ist das Buch von Friederike Hausmann, Die deutschen Anarchisten von Chicago oder: Warum Amerika den 1. Mai nicht kennt, Berlin 1998.)

Eineinhalb Jahre später, am 11. 11. 1887, wurden dann die anarchistischen Arbeiter Adolph Fischer, Georg Engel, August Spies und Albert Parsons mit dem Strick hingerichtet. Louis Lingg entzog sich der Hinrichtung mittels einer kleinen Dynamitpatrone und ging in den Freitod.

Nur ein Jahr vorher wurde in Deutschland der Anarchist August Reinsdorf in Haale a.d. Saale hingerichtet, weil er an dem Anschlag auf das Niederwalddenkmal beteiligt war, und Johann Mosts Schrift „Propaganda der Tat“ war weit verbreitet. In Chicago lebten damals viele deutsche EmigrantInnen und waren vor der Politik und dem sozialen Elend entflohen. Der Anarchismus verband die ArbeiterInnen. Sie kämpften für die Einführung des 8-Stundentags und waren die Speerspitze der sozialen Revolution in Amerika.

Im Jahre 2007 jährte sich die als „Justizirrtum“ deklarierte Ermordung der deutschen Anarchisten von Chicago – die in Geschichtsanalen der Arbeiterbewegung eingegangen ist und diese auch stark beeinflusste – zum 120. Mal. (Siehe dazu: HAYMARKET – Die deutschen Anarchisten von Chicago 1887, ein zum 120. Jahrestag erschienener Bildband mit vier Artikeln, nur bei FAU-MAT zu beziehen.)

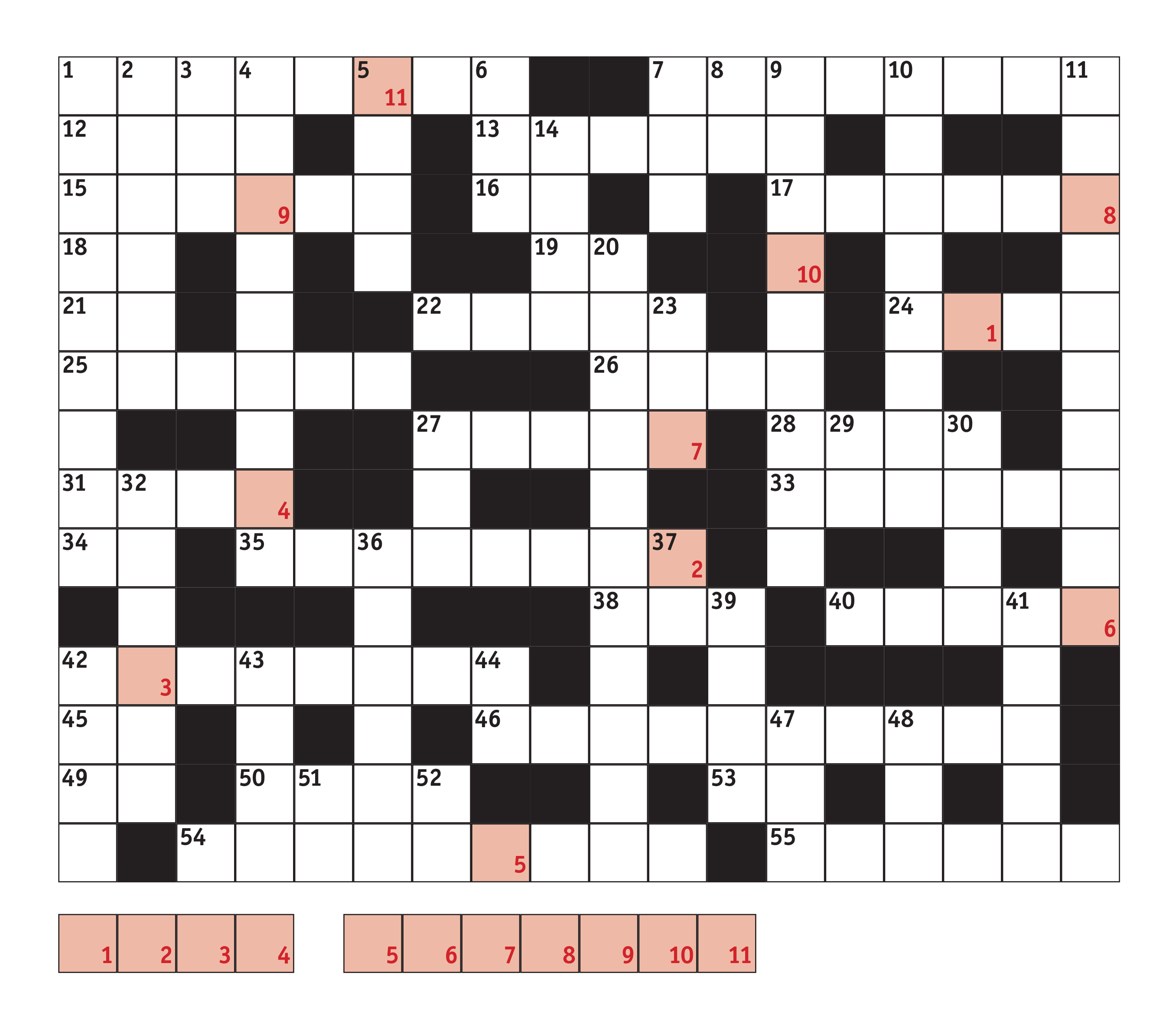
Die alte Arbeiterbewegung verehrte die Anarchisten von Chicago als „Märtyrer“, wie z.B. auch den Anarchisten Ravachol in Frankreich. Wir wollen sie heute nicht mehr als solche „verehren“, sondern ihnen gedenken, denn sie sind das Gesicht für alle ermordeten ArbeiterInnen der damaligen Arbeitskämpfe gegen die besonders brutale herrschende Klasse in US-Amerika – sie waren Opfer der Klassenjustiz. „Märtyrer“ ist ein Wort, das ihnen gar nicht würdig ist, denn ihr Kampf richtete sich auch gegen die Religion. Mögen religiöse Fanatiker ihre Vorbilder so betiteln, im politischen Bereich ist dies nur schädlich – wie es heutzutage auch das Beispiel Che Guevaras zeigt – und ein kritischer Umgang mit dessen persönlichen Unzulänglichkeiten kaum mehr möglich und unnötig schwierig. (Siehe dazu: Anarchosyndikalistische Flugschriftenreihe, Heft 66, Ein Marxist-Leninist namens Che Guevara, zu finden auf: www.fau-amsel.info.ms, zum downloaden.)

Die Arbeiterklasse braucht keine Märtyrer.

Thomas Bruns



Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 51



Waagerecht

1. das Gebiet der Staaten Estland, Lettland und Litauen 7. Schlagwort, mit dem Michail Gorbatschow die sog. Perestrojka einleitete 12. Grenzfluss der BRD 13. jemand, der auf einer Demo, bei einer Versammlung usw. im Auftrag der Organisatoren für Sicherheit sorgt 15. deutsche Hilfsorganisation, die für das Menschenrecht auf den bestmöglichen Zugang zu Gesundheit streitet und Projekte in Afrika, Asien und Lateinamerika unterstützt: ~ international 16. Abkürzung für den ersten Bachelor-Grad in geisteswissenschaftlichen Disziplinen 17. russisch für „Rat“; ursprünglich basisdemokratisches Organ, später Verwaltungsbehörde in der UdSSR 18. Kfz-Kennzeichen für Böblingen 19. bei Höhenangaben: Bezeichnung für den Meeresspiegel <Abk.> 21. oben angeführt <Abk.> 22. vor einigen Tausend Jahren lebten die Menschen fast überall als Sammler und ~ 24. mächtiges Kartell Erdöl exportierender Länder <Abk.> 25. Süßigkeit; Arzneipille 26. Gebirge, das Europa von Asien trennt 27. in deutschen Landen etwa vom 11.-19. Jh. berufliche Vereinigung der Handwerker zur gegenseitigen Hilfe, zur Regelung der Ausbildung, Arbeitszeit usw. 28. besondere Form des Sauerstoffs; eine von Menschen verursachte Verdünnung der Schicht in der oberen Atmosphäre lässt verstärkt gefährliche UV-Strahlen auf die Erdoberfläche gelangen 31. mit dem Mund, zum Mund gehörig 33. Beruhigungsmittel 34. Kfz-Kennzeichen für Minden 35. Dachverband sorbischer Vereine und Vereinigungen mit Sitz in Bautzen 38. Spaß <engl.> 40. deutsche Selbsthilfegruppe und Interessenvertretung von Prostituierten, die sich selbst als „Hurenorganisation“ bezeichnet: ~ e.V. 42. Polizistin <linkes Jargonwort> 45. weiblicher Artikel im Französischen, z.B. die Revolution = ~ révolution 46. um die unterschiedliche Vorgehensweise autoritärer und libertärer Sozialisten auf den Punkt zu bringen, stellt Horst Stowasser die rhetorische Frage: ~ oder Hefeteig? 49. chemisches Zeichen für Aluminium 50. bestimmtes Aussehen; Moderichtung <engl.> 53. freundliche Aufforderung zuzugreifen, weiterzumachen, mutig zu sein: Nur ~! 54. Name des Glöckners von Notre-Dame im gleichnamigen historischen Roman des französischen Schriftstellers Victor Hugo 55. Wie Tucholsky meinte: Soldaten sind ~.

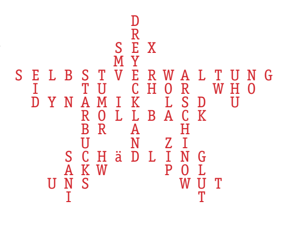
Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss“ geschrieben.

Senkrecht

1. Bezeichnung für das von der Bundeswehr geplante Truppenübungsgelände in der Kyritz-Ruppiner Heide (Mecklenburg); seit 1992 versucht eine breitgefächerte Bürgerinitiative die militärische Nutzung zu verhindern 2. niederdeutsch und volkstümlich für Storch 3. englische Rockband der späten 1960er und 1970er Jahre, ein Pionier des Hard Rock und Heavy Metal: ~ Zeppelin 4. viele KellnerInnen verlassen sich hierauf, um ihren mageren Stundenlohn aufzubessern 5. genetisch identische Kopie eines Lebewesens 6. aufgewiegelte Volksmenge 7. afrikanisches Steppenhuftier 8. männlicher Artikel im Französischen, z.B. die Gewerkschaft = ~ syndicat 9. dem deutschen Lyriker und Prosaautor Sascha Anderson wurde 1991 der Büchner-Preis verliehen; seine Enttarnung als Stasi-Mitarbeiter löste eine breite Debatte aus, ebenfalls seine Bezeichnung durch Wolf Biermann als „Sascha ~“ 10. Stadt und frühdemokratische Stadtrepublik in Nordwestrussland, die gute Kontakte zur Hanse unterhielt 11. ein mit schwerem Maschinengewehr bewaffneter, von Pferden gezogener Kampfwagen, der angeblich von Nestor Machno erfunden wurde <russ.> 14. Stellung, Stand, Stufe 20. bitter-scherzhafte Bezeichnung für die neuen Bundesländer, die die koloniale Denkweise großer Teile des BRD-Establishments Anfang der 1990er Jahre verspottete 23. große Umschlaganlage im Duisburger Hafen <Abk.>; zwei der Buchstaben sind Anfangsbuchstaben der Flüsse, die die Stadt prägen 27. eine Zahl <umgangssprachliche Form, oft zur besseren Verständigung, z.B. am Telefon> 29. ein Zoobetrieb, der Kürzungen zum Opfer gefallen ist 30. abwertender Begriff für einen besonders in Computer oder andere Bereiche aus Wissenschaft und Technik vertieften Menschen <engl. für Langweiler, Sonderling, Außenseiter> 32. Brauch (meist religiös), Zeremoniell 36. legendäre, glorifizierte Person oder Sache 37. chemisches Zeichen für Gold 39. das Internet <Jargonwort> 41. außergewöhnlich großer Mensch 42. Wer viel ~ macht, läuft Gefahr, vom Chef einen ~en Brief zu bekommen 43. österreichische Umgangssprache für urinieren: ~ machen 44. Kfz-Kennzeichen für Eisenach 47. ehemaliges Kaufhaus und heute edles Einkaufszentrum in Moskau mit einer über 100-jährigen Geschichte; das Gebäude befindet sich am Roten Platz: Warenhaus ~ 48. selten 51. Kfz-Kennzeichen für Oberallgäu 52. Kfz-Kennzeichen für Kiel.

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Das Lösungswort könnt Ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU Leipzig, Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig).
Gewonnen hat diesmal A. Langmaack aus Kiel.

Auflösung Nº 50



DA DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung

anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU Leipzig
Kolonnadenstr. 19
04109 Leipzig

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:

Schlußredaktion: E-Mail: da-schlussredaktion@fau.org
BuG: E-Mail: da-bug@fau.org
Globales: E-Mail: da-globales@fau.org
Hintergrund: E-Mail: da-hintergrund@fau.org
Kultur: FAU Bielefeld, E-Mail: faubi2@fau.org
Zeitlupe: E-Mail: faufl2@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., Kornstr. 28-30, 30167 Hannover

ViSdP: Holger Marcks

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 186: 10. März 2008

Eigentumsvorbehalt: die Zeitung ist solange Eigentum des Absenders, bis sie an den Gefangenen pers. ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine pers. Aushändigung im Sinne des Vorbehalts.